

PROTOKOLL

über die 34. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 8. Juni 1995, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr, Engelbert Lengauer, Brigitte Lohnecker, Helmut Oberreiter

VIZEBÜRGERMEISTER:

Walter Oppl, Friederike Mach, Hans Payrleithner, Dr. Leopold Pfeil, Mag. Harald Philipps, Edith Radmoser, Franz Rohrauer

STADTRÄTE:

Hermann Rupprechter, Roman Eichhübl, Dr. Tilman Schwager, Karl Holub, Wilhelm Spöck, Ing. Othmar Schloßgangl, Franz Straßer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Strobl, Leopold Tatzreiter, Marco Vanek, Dkfm. Mag. Helmut Zagler, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: VOM AMT:

Kurt Apfelthaler, MD Dr. Kurt Schmidl, Hermann Bachner, OMR. Dr. Gerhard Alphasamer, Felicitas Baue,r MR. Mag. Helmut Lemmerer, Josef Brandstötter, Gerald Hackl, Ulrike Fuchs, Günter Fürweger, Walter Gabath

PROTOKOLLFÜHRER:

Hans-Dieter Götz, OAR. Anton Obrist, Richard Gollatsch, Gabriele Angerbauer Klaus Jansky, Anna Jeloucan

T a g e s o r d n u n g

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer.
2. Behandlung von allfälligen Fragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates

gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

ÖAG-2595/91 Ausbau Plenkberg; Endabrechnung des Amtes der OÖ. Landesregierung.

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

**BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:**

- 1) PräS-1166/91 Sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion; Bekanntgabe von Änderungen in den gemeinderätlichen Ausschüssen.
- 2) PräS-340/95 Gemeinderat Engelbert Lengauer; Antrag gem. § 12 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr i. V. m. § 6 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr betreffend die Auflösung des gemeinderätlichen Wohnungsausschusses mit Wirksamkeit 1. 1. 1996.
- 3) PräS-711/91 Verein zur Förderung der Errichtung und des Betriebes von Studiengängen der Fachhochschule Oberösterreich in Steyr; Ansuchen um Förderung der laufenden Vereinstätigkeit in Höhe von S 500.000,--.
- 4) Fin-192/94 Stadtmarketingkonzept „Steyr ist wieder da!"; Kosten für eine Repräsentativerhebung in Österreich über das Image der Stadt Steyr.
- 5) Bau2-6446/86 Verein FAZAT; Ansuchen um Bewilligung eines Baukostenzuschusses in Höhe

von S 2,5 Mio.

6) Ha-12/93 Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich (VPTÖ); Subvention für das Jahr 1995 in Höhe von S 2 Mio.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

7) Fin-270/94 Galerie Pohlhammer; Förderung 1995.

8) VerkR-7536/83 Verkehrslichtsignal- und Blinklichtanlagen im Bereich der Stadt Steyr; Aufteilung der Betriebs- und Erhaltungskosten gem. § 32/1 StVO 1960; Jahresabrechnung 1994.

9) K-60/95 Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1995/96; Abschluß eines Werkvertrages.

10) K-35/93 Schloßbibliothek; Elektroinstallation; Auftragserhöhung.

11) Fin-14/95 Kulturelle und kirchliche Vereinigungen; Subventionsliste für 1995.

12) K-175/94 Jugend-Literaturpreis der Stadt Steyr; Teilnahmebedingungen; Korrektur.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

13) Stadtw-11/95 Erdgasaufschließung Waldrandsiedlung, 3. Teil; Vergabe der Leistungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

14) Fin-95/95 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 1995.

15) Fin-94/95 Tourismusverband Steyr; Ansuchen um Gewährung einer Förderung zur Abdeckung des Verlustvortrages 1994.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

16) BauStr-2/95 Asphaltierungsprogramm 1995; Vergabe der Arbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR

SPANRING:

17) Bau6-8380/92 Mülldeponie Entgasungsanlage; Deponiegasreinigungsanlage; Ansuchen um Zustimmung zur Vertragsabänderung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

18) ÖAG-25/95 Verkauf der Grundstücke 1224/10, .1357/2 und .1357/4, alle KG Steyr, an die GWG der Stadt Steyr GmbH.

19) FW-6/95 Ankauf eines Gefahrengutttank-Wechselcontainers für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

20) Bau5-3267/92 Objekt Wagnerstr. 2 - 4 (ehem. Hotel Münchenholz); Nachtrag zum Auftrag vom 14. 6. 1993 an Bmst. Rubenzucker in bezug auf die Adaptierung des Gebäudes für Zwecke der Infrastruktur; Vergabe der automatischen Heizungsüberwachung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

21) Fin-115/95 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

22) Fin-5/95 Übernahme von Haftungen für Darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für die Bauabschnitte 9 - 19.

23) Spa-605/92 Sparkassenfusion - Verwendung der Gelder; Zusammenführung der Fonds.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße sie herzlich. Ich begrüße auch die Vertreter der Presse und das Publikum. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Weiters gebe ich bekannt, daß mir als Protokollprüfer die Herren Gemeinderäte Fürweger und Gollatsch gemeldet wurden, beide nehmen diese Funktion an. Entschuldigt haben sich die Herren Gemeinderäte Mundorff und

Huber. Zu Punkt 2) teile ich ihnen mit, daß Herr Gemeinderat Wilhelm Spöck mit Schreiben vom 18. 5. 1995 eine Anfrage an mich gerichtet hat. Sie lautet wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Steigerung der Personalausgaben von 88 auf 94 betrug 55 Prozent. Unter Berücksichtigung der Funktionsbezüge beträgt der Personalaufwand bereits über 50 Prozent. Aus diesem Grund wurde vom Gemeinderat in der Budgetsitzung am 21. 12. 1994 zur Präzisierung der beabsichtigten Maßnahmen zum Vollzug des Haushaltsvoranschlags 1995 von der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion als Zusatzantrag eine Novellierung der Beförderungsrichtlinien beschlossen. Punkt 6 lautet: Die Beförderungsrichtlinien sind unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit bis zum 30. Juni 1995 zu novellieren. Es wurde ferner vereinbart, daß zur näheren Ausformulierung und Ausarbeitung der einzelnen Positionen eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der einzelnen Fraktionen, eingesetzt werden soll.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Gem. § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes bzw. nach § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich folgende schriftliche Anfrage an Sie: Wann wird diese Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern aller Fraktionen, von Ihnen einberufen, damit bis zum 30. Juni 1995 die Beförderungsrichtlinien unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit überarbeitet werden können? Ich ersuche Sie, dazu in der nächsten Gemeinderatssitzung Stellung zu nehmen.“

Hiezu kann ich folgendes mitteilen: In der Gemeinderatssitzung am 21. Dezember 1994 wurde ein Zusatzantrag beschlossen, der in seinem Punkt 6 vorsah, daß die Beförderungsrichtlinien unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit bis zum 30. 6. 1995 zu novellieren sind. Gleichzeitig wurde in dieser Budgetsitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 21.12.1994 festgelegt, daß eine grundsätzliche Personaleinsparung von 3 Prozent zu realisieren ist, was nicht ausdrücklich in einem Beschlußantrag formuliert wurde, sondern schlüssig daraus hervorging, daß der vorgesehene Ansatz für Personalkosten um 23,5 Millionen Schilling linear gekürzt wurde. Weiters wurde beschlossen, daß Überstunden nur auf besondere Anordnung finanziell abgegolten werden und außerdem aus diesem Titel eine Einsparung gegenüber dem Jahr 1994 von mindestens 40 % erzielt werden muß. Seitens der Dienstgebervorteiler, im besonderen der Herr Magistratsdirektor-Stellvertreter Präsidialdirektor Dr. Alphasamer und der Leiter der Fachabteilung für Personalverwaltung OAR Heinz Ruckerbauer, wurden daher bereits Anfang Jänner 1995 Verhandlungen mit der Personalvertretung aufgenommen, und zwar mit dem Ziel, diese Personalreduktionen zu realisieren. Diese Verhandlungen sind mittlerweile abgeschlossen, es konnte ein Einsparungsvolumen im vorgegebenen Rahmen für das Jahr 1995 annähernd realisiert werden. Das heißt, wir haben jetzt im Juni schon fast diese 3 Prozent realisiert. Das geht auch daraus hervor, daß im letzten Personalbeirat bzw. im Stadtsenat bereits wieder über Ersatzeinstellungen beraten werden mußte, die in nächster Zeit trotz dieser Einsparungen notwendig werden. Es ist übrigens von diesen Verhandlungen jeweils ein Protokoll angefertigt worden, das den Geschäftsbereichsleitern und den zuständigen Stadtsenatsmitgliedern zugewandt ist. Mit der Aufnahme von Verhandlungen über eine Novellierung der Beförderungsrichtlinien wurde bis zum Abschluß der Verhandlungen über die Einsparungsmaßnahmen zugewartet, was letztlich seinen Grund auch darin hatte, daß das Sparpaket des Bundes hier zur Debatte stand und ein Abschluß erst zu einem sehr späten Zeitpunkt erfolgt ist. In diesem Zusammenhang ist das Sparpaket des Bundes nunmehr definitiv dergestalt beschlossen worden und wird durch Landesgesetz auch für Landes- und Gemeindebedienstete mit 1. Juli 1995 entsprechend wirksam. So werden per 1.7.1995 der Pensionsbeitrag für Beamte sowie der Pensionssicherungsbeitrag der Beamten im Ruhestand angehoben. Parallel dazu werden die Entlohnungssätze der Vertragsbediensteten neu festgesetzt, wodurch die finanzielle Angleichung von Beamten und Vertragsbediensteten gewahrt bleibt, was jedoch zu einer finanziellen Verschlechterung für sämtliche Vertragsbedienstete im Bereich des Magistrates der Stadt Steyr um eben das Ausmaß der Pensionsbeitragssteigerung für Beamte führt. Per 30. Juni 1995 werden die Haushaltszulagen und Steigerungsbeträge eingestellt und durch eine Kinderzulage von S 200,-- monatlich pro Kind ersetzt, was ebenfalls eine wesentliche Einsparung aus diesem Titel bedeutet.

Der Selbstbehalt beim Fahrkostenzuschuß wird mit 1. Juni 1995 von derzeit S 250,-- auf S 300,-- monatlich erhöht. Wesentlich im Zusammenhang mit der Novellierung der Beförderungsrichtlinien ist jedoch insbesondere die Bestimmung, daß für alle Neueintritte in den Bundesdienst (somit auch in den Magistratsdienst) ab 1. Juni 1995 die sonstigen Vordienstzeiten nur mehr mit maximal 3 Jahren berücksichtigt werden. Bisher war die Regelung so abgefaßt, daß gewisse Vordienstzeiten wie etwa Präsenzdienst, Dienstzeiten in öffentlichen Einrichtungen und gewisse Schul- und Studienzeiten zur Gänze und die übrigen Zeiten in voller Höhe zur Hälfte angerechnet wurden. Dies bedeutete etwa bei einem 35-jährigen Bewerber eine Anrechnung von 15 Jahren, mit der Hälfte der Vordienstzeit somit eine anrechenbare Vordienstzeit von rund 7,5 Jahren. Bei einem 40-jährigen Bewerber würde sich diese anrechenbare Vordienstzeit auf rund 10 Jahre erhöhen. In Zukunft werden generell nur mehr 3 Jahre als Vordienstzeit, somit wirksam mit 1,5 anrechenbaren Vordienstjahren zur Anrechnung gebracht, was bei einem 35-jährigen Bewerber eine Verschlechterung um rund 6 Jahre und bei einem 40-jährigen Bewerber eine Verschlechterung um rund 8,5 Jahre bedeutet. Es wurde dennoch versucht, entsprechend dem Auftrag des Gemeinderates vom 21. Dezember 1994 - der Budgetsitzung also - die Beförderungsrichtlinien des Magistrates der Stadt Steyr einer Novellierung zu unterziehen, wobei gemäß § 2 Abs. 2 des Statutargemeinden-Beamtengesetzes bei den Beförderungsrichtlinien für Magistratsbedienstete grundsätzlich auf die Beförderungsrichtlinien des Landes entsprechend Rücksicht zu nehmen ist. Ein Vergleich hat gezeigt, daß die Beförderungsrichtlinien in Steyr gegenüber den Städten Linz und Wels sowie denen des Landes Oberösterreich und denen der übrigen Gemeindebediensteten im Land Oberösterreich keinesfalls besser sind, sondern in manchen Bereichen bereits jetzt schlechter liegen. In Entsprechung des gemeinderätlichen Auftrages vom 21. Dezember 1994 wurden jedoch Verhandlungen aufgenommen, die im wesentlichen in die Richtung laufen, die derzeit bevorzugte Beförderungsmöglichkeit bei ausgezeichneten Dienstbeurteilung abzuschaffen, was de facto einer Verschlechterung der Beförderungsrichtlinien um ein bis zwei Jahre gleichkommen würde. Der Ausführung des Herrn GR Wilhelm Spöck, daß zur näheren Ausformulierung und Ausarbeitung der einzelnen Positionen eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der einzelnen Fraktionen eingesetzt werden soll, kann jedoch nicht gefolgt werden, da festgelegt wurde, daß ein derartiges Gremium bereits in Form des Personalbeirates, in dem alle Fraktionen - übrigens auch der Kollege Spöck - mit Ausnahme der GAL vertreten sind, besteht. Es wird daher in der Sitzung des Personalbeirates am 26. Juni 1995 ein entsprechender Amtsvorschlag eingebracht werden. Der Personalbeirat wird als das kompetente Gremium zur Beratung und Beschlußfassung über eine derartige Novellierung der Beförderungsrichtlinien zur Weiterleitung an den Stadtsenat und Gemeinderat erachtet. Die zusätzliche Einsetzung einer weiteren Arbeitsgruppe erscheint daher unter diesem Aspekt als entbehrlich. Wir können schließlich nicht nur Sitzungen machen. Wir haben ohnehin schon solche Schwierigkeiten, überhaupt die dem Amtskalender entsprechenden Sitzungen abzuhalten, weil die Beschlußfähigkeit manchmal in Frage gestellt ist. Es wird also mit einer Vorlage der Novellierung der Beförderungsrichtlinien definitiv in der Sitzung des Personalbeirates am 26. Juni 1995 zu rechnen sein. Herr Gemeinderat Spöck hat ein Zusatzfrage, bitte sehr.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Werter Herr Bürgermeister, wertest Präsidium! Daß derzeit Verhandlungen laufen zwischen dem Dienstgeber und der Gewerkschaft und das Verhandlungsergebnis dem Personalbeirat vorgelegt werden soll, ist mir einfach zuwenig. Ich möchte hier nochmals erwähnen, auch der Grund der Zustimmung zum Voranschlag 1995 - zu unserem Budget der Stadt Steyr 1995 - war die Überarbeitung der Beförderungsrichtlinien unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit, und zwar unter Einsetzung einer Arbeitsgruppe - so habe ich das gesehen - bestehend aus Vertretern des Magistrates und der einzelnen Fraktionen. Ich darf erinnern an die Punktation der Budgetklausur. Der erste Punkt dieser Punktation behandelt die Einsparungen beim Personal, alle Punkte die du, sehr geehrter Herr Bürgermeister, vorgelesen hast, und es heißt im zweiten Absatz: „Zur näheren Ausformulierung und Ausarbeitung der einzelnen Positionen soll eine Arbeitsgruppe, bestehend aus

Vertretern der einzelnen Fraktionen und des Magistrates, eingesetzt werden.“ Diese Arbeitsgruppe, geschätzter Herr Bürgermeister, fehlt bis jetzt und es ist in meinen Augen der Auftrag des Gemeinderates da, ihm bis zum 30. Juni ein Ergebnis dieser Arbeitsgruppe vorzulegen. Heute haben wir den 8. Juni! Daher meine Zusatzfrage an dich, geschätzter Herr Bürgermeister: Inwieweit siehst du, daß es doch noch zu einem Abschluß bis zum 30. Juni kommt, wo es auch - in meinen Augen war das auch ein Ziel - zu Verschlechterungen kommen muß. Mir ist schon klar, Verschlechterungen kann es bei bestehenden Verträgen nicht geben, aber ich erinnere an den Beförderungsrichtlinienvergleich, den auch der Kollege Gollatsch schon des öfteren angeführt hat. Bei den Bundesbediensteten und Gemeindebediensteten ist bei dieser Gelegenheit immer gesagt worden, alle sind öffentlich Bedienstete, alle werden aus Steuermitteln bezahlt. Ich will hier die Unterschiede gar nicht nochmals aufzählen. Ähnlich schaut es aus bei einem Vergleich mit dem Land, da hält die Stadt auch nicht ganz stand. Ich erinnere nur an eines, ich habe da ein paar Unterlagen: In der Verwendungsgruppe b, zum Beispiel bei der Dienstklasse VI, wird man beim Land mit „Sehr gut“ um zwei Jahre später befördert, mit „Ausgezeichnet“ um ein Jahr. Ich könnte das fortsetzen. Ich könnte mir auch noch etwas vorstellen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, gerade wenn ich an die Zulagen denke und hier eben insbesondere an die Zulagen bei den leitenden Beamten hier am Magistrat. Diese Zulagen schreien in meinen Augen geradezu nach Kürzungen. Daher nochmals die Zusatzfrage an dich: Bist Du gewillt, diese Kommission, die aus Vertretern des Magistrates bzw. Vertretern der einzelnen Fraktionen bestehen muß, einzuberufen? Außerdem müßte - und es ist in meinen Augen der Gemeinderatsbeschluß da - diese Kommission mit der Überarbeitung der Beförderungsrichtlinien unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit bis zum 30. Juni zu einem Abschluß kommen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zunächst möchte ich sagen, daß offensichtlich an mir vorbeigegangen ist, lieber Wilhelm Spöck, daß es zu einer massiven Verschlechterung aufgrund des Sparpaketes des Bundes kommt, welches auch für Landes- und für Gemeinde-bedienstete Wirksamkeit hat. Wir können ja nicht zwei solche Verschlechterungen nebeneinander plazieren! Zum zweiten scheint der Personalabbau von 3 Prozent, den wir jetzt schon zum Halbjahr nahezu vollzogen haben, auch nicht deine Zustimmung oder jedenfalls deine Akzeptanz in der gebotenen Form zu finden. Ich bin eigentlich stolz darauf, daß uns das gelungen ist, weil das immerhin eine maßgebliche Herausforderung an die organisatorischen Qualitäten der Verantwortlichen in der Gemeinde war. Ich stelle fest, daß wir enorme Schwierigkeiten haben - und das war auch Gegenstand der ÖVP-Fraktion -, die Richtlinien, die Unterlagen und die Beratungszeiträume in ein anderes, besseres zeitliches Verhältnis zu den Stadtsenatssitzungen zu bringen. Auch hier bin ich bemüht, eine Regelung zu finden. Es ist einfach ein Wust von Papier, nur Insider kennen sich überhaupt einigermaßen aus. Ich halte also von einer politischen Verhandlung - ich sage es ganz offen - von einigen Vertretern aus dem politischen Gremium mit der Personalvertretung verhältnismäßig wenig. Es ist ein Spezialthema. Es ist richtig, daß wir das beschlossen haben. Ich will auch haben, daß der Gemeinderatsbeschluß exekutiert wird, aber es handelt sich hier bitte um Vereinbarungen! Vereinbarungen, die mit Gemeinderatsbeschluß abgesegnet wurden, allerdings auch in nicht allzu ferner Vergangenheit. Das sollten wir uns schon vor Augen halten! Es sind Verhandlungen zu führen, weil Verträge nicht einseitig geändert werden können. Das ist so und daher muß man eben diese schwierigen Verhandlungen führen. Sie wurden sehr intensiv durchgeführt und ich muß ausdrücklich dem Kollegen Alphasamer und dem Kollegen Ruckerbauer danken, weil es keine einfachen Verhandlungen sind. Wer läßt sich schon gerne etwas wegnehmen? Wer das ist, der klopfe sich hier an seine Brust. Bis jetzt ist das immer ein schwieriges Thema gewesen. Ich kann nur sagen, daß das Ergebnis der gesamten Verhandlungen im nächsten Personalbeirat vorgelegt wird. Sollte dann der Wunsch bestehen, noch ein politisches Gremium einzuberufen, können wir das gerne tun. Das soll auf Basis der vorliegenden Endergebnisse dieser Verhandlungen geschehen. Herr Gemeinderat Spöck hat eine weitere Anfrage mit Datum vom 11. Mai an mich gerichtet, diese hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Ausbau des Stadtteiles Resthof brachte in den vergangenen Jahren für die Sicherheitswache zahlreiche zusätzliche Aufgaben mit sich, die einen unbefriedigenden Zustand bewirkten. Aufgrund der relativ großen Entfernung vom Wachzimmer Ennser Straße kann ohne Vernachlässigung der Aufgaben im Bereich Ennser Straße - Tabor eine den Erfordernissen entsprechende Präsenz in der Praxis nie gegeben sein. Eine Errichtung eines zusätzlichen Wachzimmers im Stadtteil Resthof wäre zwar die Ideallösung, aber aufgrund der personellen Situation der Sicherheitswache nicht realisierbar. Die Sicherheitswache-Dienststelle Tabor leidet auch seit Jahren unter großer Raumnot. Eine Lösung wäre die Verlegung des Wachzimmers Ennser Straße in den Bereich zwischen dem „Alten Tabor“ und dem Resthof. Es würden dafür ca. 150 - 200 m² für diese Dienststelle benötigt. Da die Sicherheit unserer Steyrer Bevölkerung auch für uns Gemeindevertreter von größter Bedeutung sein muß, stelle ich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, gem. § 12 (2) des Stadtstatutes bzw. nach § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates folgende schriftliche Anfrage an Sie: Inwieweit sind Sie als Vertreter unserer Stadt bereit, der Sicherheitswache zu helfen, geeignete Räumlichkeiten zu finden? Gerade der Standort „Kommunalzentrum“, der Millionen von Steuermitteln verschlingt, wäre auch bestens für ein neues Wachzimmer geeignet. Ich ersuche Sie, dazu in der nächsten Gemeinderatssitzung Stellung zu nehmen.“

Hiezu darf ich folgendes mitteilen:

Die Möglichkeit einer Verlegung des Wachzimmers Ennser Straße wurde bereits 1993 im Zuge der Projektierung des Kommunalzentrums - unter Berücksichtigung der Anforderungen hinsichtlich Flächenbedarf, Lage und Erreichbarkeit (ca. 200 m² Erdgeschoßfläche, möglichst an der Ennser Straße) einerseits sowie der vorhandenen Bausubstanz andererseits - eingehend diskutiert. Dabei kam die Projektgruppe sehr rasch zu folgendem Schluß:

1. Die geeigneten Flächen im Erdgeschoß des Bürogebäudes sind den kundenorientierten Dienststellen der Stadtwerke vorzubehalten.

2. Für die beiden im vorderen Bereich der Betriebsanlage und unmittelbar an der Ennser Straße liegenden „Flügelbauten“ ergibt sich vor allem aus der Sicht der Funktionalität und der Erreichbarkeit folgende Nutzung: In dem weiter nördlich - also stadtauswärts - gelegenen Bauteil (ehemalige LKW-Waschbox) wird die KFZ-Prüfstelle des Landes und die Buswaschanlage eingebaut. Nur in diesem Bereich ist eine ungehinderte Durchfahrt der Fahrzeuge durch diese Servicestellen gewährleistet. Damit sind unter anderem für die Autobusse die Funktionen Tanken, Waschen und Abstellen unmittelbar hintereinander und in einer Linie möglich. Für den weiter südlich - also stadteinwärts - gelegenen Teil (ehemalige PKW-Waschanlage) ist die Nutzung als Altstoffsammelzentrum vorgesehen. Hier ist vor allem die notwendige leichte Erreichbarkeit wegen der vielen Kunden (täglich bis zu 80 Anlieferungen) gegeben. Eine Verlegung des Altstoffsammelzentrums in den östlichen Teil der Betriebsanlage (Bereich Resthofstraße) und eine Zufahrt über die Haushoferstraße und Resthofstraße ist schon aus diesem Grund nicht sinnvoll. Zudem ist für diesen Hallenbereich bereits eine andere Nutzung vorgesehen. Es werden Abstell- und Lagerflächen geplant. Beide Flügelbauten sind auch aus bautechnischer Sicht nicht optimal für die Adaptierung von Büroräumlichkeiten geeignet. Am 23. 5. 1995 wurden im Zuge eines Lokalaugenscheines, an dem seitens der Polizei Herr Hauptmann Weidner, Herr Potisk, Herr Laussermayr, Vertreter des Wachzimmers Ennser Straße, seitens der Bundesgebäudeverwaltung Herr DI. Kepplinger und seitens des Magistrates Steyr Herr Baudirektor OSR. DI. Vorderwinkler, Herr DI. Lutz und Herr DI. Kremsmayr teilnahmen, diese Punkte eingehend diskutiert. Man kam einhellig zu folgendem Ergebnis: Eine Adaptierung bestehender Gebäudeteile für ein Wachzimmer ist nicht möglich bzw. sinnvoll. Ein Neubau eines Wachzimmers auf der Freifläche südlich neben dem geplanten Altstoffsammelzentrum wäre jedoch durchaus denkbar. Von den Vertretern der Polizei wurde daraufhin vorgeschlagen, die Möglichkeiten eines Neubaues an besagter Stelle intern zu prüfen. Die Stadt würde dem positiv gegenüberstehen.

Eine weitere Anfrage richtet die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion mit Datum 24. 5. 1995 an Stadtrat Ing. Schloßgangl, sie lautet:

„Gem. § 10 der Geschäftsordnung der Stadt Steyr stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgende schriftliche Anfragen an Herrn Stadtrat Ing. Schloßgangl:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr hat sich vor nunmehr 2 Jahren bei der Beschlußfassung des Gemeinderates nach ausführlicher Diskussion für den Standort der Cityparkgarage für den Bereich Bezirksbauernkammer bis Wernlddenkmal entschieden. Aus unerforschlichen Gründen wurde der Auftrag für die Machbarkeitsstudie in diesem Bereich trotz oberster Dringlichkeit erst mit Stadtsenatsbeschluß vom 24. 11. 1994 an das Büro DI. Wilhelm Spirk vergeben. Als Fertigstellungsdatum wurde der 30. 4. 1995 terminiert.

In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Fragen an Sie:

Wurde der vereinbarte Fertigstellungstermin 30. 4. 1995 eingehalten, wenn ja, wo ist das Konzept? Im gegenständlichen Akt befindet sich bis zum 24. 5. 1995 kein Hinweis für eine Fertigstellung. Wenn nein, wodurch kam die Verzögerung zustande, wann ist mit einer endgültigen Fertigstellung zu rechnen, wurde eine Pönale mit dem Auftragnehmer Büro Spirk vereinbart? Wenn keine Pönale vereinbart worden ist, warum nicht? Ich bedanke mich für die Beantwortung obiger Anfragen im nächsten Gemeinderat.“

Obwohl diese Anfrage an den Herrn Stadtrat Ing. Schloßgangl gerichtet ist, möchte ich doch selbst die Beantwortung vornehmen, weil man hier darüber streiten kann, ob das schon eine Bautätigkeit ist oder noch eine Planungstätigkeit. Er ist für den Baubereich zuständig, ich für die Planung. Ich muß also hier meine Zuständigkeit doch auch mit einbringen und habe ja auch beauftragt, daß man diese Planung vergeben soll. Man könnte auch sagen, es hätte früher sein können. Aber natürlich kosten auch Planungen Geld und es ist so, daß wir in unserer Finanzsituation ohnehin als Stadt nicht daran denken können, im Laufe der nächsten 5 - 7 Jahre oder noch länger ein derartiges Projekt zu errichten. Das sollte man vorweg einmal überlegen. Eine Planung, die jetzt schon vorgenommen werden würde, würde alleine kein Ergebnis bringen können. Im Gegenteil, ich bin überzeugt, verschiedene Vertreter des Gemeinderates würden dann zu dem Zeitpunkt, wenn wir das Geld hätten, sicher sagen, sie sei veraltet, es habe sich das Verkehrsaufkommen verändert und andere Umstände. Aus dieser Sicht war diese Eile nicht geboten. Was mir wichtiger erscheint, ist, privates Kapital anzusprechen. Jemanden, der bereit und in der Lage ist, eine solche Parkgarage zu errichten und zu betreiben. Das ist eine viel schwierigere Aufgabe, denn Planungsbüros, die auf Aufträge warten, gibt es genug. Das war eine Aufgabenstellung, mit der wir uns beschäftigt haben, mit der mich auch ich beschäftigt habe. Es gibt eine entsprechende Gruppe, sie nennt sich REMO, und ich habe vor kurzer Zeit die Herren Vizebürgermeister Pfeil und Stadtrat Schloßgangl eingeladen, sich einmal die Überlegungen anzuhören, die diese Gruppe hat. Wenn diese Gruppe auf Basis einer solchen Planung weiterarbeiten soll - und diese Überlegung gibt es -, dann macht das Ganze wirklich Sinn. Unter dem Aspekt möchte ich auch die weitere Beantwortung vornehmen.

Zu Frage 1 (Wurde der vereinbarte Fertigstellungstermin 30. 4. 95 eingehalten? Wenn nein, wodurch kam die Verzögerung zustande?):

Nach Auskunft des Auftragnehmers führten Schwierigkeiten bei der Abklärung hinsichtlich eines Betreibermodells zu ungebührlichen Verzögerungen, zumal ein diesbezüglicher Markt an solchen Betreibern zur Zeit über die Maßen gesättigt ist.

Zu Frage 2 (Wann ist mit einer endgültigen Fertigstellung zu rechnen?):

Nach Rücksprache mit dem Auftragnehmer wird die Studie am Freitag, den 9. Juni 1995 - also morgen - geliefert werden.

Frage 3 (Wurde ein Pönale mit dem Auftragnehmer Büro Spirk vereinbart?):

Antwort: Nein.

Begründung: Da keine wie auch immer gearteten wirtschaftlichen Schäden bei nicht zeitgerechter Erfüllung des Auftrages für die Stadt Steyr zu erwarten sind, entspricht es nicht den Gepflogenheiten, noch dazu bei dem relativ geringen Auftragswert, ein Pönale zu vereinbaren. Zudem ist damit zu rechnen, daß bei einer diesbezüglichen Festlegung die Gefahr bestünde, keine Interessenten als Auftragnehmer zu erreichen, zumal bei Planungsarbeiten üblicherweise unvorhersehbare Verzögerungen durch verschiedenste Recherchen als obligatorisch angesehen werden müssen.

Punkt 4:

Von Seiten der Beamtenschaft hat es vor dem Fertigstellungstermin zwei mündliche Urgenzen an das Büro Dipl.-Ing. Spirk - Haslinger gegeben.

Herr Vizebürgermeister Pfeil hat eine Zusatzfrage, bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, ich kann ihre Meinung nicht ganz teilen. Wenn jemand einen Auftrag annimmt und er wird nicht fertig damit, dann genügt es nicht, daß ein Beamter irgendwann einmal anruft, ob es vielleicht einmal genehm ist, die Studie fertig zu stellen. Jetzt die Zusatzfrage: Wäre es nicht vielleicht unter dem Aspekt privater Beteiligter - insbesondere bei einer Betreibergesellschaft - besser, daß man die zwei vor Fertigstellung zusammenspannt, oder bezieht sich jetzt der Auftrag Spirk lediglich auf die Machbarkeitsstudie? Machbarkeit heißt ja natürlich - von meinem Verständnis her -, ob es dort baulich machbar ist. Da fehlt mir bis jetzt jeder Hinweis darauf. Ich ersuche sie, das noch zu beantworten. Aber noch einmal: Ich bin auch anderer Meinung, wenn sie sagen, Eile war nicht geboten. Ja selbstverständlich war Eile geboten! Sie meinen auch, Warten koste kein Geld. Doch Warten kostet Geld! Wenn wir hier unsere Probleme weiter hinausschieben, brauchen wir natürlich kein Geld für einen Bau oder sonst etwas, sondern wir tun gar nichts, wir legen die Hände in den Schoß. Ich glaube, das Zuwarten kostet hier Geld! Insbesondere benötigen wir auch für unsere Verkehrsinfrastruktur, daß wir den Verkehr am Stadtplatz und unten am Ennskai in den Griff bekommen. Ich ersuche sie, dazu noch Stellung zu nehmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja gerne! Ich habe versucht, das schon in meiner Antwort vorher zu erklären, ich kann es nur noch einmal tun. Die Stadt selbst wird nicht in der Lage sein - das weiß jeder, der hier aufmerksam die Budgetberatungen verfolgt hat -, auch noch eine Reihe von Stellplätzen für den ruhenden Verkehr, Parkgaragen, in die viele Millionen Schilling hineinfließen - wir reden von 40 - 50 Millionen mindestens -, zu finanzieren. Daß die Stadt sich das nicht leisten kann, weiß in Wahrheit jeder! In Wahrheit geht es darum, jemanden zu finden bzw. ein Modell zu finden, damit das, was die Stadt natürlich dringend braucht, dennoch möglich wird. Das ist ein neuer Weg, dafür gibt es keine Rezeptbücher. Diesen Weg zu suchen, ist in Wirklichkeit die Aufgabe. In Bezug auf die Studie geht es aus meiner Sicht darum, eine zusätzliche Unterlage zu haben, wie denn am besten eine Situierung dieser Parkgarage - wo wir eine Interessentengruppe haben - sein soll, damit es zu einer optimalen Anbindung an die bestehenden Verkehrsströme kommen kann. Der Bau selbst ist dann eine Sache, die die Errichter- und Betreibergruppe natürlich planen und vornehmen muß. So haben wir das auch

mit den Herrschaften zuletzt vor einer Woche besprochen. Natürlich halte ich es für klug, die Macher dieser Studie - die auch aufbauen auf dem Verkehrskonzept der Stadt und den Untersuchungen des Professor Stickler - mit ihrem Wissen und die Errichter- und Betreibergruppe zusammenzuspannen. Interessant ist dabei, daß jeder Betreiber - und es waren ja zwei, die Interesse gezeigt haben - sagt, so etwas sei wirtschaftlich nur machbar, wenn nicht nur eine Garage errichtet wird, sondern wenn darauf ein Überbau, der wirtschaftlich genutzt werden kann, auch möglich erscheint. Hier geht es darum, ein geeignetes Grundstück oder mehrere solche zu finden, wo das denkbar ist. Diese Grundstücke sind aber in diesem Bereich gegenwärtig von anderen Eigentümern und anderen Nutzungen besetzt, daher wird es sehr schwierig. Man kann eben sehr schlecht eine öffentliche Diskussion über Grundstücke abführen, die eigentlich jemand ganz anderem gehören. Da muß man mit den Leuten reden. Das erfordert eine Vorgangsweise mit Fingerspitzengefühl. Wir brauchen also sowohl die Studie als auch die zielführenden Gespräche dieser Errichter- und Betreibergruppe. Ich hoffe sehr, daß wir auch in diesem Bereich ein Stück vorankommen. Wir sollten nicht vergessen, daß die erste Position dieser Stellplätze, die für die Stadt so wichtig sind, die Bahnhofsüberbauung ist und die haben wir immer noch nicht ganz auf der Spur. Da müssen wir jetzt erst zu dem Vertrag mit den Bundesbahnen kommen. Parallel dazu habe ich mich bemüht, auch die citynahe Garage auf die Schiene zu bringen. Es gibt einige sehr positive Ansätze und ich hoffe, daß wir gemeinsam diesen Weg weiter beschreiten können.

Wir kommen nun zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage ist positiv, die konjunkturelle Entwicklung ist gut. Wir können das erste Mal wieder von einem Arbeitslosenstand von 2.828 Personen reden. Natürlich 2.828 zuviel, aber im Vergleich zum Vergleichsmonat des Vorjahres eine Verringerung um 12,1 Prozent. Die Arbeitslosenquote beträgt mit Ende Mai 6,8 Prozent. Erfreulich ist es besonders im Bereich der älteren Arbeitssuchenden, hier hat sich ein Rückgang um 21,4 Prozent ergeben. Es ist aber auch so, daß die Großbetriebe BMW und Steyr SKF wieder Personal eingestellt haben und daß auch eine sehr positive Zunahme bei den Klein- und Mittelbetrieben - was die Beschäftigung anbelangt - festzustellen ist. Besonders erfreulich ist der Umstand, daß am vergangenen Freitag der Fachhochschulrat hier getagt hat. Er hat in dieser Sitzung am 2. Juni spät am Abend die wissenschaftliche Genehmigung für den Fachhochschulstudiengang „Produktions- und Managementtechnik“ gegeben. Ich bin überzeugt davon, meine Damen und Herren, daß die Fachhochschule die zukünftige Entwicklung der Stadt und der gesamten Region nachhaltig positiv beeinflussen wird und nicht nur Vorteile für die renommierten Unternehmen bringt, sondern auch allen anderen Betrieben und der Wirtschaft insgesamt wesentliche Impulse bringen kann. Dankeschön möchte ich heute auch offiziell den Vertretern der großen Unternehmungen in der Stadt sagen, die wie **ein** Mann - oder **eine** Frau - hinter dieser Idee Fachhochschule in Steyr gestanden haben. Es war das positive Ergebnis zweifelsohne nur möglich, weil sich die Region hinter diesem Projekt versammelt hat, quer und über die politischen Richtungen hinweg. Das ist ein großer Erfolg für die Stadt und ich glaube, daß wir damit einen ganz wichtigen Schritt gesetzt haben. Das Finanzierungskonzept sieht seitens der Stadt für die ersten 5 Betriebsjahre einen jährlichen Zuschuß für den laufenden Betrieb in Höhe von S 2 Millionen sowie maximal S 30 Millionen für die Errichtung eines so genannten „Fachhochschulgebäudes“ vor, das im Rahmen der nächsten Ausbaustufen des Forschungs- und Ausbildungszentrums für Arbeit und Technik im Steyrer Wehrgraben errichtet wird. Die Ausfinanzierung des Gebäudeneubaus - die voraussichtlichen Errichtungskosten betragen S 55 Millionen - übernimmt der Fachhochschulträgerverein Oberösterreich. Das Land Oberösterreich steuert für die technischen Einrichtungen und den Studienbetrieb rund S 25 Millionen bei. Es ist in der Sitzung vergangene Woche in der Verhandlung mit den Vertretern der OÖ. Landesregierung gelungen, eine Haftung des Landes Oberösterreich für S 25 Millionen zu erhalten. Der Bund wird S 95.000,- pro Student/-in und Jahr für diese neue Schule in Steyr auswerfen. Die Ausbildungsschwerpunkte der Fachhochschule liegen in der Förderung der Kernkompetenzen erfolgreicher Betriebsführung. Konkret sind dies: „Fachkompetenz“ in Produktionstechnik (Technologie und Produktionswirtschaft) und „Managementtechnik“ (Controlling und Betriebsführung), hier ist auch „Sozialkompetenz“ gefragt und „Transferkompetenz“. Der erste Studienabschnitt umfaßt 3 Semester, vermittelt allgemeine Inhalte und dient einem ersten Hinführen zur Praxis. Studierende ohne praktische Erfahrung in den Basistechnologien Bohren, Fräsen etc.

müssen im ersten Studienjahr eine entsprechende Werkstättenübung absolvieren. Etwas, das hier aufgrund der Großbetriebe, Lehrwerkstätte etc. ohne Probleme darzustellen sein wird, wie ich hoffe. Der zweite Studienabschnitt (Vertiefungsstudium) ist mit 5 Semestern angesetzt und vor allem der Praxisbezogenen und Umsetzungsorientierten Ausbildung gewidmet. In Zusammenarbeit mit Unternehmen werden - insbesondere in den Projektseminaren und Wahlfächern - Themen aus der Praxis behandelt. Abgeschlossen wird der insgesamt 8 Semester dauernde Fachhochschulstudiengang „Produktions- und Managementtechnik“ mit dem Titel „Diplomingenieur Fachhochschule“.

Nächster Punkt ist der Kauf des Reithoffergebäudes. Wie sie wissen, haben wir hier eine nicht sehr kurze Verhandlungsphase hinter uns. Auch das letzte Gespräch hat kein endgültiges Ergebnis gebracht. Wir haben eine Verhandlungsrunde zwischen dem Herrn Finanzvorstandsdirektor der Steyr- Daimler-Puch AG, Dr. Koch, dem Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil, dem Herrn Stadtrat Schloßgangl und mir gehabt, wo es um dieses Haus gegangen ist. Herr Vorstandsdirektor Koch hat dabei erneuert, daß bei seinem bereits in Verhandlungen mit mir reduzierten Angebot an die Stadt in der Größenordnung von S 10 Millionen für das Gebäude und ein 5.000 Quadratmeter großes Areal, auf dem dieses ehemalige Reifenlager situiert ist, nach unten kein Spielraum mehr vorhanden ist. Wir haben als Konsequenz daraus am 23. Mai einen Lokalausweis des Objektes und des angrenzenden Areals vorgenommen. Unsere Position am Schluß ist gewesen, daß wir dieses Haus mit den 5.000 Quadratmetern Grund erwerben wollen. Ich habe mit dem Herrn Generaldirektor Streicher das Gespräch noch einmal aufgenommen, um zu erreichen, daß wir die Kaufsumme in fünf Budgetjahren ab 1996 entrichten können, zunächst wollten sie es auf einmal haben. Wir haben auf drei Jahre verhandelt, wir sind auf vier gekommen, da war Ende. Ich gehe davon aus - ich habe also jetzt dreimal in einer Woche mit ihm gesprochen -, daß es möglich wird, hier diese fünf Jahre zu erreichen. Und damit glaube ich, daß wir - wenn wir das ausverhandelt haben - auch den entsprechenden Beschluß im Gemeinderat herstellen können, was natürlich neue Perspektiven auch im Hinblick auf die Verlagerung von kulturellen Aktivitäten Richtung 1998, aber auch schon anderer Aktivitäten vorher ermöglichen sollte. Denn wenn wir diesen Vertrag machen, muß es uns auch möglich sein, sehr rasch eine Nutzung dieses Gebäudes und des Areals ins Auge fassen zu können. Damit, meine Damen und Herren, sind meine Berichte und Anfragenbeantwortungen vorbei. Ich darf sie zu Punkt 4) bitten, die mit der Tagesordnung und den Gemeinderatsunterlagen zugegangenen Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis zu nehmen. Ich komme zum Punkt 5), die Behandlung der Verhandlungsgegenstände und gebe den Vorsitz an die Frau Vbgm. Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte den Herrn Bürgermeister um seine Anträge.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Sozialdemokratische Fraktion hat bekannt gegeben, Änderungen in den gemeinderätlichen Ausschüssen zu wünschen. Der Antrag lautet:

1) PräS-1166/91 Sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion; Bekanntgabe von Änderungen in den gemeinde- rätlichen Ausschüssen.

In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 7. November 1991 wurden die gemeinderätlichen Ausschüsse gemäß § 40 StS 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt. Nunmehr gibt die Gemeinderatsfraktion der SPÖ im Gemeinderat der Stadt Steyr mit Schriftsatz vom 26. April 1995 folgende Änderungen bzw. Neubesetzungen in der personellen

Zusammensetzung der gemeinde-rätlichen Ausschüsse wie folgt bekannt:

1. BAUAUSSCHUSS:

anstelle von Frau Gemeinderätin Ingrid Weixlberger tritt Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach

2. WOHNUNGSAUSSCHUSS:

anstelle von Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach tritt Frau Gemeinderätin Ingrid Weixlberger

Aufgrund dieser Änderung im Wohnungsausschuß tritt nun bei den Ersatzmitgliedern dieses Ausschusses Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach als Ersatz anstelle von Frau Gemeinderätin Ingrid Weixlberger.

Ich ersuche - falls notwendig - eine Debatte darüber abzuwickeln und dann eine Wahl unter den sozial-demokratischen Mitgliedern des Gemeinderates herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dafür, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist mir ein Antrag gem. § 12 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr in Verbindung mit dem § 6 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr zugegangen. Er lautet wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Als logische Folge der Ausgliederung der GWG der Stadt Steyr aus dem Magistrat der Stadt Steyr ist als zweiter Schritt der gemeinderätliche Wohnungsausschuß aufzulösen, damit endgültig der Verzicht auf politische Einflußnahme bei der Wohnungsvergabe gegeben ist. Die Wohnungsvergabe soll künftig durch die GWG nach objektiven Kriterien erfolgen. Bei Beschwerden soll eine Überprüfung der Wohnungsvergaben durch den GWG-Aufsichtsrat möglich sein. Als Gemeinderat und Mitglied des Wohnungsausschusses stelle ich daher namens der ÖVP-Fraktion folgenden Antrag“:

2) PräS-340/95 Gemeinderat Engelbert Lengauer; Antrag gemäß § 12 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr i. V. m. § 6 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr betreffend die Auflösung des gemeinde- rätlichen Wohnungsaus- schusses mit Wirksamkeit vom 1. 1. 1996.

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der gemeinderätliche Wohnungsausschuß wird mit Wirksamkeit vom 1. 1. 1996 aufgelöst. In Hinkunft hat die Vergabe von Wohnungen der GWG der Stadt Steyr durch die Geschäftsführung der GWG nach objektiven Kriterien zu erfolgen. Über die erfolgten Wohnungsvergaben ist allen Mitgliedern des GWG - Aufsichtsrates umgehend und schriftlich zu berichten. Bei Beschwerden ist eine Überprüfung der Wohnungsvergaben durch den GWG - Aufsichtsrat jederzeit im Rahmen der diesem zustehenden Aufsichts-rechte möglich.

Wohnungen der Stadt Steyr oder solche, für die der Stadt Steyr ein Einweisungsrecht zusteht, werden analog der vorstehenden Regelung durch die Geschäftsstelle der Stadt (für die Dauer des Betreuungsvertrages: die Geschäftsführung der GWG) vergeben, die den gemeinderätlichen Fraktionen der Stadt Steyr über die erfolgten Wohnungsvergaben umgehend und schriftlich zu berichten hat.

Der Antrag ist ausreichend unterstützt, ich bitte, in die Debatte einzugehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir haben den Antrag gehört. Es hat sich Herr Gemeinderat Payrleithner zu Wort gemeldet, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Auf den ersten Blick schaut dieser Antrag durchaus vernünftig und unterstützungswürdig aus. Wenn man sich die Geschichte allerdings etwas näher anschaut, gewinnt man doch mehr den Eindruck, als ob es sich hier eher um einen populistischen Gag handeln dürfte. Die ÖVP ist da offensichtlich auch inzwischen ein bißchen auf den Geschmack gekommen, denn sehr sachlich fundiert ist er ehrlich gesagt nicht. Vielleicht geht es auch ein bißchen um bessere Startpositionen in der Nachfolge von unserem Kameraden Holub, aber das steht hier wahrscheinlich gar nicht zur Diskussion. Wenn man sich die letzte Zeitung unserer Freunde nämlich näher anschaut und die Begründung dieses Antrages, so erscheinen mir doch erhebliche Zweifel, ob die Zurückdrängung des parteipolitischen Einflusses und der Parteibuchwirtschaft - wie das immer so schön heißt - wirklich mit diesem Antrag erreicht wird. Ich - und ich glaube, auch viele hier in diesem Raum - werde das wahrscheinlich nicht glauben, wenn man sich das genauer anschaut. In diesem Antrag ist vorgesehen, daß man das in Zukunft nur mehr den Beamten überläßt. Aber das sind ja auch keine enteelten Maschinen, die dort im Büro sitzen, sondern Menschen mit einer politischen Meinung, die natürlich legitim ist. Wenn man sich die Personalvertretungswahlen anschaut, kommt das auch ganz klar zum Ausdruck. Ich glaube, daß hier das Kind mit dem Bad ausgegossen wird. Das ist das erste. Das zweite ist, wie hier zum Beispiel auch gefordert wird, daß der Aufsichtsrat der GWG dann die Kontrolle sein soll bzw. wird ihm das dann vorgelegt wird. So steht es hier, Herr Kollege Spöck, Sie brauchen gar nicht den Kopf zu schütteln, das steht hier ganz klar herinnen. Ich habe mir das heute angeschaut, wie der Aufsichtsrat der GWG zusammengesetzt ist, da sind vier Sozialdemokraten, zwei von der ÖVP, einer von den Freiheitlichen. Das ist mir sowieso nicht ganz verständlich, nach dem Wahlergebnis kann es doch offensichtlich nicht gegangen sein. Aber Tatsache ist, daß es dort mehrheitsmäßig so aussieht. Wenn das die Kontrolle und die Überparteilichkeit ist, ist mir das schon sehr suspekt. Das ist das zweite. Ich bin auch prinzipiell der Meinung, daß sich die gewählten Mandatäre dieses Hauses nicht ganz aus der Verantwortung davonschleichen sollten. Wir haben eine Verantwortung gegenüber unseren Wählern zu tragen und ich glaube, die sollten wir auch in Zukunft in diesem Wohnungsausschuß wahrnehmen. Wir sind aber sehr wohl der Meinung, daß einiges geändert gehört. Wir haben vor einigen Jahren die Vergaberichtlinien einstimmig - oder ich glaube fast einstimmig - beschlossen. Wie es bei all diesen Dingen ist, muß man eben nach zwei oder drei Jahren - wenn man sich die Geschichte in der Praxis angeschaut hat - Änderungen vornehmen. Ich glaube, wir sollten dem Wohnungsausschuß noch eine Chance geben, daher erlaube ich mir, einen Zusatzantrag einzubringen. Dieser Zusatzantrag lautet:

Gemäß § 9 der Geschäftsordnung der Stadt Steyr stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgenden Zusatzantrag zum Tagesordnungspunkt 2):

Der Gemeinderat möge beschließen:

- a) Der Wohnungsausschuß soll mit seinem bisherigen Aufgabengebiet weiter bestehen bleiben.
- b) Einsetzung einer Projektgruppe zur Neugestaltung der Wohnungsvergaberichtlinien.

Zeitplan: Bis zum 30. Oktober d. J. sollten die neuen Richtlinien ausverhandelt sein, sodaß in der November-Gemeinderatssitzung ein Beschluß herbeigeführt werden kann.

Zielvorgabe: Objektive Wohnungsvergabe unter Ausschließung der Einflußnahme von politischen Interventionen. Einbeziehung der landesgesetzlichen Vorschriften (sh. Landesgesetz Nr. 88 vom Juli 1994, OÖ. Grundverkehrsgesetz).

Es wird das Wohnungsamt beauftragt, umgehend eine lücken-lose Erhebungsliste (Bedarfsliste) von Wohnungssuchenden dem zu gründenden Beirat und den Stadtsenatsmitgliedern vorzulegen. Diese soll nach inländischen und ausländischen Wohnungssuchenden aufgelistet werden, weiters nach verheirateten, ledigen, alleinerziehenden Müttern (Vätern), Steyrern und nicht in Steyr wohnhaften Wohnungs-Antragstellern.

Ich darf diesen Zusatzantrag dem Herrn Bürgermeister übergeben und bitte um Zustimmung. Vielleicht noch eine kleine Abschlußbemerkung: Wenn wir schon alle davon sprechen, daß die Wohnungsvergabe noch mehr entpolitisiert werden soll, vielleicht auch ein Appell an die sozialdemokratische Fraktion: Ich glaube, daß es nicht mehr ganz zeitgerecht ist, vor den Wohnungsausschußsitzungen so genannte Fraktionssitzungen abzuhalten, die dann oft 15 - 20 Minuten länger dauern als der offizielle Beginn der Wohnungsausschußsitzung. Die Mitglieder der anderen Fraktion müssen dann dort warten. Ich frage mich, Herr Kollege Zagler, was hat eine Fraktionssitzung bei der Vergabe von Wohnungen für einen Sinn, wenn wir alle von objektiven Vergaberichtlinien reden?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Lengauer. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mit der letzten Bemerkung des Kollegen Payrleithner beginnen. Eine stundenlange Fraktionssitzung geht dem Wohnungsausschuß bevor. Genau das war es auch, was uns bewogen hat, unseren Antrag zu stellen. Drei Jahre lang bemühen wir uns jetzt, nach objektiven Richtlinien Wohnungen zu vergeben. Recht und schlecht gelingt es uns. Wir hören die Vorschläge der Geschäftsführung, wir diskutieren dann heftig, hören, daß die Wohnungswerber am Montag stundenlang warten, damit sie angehört werden und ihre Not, ihr Elend und ihre Sorgen noch einmal vorbringen möchten, weil sie uns doch nicht ganz getraut haben, daß die Wohnungen nach einstimmig beschlossenen Punkten vergeben werden. Warum haben sie uns nicht ganz getraut? Weil sie einfach immer wieder aufgerufen wurden, noch einmal zu einer Vorsprache zu kommen. Weil sie immer wieder auch gehört haben, es gibt einen Wohnungsausschuß, der politisch zusammengesetzt ist. Da hat das ganze Bemühen - unser ehrliches Bemühen - keinen Sinn. Wir haben uns - und das möchte ich für alle Fraktionen sagen - sehr wohl ehrlich bemüht, Wohnungen nach objektiven Punkten zu vergeben. Aber die Bevölkerung hat uns das nicht abgenommen, weil es die vorher angeführten Punkte gegeben hat und gibt. Das war unser Denken, warum wir nun den Antrag gestellt

haben, als zweiten logischen Schritt die Auflösung des Wohnungsausschusses beschließen zu lassen. Mich freut der Zusatzantrag der Freiheitlichen, weil damit eigentlich auch wieder das ausgedrückt wird, was wir meinten. Wir meinten nämlich auch, daß die Wohnungen wirklich nach objektiven Punkten vergeben werden sollen, und zwar nach überarbeiteten Punkten, die ja jetzt im Wohnungsausschuß getätigt werden. Wir haben nicht ohne Grund Datum 1. 1. 1996 geschrieben, damit diese Arbeit des Wohnungsausschusses noch durchgeführt werden kann. Ich bin aber froh, wenn das terminlich nun ganz genau präzisiert ist, denn dann können wir nicht aus, dann muß etwas geschehen. Aus diesem Grund bin ich dankbar. Zur Bemerkung des populistischen Gags: Man könnte es so auffassen. Wenn sie mich in meiner politischen Arbeit kennen, dann meine ich, daß sie das wirklich zur Kenntnis nehmen können, daß wir es ehrlich meinen und uns wirklich ehrlich bemühen, objektiv Wohnungen zu vergeben. Zu dem Mißtrauen, oder sagen wir besser zu der Frage: Sind nicht auch die Beamten in der GWG Menschen, die eine politische Meinung haben? Natürlich werden sie auch eine politische Meinung haben, aber ich vertraue auf die Damen und Herren Beamten, wenn ihnen vorgegeben ist, nach objektiven Punkten zu arbeiten und diese objektiven Punkte nun neu überarbeitet und besser präzisiert sind, daß sie dann sehr wohl nach diesen Punkten ihre Wohnungen vergeben. Warum wir dann noch eine Kontrolle oder ein Beschwerderecht eingesetzt haben? Nun, das muß jeder haben, daß er sich irgendwo - sollte er sich ungerecht behandelt fühlen - auch rühren und melden kann. Ich glaube, wenn ich in Summe all das bedenke, dann wäre das sehr wohl ein sehr wichtiger Schritt. Gehen wir in die ehrliche Wohnungsvergabe ohne politischen Einfluß, lösen wir den Wohnungsausschuß auf - natürlich nach Überarbeitung der Punkte - und vertrauen wir auf das gute Arbeiten in der GWG. Letztlich haben wir doch immer wieder auf die Vorschläge der GWG gehört und die zur Kenntnis genommen. Ich meine daher, daß dieser Antrag einstimmig angenommen werden könnte. Wir meinen es doch alle ehrlich mit der Wohnungsvergabe! Bitte versuchen wir es wirklich und zeigen wir dem Bürger, daß wir unsere Wohnungsvergabe wirklich ehrlich aus dem politischen Geschehen heraushalten wollen! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Stadtrat Tatzreiter. Ich erteile es ihm.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn wir heute den Antrag 2) der ÖVP, die Auflösung des Wohnungsausschusses, der schon große Medienschlagzeilen eingebracht hat, behandeln, dann meine ich, einige Dinge als Verantwortlicher, als Vorsitzender dieses Ausschusses nicht einfach so leichtfertig betrachten zu können. Ich habe das auch in der Zeitung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, als ich gefragt wurde, wie ich dazu stehe, wie man solche Dinge betrachten könnte oder behandeln wird. Ich meine, daß wir ehrlichen Herzens - und da stimme ich überein mit dem Herrn Gemeinderat Lengauer, aber auch mit dem Kollegen Payrleithner, in diesem Zusammenhang wie ich meine mit allen Kollegen - bemüht sind, unsere Wohnungswerber wirklich damit zu befriedigen, nach den Bedürfnissen und unseren Möglichkeiten diese Vereinbarungen zu treffen. Wir haben - wenn ich darauf verweisen darf - mit einigen wenigen Ausnahmen zumeist vollständige oder einstimmige Beschlüsse im Wohnungsausschuß gefaßt. Natürlich gibt es langatmige Diskussionen im Wohnungsausschuß! Das zeigt ja, daß es ein Problem ist, das nicht einfach so leichtfertig erledigt werden kann, indem man einfach sagt, da gibt man Richtlinien aus, die irgendjemand entscheiden soll, und ich stehle mich vor der Verantwortung davon. Meine Damen und Herren, das ist nicht die Zielsetzung, vor allem nicht unserer Fraktion entsprechend! Wir glauben, daß wir uns damit zu beschäftigen haben. Wir haben auch den Wohnbau ganz besonders forciert und dürfen uns glücklich schätzen, daß eine große Anzahl der Wohnbautätigkeiten, die in den vergangenen Jahren nicht so gelaufen sind, jetzt wirklich aktiv sind.

Dafür haben wir die Sorge derer empfunden, die sich bei uns anmelden. Ich glaube nicht, daß wir die Leute aufrufen, Herr Kollege Lengauer, daß sie bei uns vorsprechen kommen sollen, sondern sie kommen wirklich von selbst. Ich vermerke nur, daß ich manchmal fast überfordert bin, den langen halben Tag, den ich hier herinnen sitze und oft bis am späten Nachmittag ausschließlich mit den Problemen der Wohnungssuchenden konfrontiert bin. Sonst kommt überhaupt niemand. Ich merke die Probleme schon, und ich hole mir die Leute nicht her, da können Sie Gift darauf nehmen! Wenn das so sein sollte, müssen sie mir das beweisen! Ich habe das noch nie gemacht! Ich habe auch nicht das Bedürfnis, mir jemanden herzuholen! Jedenfalls steht es fest, daß die Leute Probleme haben und herkommen. Und wo sonst als zu der Kommune bzw. der öffentlichen Hand sollen sie hingehen, wenn sie von den anderen an die Gemeinde verwiesen werden. Ich denke da an viele Probleme. Da könnte ich jetzt sie auch zitieren, denn sie kommen auch zu mir und sagen: Haben sie da eine Möglichkeit, können sie da helfen? Bleiben wir bei der Wahrheit, meine Damen und Herren, worum es geht! Wenn wir glauben, daß wir das Problem so leichtfertig ablegen können, dann stimmt das nicht! Wir werden wahrscheinlich bei der Bevölkerung - in der öffentlichen Meinung - danach kritisiert werden, daß wir ein Problem weglegen wie ein ungewolltes Kind. Ich meine dabei, daß wir die Verantwortung nicht einfach ablegen können, irgendjemandem übertragen, dem wir sozusagen Richtlinien in die Hand geben und sagen: „Mach was du willst!“ Das kann nicht der Fall sein! Wir werden uns wahrscheinlich in diesem Zusammenhang - und jetzt sage ich es wie der Kollege Payrleithner - nicht davonschleichen können. Wir sollen uns diesem Problem stellen. Ich glaube auch, daß wir es bisher - zumindest so gut es möglich war - lösen konnten. Ich bin gerne gewillt, zu Besserungen zu kommen. Ich glaube nicht, daß ein fertiges Projekt wie die Vergaberichtlinien bzw. das Punktesystem schon der Weisheit letzter Schluß ist, sondern daß wir darüber hinaus Verbesserungen einbringen müssen und ich bin jedem dankbar, der das macht. Ich bin auch gerne bereit, diesem Zusatzantrag Folge zu leisten, vielleicht auch einem Unterausschuß. Wenn es nicht um Daten geht, die wir nicht veröffentlichen dürfen, könnten wir auch sagen, wir nehmen uns einen Beirat. Dazu wäre ich gerne bereit, aber das geht leider nicht. Ich habe mich gestern bei der Wohnbauenquête bei den anderen Wohnbauträgern bzw. GWGs und vor allem bei deren Geschäftsführern informiert und ich stelle fest, daß die ebenfalls gerne einen ähnlichen Ausschuß hätten, wie wir ihn haben. Ich habe gestern mit einigen gesprochen. In Linz hätten die Geschäftsführer bzw. die Gesellschaften lieber solche Ausschüsse. Die haben nämlich einen Beirat, in dem auch die Wohnungsprobleme besprochen werden. Dann werden über die Geschäftsführer nur mehr die Beschlüsse ausgehändigt, die aber dort sozusagen nur mehr eine Abhandlung der politischen Vorgespräche sind. Es sitzen immerhin 17 politische Mandatare dort drinnen. Daher meine ich, wir sollten von diesem Wohnungsausschuß nicht abgehen, wir sollten ihn beibehalten. Es ist auch demokratiepolitisch - meiner Meinung nach - eine Frage, ob wir das einfach so weglegen können. Ich glaube, daß es notwendig ist, die notwendigen Veränderungen bis in den Herbst vorzubereiten. Wir sind gerade bei der Erhebung der letzten Daten der Wohnungssuchenden, denn die verändern sich immer wieder. Daher werden wir das auch in den Sommermonaten vorbereiten, die Vergaberichtlinien - oder das Punktesystem, ganz gleich, wie man das nennen mag - bis im Herbst festlegen, um sie in einer gemeinderätlichen Sitzung beschließen zu können. Wir werden dann auch diese Vergabe neuerlich über den Wohnungsausschuß nach unseren Meinungen wirklich so gestalten, daß wir uns nichts vorzuwerfen haben. Natürlich gibt es Kritik und ich weiß, daß gewisse Diskussionen sehr unangenehm sind, meine Damen und Herren. Meistens wird sowieso der Schuß auf den Vorsitzenden gelenkt, der dafür die Schuld trägt. Ich trage sie auch, warum nicht? Aber ich möchte mich nicht davor drücken, und ich möchte noch einmal behaupten, daß ich persönlich eine Verantwortung nicht so einfach ablege. Wenn, dann muß es eine gesamtheitliche Auffassung sein. Ich glaube aber nicht, daß es die Sozialdemokratische Fraktion ist, wie ich feststelle auch nicht die Freiheitliche, und ich bin auch neugierig, wie die GAL dazu steht. In dem Zusammenhang darf ich bitten, dem Antrag nicht die Zustimmung zu geben!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Rohrauer.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin seit Oktober 1982 im Wohnungsausschuß. Ich habe diesen Wohnungsausschuß teilweise auch als Frust empfunden, wenn es einfach nicht möglich ist, sozial Schwachen dementsprechende Wohnungen anzubieten. Es war auch sicherlich ein gewisser Frust vorhanden, als wir die 2/3-Mehrheit hatten und uns im Lobbyismus geübt haben - zu dem ich für diese Zeit übrigens stehe, denn wir haben immerhin zwei Drittel der Steyrer Wähler auf unsere Seite gehabt. Es ist sicherlich nichts Schlechtes, wenn man diesen Wählern behilflich ist.

Zwischenruf Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Das haben sie doch immer abgestritten! Daß sie das das erste Mal zugeben, das ist stark!

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Das ist meine persönliche Meinung! Die Zeiten haben sich geändert, Darf ich bitte weiterreden, Herr Bürgermeister? Besten Dank! ... Herr Stadtrat Tatzreiter, mit der Meinung und der Arbeit aller Fraktionen wurden für die Zeit gemäß die Objektivierungsrichtlinien eingeführt. Ich stehe genauso zu diesen Objektivierungsrichtlinien, wie meine Fraktion und sicherlich auch die anderen Fraktionen. Uns war aber auch vollkommen klar, daß wir diese Richtlinien immer wieder der Zeit anpassen und auf den neuesten Stand bringen müssen, um so gerecht und objektiv als möglich die Wohnungen vergeben zu können. Wenn nun die Wohnungsvergabe durch die Geschäftsführer erfolgen soll, so darf ich darauf aufmerksam machen, daß der Aufsichtsrat übrigens auch politisch zusammengesetzt ist. Was passiert denn dann bitte? Wenn es keinen Wohnungsausschuß gibt, keine Wohnungsausschußmitglieder mehr, an die man als Wohnungssuchender herantreten kann, was wird dann passieren? Deine Klientel wird zu dir als Aufsichtsratsmitglied kommen, Kollege Spöck, und du wirst vermutlich dann auch bei der Geschäftsführung intervenieren. Ich stelle das einmal so in den Raum. Wir kennen die österreichische Mentalität. Ich habe gesagt, ich bin der Meinung, wenn nur mehr die GWG die Wohnungen zu vergeben hat, werden die Wohnungssuchenden sich auch an die Aufsichtsratsmitglieder wenden, um zu Wohnungen zu kommen. Das wird vermutlich so sein, oder? Es würde wieder Interventionen geben, somit wäre einem gewissen Lobbyismus wieder Tür und Tor geöffnet. Die GWG ist die einzige Wohnungsgesellschaft, die in dieser Stadt für die sozial Schwachen, die Obdachlosen, aber auch für die Ausländer da ist. Denn gerade diese Gesellschaft vergibt Wohnungen nach objektiven Richtlinien. Die GWG ist das soziale Netz für die Schwachen von Steyr. Da wir unseren Namen als Sozialdemokraten weiterführen wollen, werden wir uns sicherlich nicht aus der Verantwortung stellen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Eichhübl, ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Obwohl mein Fraktionskollege Hans Payrleithner bereits sehr ausführlich auf die Problematik einer eventuellen Auflösung des Wohnungsausschusses eingegangen ist, möchte ich auch aus meiner Sicht ein paar Anmerkungen machen. Nicht zuletzt deshalb, weil ich selbst etwa 10 Jahre im Wohnungsausschuß tätig war und jetzt - seit 1991 - im GWG - Aufsichtsrat bin. Im übrigen darf ich hier nochmals auf unseren Zusatzantrag eingehen. Es handelt sich nicht um einen Abänderungsantrag, nur um das klarzustellen, denn inzwischen glaube ich, daß einige das nicht ganz verstanden haben. Nochmals: Es handelt sich nicht um einen Abänderungsantrag, sondern um einen Zusatzantrag. Der Kollege Payrleithner wird das dann klären. Es ist doch gut, daß ich jetzt kurz darauf eingegangen bin, denn offensichtlich herrscht noch immer ein Mißverständnis, was es sein soll. Es geht im Grunde genommen um die Behandlung des Hauptantrages und um die Abstimmung bzw. den Vorgang zur Abstimmung. Aber das wird der Kollege Payrleithner noch klären, das wollte ich in meiner Wortmeldung nur am Rande streifen. Aber der Grund meiner Wortmeldung ist - wie gesagt - der, daß ich bei allem Respekt, Herr Kollege Lengauer, ihrer Begründung nicht ganz folgen kann. Wenn sie nämlich schreiben - auch mein Vorredner ist ja kurz darauf eingegangen -, daß als logische Folge der Ausgliederung der GWG vom Magistrat der Stadt Steyr als zweiter Schritt die Auflösung des Wohnungsausschusses das Ziel sein sollten, um einen Verzicht auf politischen Einfluß zu erreichen. Das sehe ich nicht so. Der GWG - Aufsichtsrat ist eben so gestaltet - auch das wurde bereits mehrmals gesagt -, daß politische Vertreter drinnen sitzen, allerdings nicht entsprechend dem Wahlergebnis, das wurde heute auch bereits angeschnitten. Ich vertraue sehr wohl den Beamten! Sollte es dazu kommen, daß der Wohnungsausschuß aufgelöst wird, vertraue ich durchaus den Beamten. Aber ich glaube aufgrund der Wortmeldung des Kollegen Rohrauer mit ruhigem Gewissen sagen zu können, ich mißtraue den Politikern, die entsprechenden Druck ausüben werden! Vielleicht auch gezwungenermaßen, Kollege Tatzreiter, da gebe ich dir gar nicht so unrecht, denn es ist wirklich oft so, daß man sehr bedrängt wird. Jeder sieht natürlich seinen Wohnungswunsch als den dringendsten an, den es gibt und führt entsprechende Begründungen an. Ich weiß das, mir geht es auch so ...

ZWISCHENRUF STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Jeder Gemeinderat da herinnen kommt mit Wünschen zu mir und damit, daß er bedrängt wird und Sorgen hat

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das gebe ich zu! Aber es ist natürlich im Grunde genommen wieder eine politische Einflußnahme, das darf ich sehr deutlich unterstreichen. Ich halte auch nichts davon, Herr Kollege Lengauer, daß der GWG - Aufsichtsrat womöglich im nachhinein eine Wohnungsausschußsitzung durchführen soll. Ich glaube, daß das nicht das Ziel sein kann, denn es steht auch in der Begründung drinnen, Kollege Spöck, daß über erfolgte Wohnungsvergaben umgehend der GWG - Aufsichtsrat zu informieren ist. Darum sage ich ja: Sollen wir im nachhinein eine Wohnungsausschußsitzung vornehmen, oder was sollen wir tun? Das Pferd ist jetzt bereits aus dem Stall. Daher halte ich das als Begründung für die Auflösung des Wohnungsausschusses nicht für zielführend. Für zielführend halte ich allerdings, daß entsprechende Veränderungen bei den Kriterien vorgenommen werden, das ist zweifelsohne notwendig. Daher stehe ich auch zu dem Antrag, den wir eingebracht haben und zu diesen Punkten. Wenn also der echte Wille vorliegt, hier Veränderungen herbeizuführen, die zweifelsohne - das unterstreiche ich nochmals - notwendig sind, dann darf ich sie alle miteinander bitten, unserem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Gemeinderat Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier etwas aufklären. Nachdem ich - wie ich ja in meiner ersten Wortmeldung ausführlich der Meinung Ausdruck verliehen habe - den Wohnungsausschuß jetzt nicht auflösen möchte, weil wir ihm noch einmal eine Chance geben wollen und Veränderungen und Reformen herbeiführen wollen, kann es sich nicht um einen Zusatzantrag, sondern um einen Abänderungsantrag handeln, weil sich das ja sonst aufheben würde. Der Kollege Dr. Alphasamer hat leider die Kopien verteilt, auf denen noch Zusatzantrag oben steht, darum war auch der Kollege Eichhübl der Meinung, daß es sich um einen Zusatzantrag handelt. Aus statuten Gründen und ein für allemal ganz klar: Es handelt sich um einen Abänderungsantrag seitens unserer Fraktion, den ich hiermit dem Herrn Bürgermeister übergebe. Es wird also abgestimmt über den Abänderungsantrag!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Darf ich eine schnelle Frage stellen? Der Wohnungsausschuß soll jetzt bleiben? Aha, das steht jetzt drauf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet ist der Herr Stadtrat Dkfm. Zagler, bitte sehr.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren, liebes Präsidium! Die bisherige Diskussion fordert mich förmlich auf, hier heraußen zu diesem Thema das Wort zu ergreifen und zunächst einmal festzuhalten, was einige der Debattenredner schon gemeint haben, nämlich: Wo ist die Alternative zu einem solchen Vergabeausschuß, zu einem solchen Gremium? Denn daß es ohne ein solches Gremium wohl nicht gehen wird, ist allen offen-sichtlich geworden. Wenn ich die Unzulänglichkeit des gemeinde-rätlichen Wohnungsausschusses von manchem Debattenredner hier vorexerziert bekomme, wundere ich mich, warum es in 99 % der Fälle dort zu einstimmigen Beschlüssen kommt. So schlecht kann also die Vorbereitung und die Arbeit in diesem Ausschuß doch nicht sein! Ansonsten müßte man sich nämlich dort als gewählter Mandatar und Mitglied zu Wort melden. Höchstens die Information, die ich hier habe, stimmt nicht. Dann würde ich bitten, das richtigzustellen. Ich kann mich diesem Abänderungsantrag in dem Sinne nicht anschließen, weil hier die Ausschließung der Einflußnahme von politischen Interventionen gefordert wird. Auch das ist hier schon nachgewiesen worden: Wo gehen die Leute, die Probleme und Nöte haben, hin? Zu Freunden, zu Bekannten, zu politischen Mandataren, die versuchen, ihre persönliche Situation und ihre soziale Lage zu verstehen und diesen Personen zu einer Wohnung zu verhelfen. Das hat mit parteipolitischer Bevorzugung nämlich überhaupt nichts zu tun. Ich habe erst vorgestern auf der

Straße einen Bekannten getroffen, der mir eine Kopie eines Wohnungsansuchens in die Hand gedrückt hat - wohl wissend, daß ich für Wohnungsvergaben nicht zuständig bin -, in der Hoffnung, die soziale Lage seiner Tochter und ihres Lebensgefährten dem zuständigen Referenten so nahezubringen, daß eine Wohnung gefunden werden kann. Der positive Schritt der Ausgliederung der GWG aus der Gemeinde soll durch diese Diskussion nicht verwässert werden. Dem Wohnungsausschuß kann ich einen Hoffnungsschimmer geben: Der Aufsichtsrat der GWG hat über Antrag der Geschäftsführung beschlossen, in Zukunft bei Neuvermietungen den Kategoriezins, der jetzt auch für Wohnungen nach dem Gemeinnützigkeitsgesetz möglich ist, zu berechnen. Das betrifft dann auch die „Roh-diamanten“, z. B. die Wohnungen am Steinbrecherring, wo die heißesten Kämpfe in diesem Ausschuß stattgefunden haben, beispielsweise in der Form des ehemaligen Bürgermeistersekretärs - nicht während seines Auslandsaufenthaltes, sondern damals bei der Wohnungsnachfolge -, wo also eine Kette von Wartenden, 20 - 25 Personen angeklopft und interveniert haben, diese Wohnung zu bekommen. Das wird in Zukunft nicht mehr der Fall sein, weil die 90 m² dort und die 90 m² Neubau anderswo sich im Mietzins und in den Betriebskosten annähern. Das ist eine positive Entwicklung, ich würde bitten, das auch so zu sehen. Was dem Wohnungsausschuß aber in Zukunft vermehrt zufallen wird, ist das, was der Gemeinderat Rohrauer gesagt hat. Er hat gesagt, die soziale Kompetenz dieses Ausschusses wird um vieles wichtiger und nötiger werden, weil viele Menschen sich den Wohnraum, den wir zwar in Tausendereinheiten bauen - wir haben vor der Wahl vorgeschlagen, etwa 1400 neue Wohnungen zu bauen, und das ist auch in Verwirklichung -, nicht mehr leisten werden können. Das heißt, wir als Gemeinderat und die Mitglieder dieses Wohnungsausschusses werden in Zukunft mehr gefordert sein, diese sozialen Problemfälle zu lösen. Für mich wäre eine Entscheidung, den Wohnungsausschuß aufzulösen, eine Bankrotterklärung des Gemeinderates. Und dieser Bankrotterklärung möchte ich nicht zustimmen. Mir gefällt auch der Abänderungsantrag nicht, deswegen werde ich auch ihm die Stimme nicht geben, wiewohl ich inhaltlich der Meinung bin, daß man Objektivitätskriterien und Vergaberichtlinien permanent verbessern soll.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Gemeinderätin Bauer.

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die letzte Wohnungsausschußsitzung war der Grund, daß wir heute so heftig darüber diskutieren. Die letzte Wohnungsausschußsitzung war für mich so ein Skandal, daß ich in der ersten Hitze des Gefechtes - Herr Stadtrat Tatzreiter, sie werden sich erinnern - gesagt habe, das Kasperltheater mache ich nicht mehr mit, ich komme nicht mehr. Ich habe es mir in der Zwischenzeit anders überlegt und mir gedacht, alles was einem unangenehm ist und nicht paßt, sollte man nicht wegschieben, sondern man sollte es ändern. Deshalb haben wir unseren Abänderungsantrag gestellt. Zu dem, was sie gesagt haben, Herr Kollege Rohrauer, nämlich daß die Leute keine Bittsteller sind und freiwillig kommen: Es hat in der letzten Wohnungsausschußsitzung ein Beispiel dafür gegeben, daß das nicht stimmt. Ich habe durch Zufall von einem jungen Mädchen erfahren, das schon seit 1993 eine Wohnung sucht. Dieses Mädchen habe ich bis zur letzten Wohnungsausschußsitzung - sie werden sich erinnern - noch nie auf einer Liste gehabt bzw. auf den Unterlagen, die wir zugeschickt bekommen. Sie war noch nie bei den Unterlagen dabei! Da habe ich nachgefragt: „Ich habe gehört, die Frau bzw. das Ehepaar sucht eine Wohnung, gibt es die?“ Es wurde im Computer nachgesehen, die Antwort lautete: „Jawohl, die Dame sucht seit 1993 eine Wohnung.“ Ich habe nachgefragt, ob es stimmt, daß sie einmal im Herbst und einmal im Februar vorstellig geworden ist. Es wurde mir gesagt, daß das stimmt, sie war vorstellig zu diesem Zeitpunkt. Aber warum habe ich sie dann nicht in den

Unterlagen? Es hieß, da müsse sie öfter kommen. Also müssen wir die Leute doch immer als Bittsteller hinschicken! Es hieß, wenn sie nicht kommt, hat sie sowieso kein Interesse an der Wohnung. Das heißt, ihr seid gewohnt, daß die Leute immer und ewig Bittsteller waren und ihr wollt, daß das auch so bleibt. Das ist für mich so ein Trauerspiel, da gehört auf der Stelle etwas geändert!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte jetzt dazu etwas sagen: Ich bin selbst im Wohnungsausschuß gewesen und es wurde gesagt, es hätten bei der Antragstellerin Unterlagen gefehlt! Die Frau Vollnhofer hat gesagt, ihr haben Unterlagen gefehlt, darum hat sie sie angeschrieben, sie muß die fehlenden Unterlagen bringen, dann kommt sie hinein.

ZWISCHENRUF GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Bei der nicht! Nein, das war jemand anderer! Die hat seit 1993 ihre Unterlagen da liegen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Gemeinderätin Lohnecker, ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, Herr Vizebürgermeister! Ich bin noch nicht sehr lange im Wohnungsausschuß. Trotzdem bin ich bei jeder Sitzung sehr unglücklich. Nicht, weil es keine gute Zusammenarbeit gibt, man kann sicher sagen, daß sich alle bemühen, und ich denke, der Herr Stadtrat Tatzreiter hat sicher keine leichte Aufgabe. Trotzdem muß ich sagen, erlebe ich immer wieder - trotz objektiver Reihung -, daß auf Seite 24 der oder die Erstgereichte ist, der eine Wohnung bekommt und nicht derjenige, der schon seit einem Jahr auf Seite 1 oder 2 steht. Die Informationen, warum der auf Seite 1 oder 2 die Wohnung nicht bekommt - weil er sie nicht zahlen kann oder aus anderen Gründen -, die hat die Frau Vollnhofer, die wirklich ein phänomenales Gedächtnis hat und sehr viel darüber weiß. Ich muß aber schon sagen, daß ich den Eindruck habe, es wird sehr wohl gewertet, wie oft jemand vorsprechen kommt. Das höre ich nicht nur einmal, sondern sehr oft, daß die Frau Vollnhofer sagt, jemand war schon lange nicht da.

..... Es ist heute schwierig zu reden, das ist wahrscheinlich die Hitze.

Mich ärgert bei diesem Wohnungsausschuß auch, daß manche bei einer Wohnung zur Höchstmiete von 6.000 Schilling sagen, sie können sie bezahlen, geben aber ein Einkommen von 9.000 Schilling an. Da stimmt ja etwas nicht! Da geht etwas überhaupt nicht den richtigen Weg! Wenn die GWG die Wohnung objektiv vergibt, dann brauche ich überhaupt keinen Wohnungsausschuß! Ich muß sagen, für mich ist das auch eine Zeitfrage. Ich muß hierherfahren und ein paar Stunden dort sitzen. Bei der Diskussion hat sich für mich die Frage gestellt, was sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, von den Bediensteten des Magistrates halten? Wenn ich Magistratsbedienstete wäre, wäre ich sauer. Denn sie trauen mir weder Kompetenz zu, noch Verantwortung, noch daß ich meine Pflicht - wo ich immerhin einen Eid leiste, wie auch im Landesdienst - ordnungsgemäß erfülle. Ihr

sagt, wir brauchen Politiker, die noch zusätzlich kontrollieren und aufpassen, ob die Bediensteten und Mitarbeiter der GWG ordentlich ihre Aufgabe erfüllen. Das stört mich wahnsinnig! Ich denke, daß gerade diese Mitarbeiter sehr bestrebt sind, ihre Sache gut zu machen. In Linz gibt es auch die GWG, in Linz brauchen auch sehr viele Leute einen sozialen Wohnbau und dort funktioniert es auch! Es gibt dort schon lange keinen Wohnungsausschuß und es geht wirklich

Zwischenruf Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler:

Da sind keine Politiker im Vergabegremium?

Gemeinderätin BRIGITTE LOHNECKER:

Das weiß ich nicht. Aber einen gemeinderätlichen Wohnungs-ausschuß

Zwischenruf Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler:

.... beispielsweise von der ÖVP, da sind drei Leute drinnen

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Ja, aber indem der Aufsichtsrat

Zwischenruf Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler:

Aber es geht ohne Politik nicht mehr!

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Aber diesen Ausschuß gibt es ja dann auch!

Zwischenruf Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler:

Dann lösen wir doch auch den Verkehrsausschuß auf und den Sozialausschuß!

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Ich denke, ich nehme meine Verantwortung als Politikerin ernst. Dazu gehört aber auch der Kontakt

mit den Leuten, und es gehört auch dazu, daß ich den Mitarbeitern vertraue und ihnen wirklich zutraue, daß sie die Wohnungen auch im Sinne der Richtlinien des Gemeinderates ordentlich vergeben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Apfelthaler. Bitte sehr.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, Herr Vizebürgermeister, werter Gemeinderat! Ich darf ein wenig aus der Vergangenheit zitieren: ... Wohnungsvergabe, grüne Vorwürfe sind vollkommen unbegründet ..., ... das Parteibuch ist nun keine Hilfe mehr, objektive Wohnungsvergabe ..., ÖVP fordert endgültiges Aus für Parteibuch ... etc. Der Abänderungsantrag der FPÖ lautet objektive Wohnungsvergabe, jener der ÖVP lautet endgültiger Verzicht auf politische Einflußnahme. Meine Damen und Herren, ich glaube, eine objektive Wohnungsvergabe gibt es nicht. Warum gibt es sie nicht? Es ist sicher ein hoher Wunsch und ein hohes Ziel, das sich jeder hier herinnen - speziell auch die, die im Wohnungsausschuß sitzen - gestellt hat. Aber in Wahrheit stellt sich die Realität immer anders dar. Wenn man die Realität in die Richtung lenken will, daß man sagt, die Geschäftsführung der GWG - oder der Aufsichtsrat - ist objektiv, hat keine politische Einflußnahme, dann würde ich sagen, das ist Pustekuchen. Es stimmt nicht und kann nicht stimmen! Wenn sie sagen, sie wollen im Ausschuß etwas positiv verändern, wollen mehr Objektivität, dann können sie das ohne weiteres im Ausschuß einbringen. Dazu brauchen wir nicht einen Beirat, dazu brauchen wir nicht unbedingt die landesgesetzlichen Vorschriften, weil die ohnehin dort auch exekutiert werden müssen, dazu brauchen wir nicht noch den Hinweis darauf. Dieser Beirat ist im Prinzip auch nichts anderes, als sämtliche Beiräte, die seit der Budgetfindung Anfang 1995 versucht worden sind zu installieren. Ich glaube, daß wir - wenn es so weitergeht - ohnehin eine Projektgruppe zur Einsetzung von Projektgruppen brauchen, damit wir politisch etwas weiterbringen. Aber schauen wir uns das genauer an und wir kommen darauf, daß hier im Prinzip ohnehin schon sehr viel vorweggenommen ist, das aber - das muß auch dazugesagt werden - nach zwei Jahren ohne weiteres revidiert werden kann insofern, daß man versucht, Verbesserungen in diese Vergabeordnung hineinzubringen. Dazu brauchen wir weder den Aufsichtsrat der GWG noch einen Beirat. Das können wir im Ausschuß auch versuchen, wenn wir den Willen haben, daß wir uns der Objektivität annähern. Eine 100 %-ige Objektivität wird es nie geben, weil in dem Ausschuß Menschen sitzen, und eine absolute Objektivität gibt es nicht einmal in der Wissenschaft, meine Damen und Herren, geschweige denn in der Gesellschaft. Aber ich kann auch durchaus positive Dinge aus dieser Diskussion vernehmen. Dinge, die wir alle - nicht nur die Grünen - schon vor Jahren angesprochen haben, kommen anscheinend jetzt in Fluß. Das ist einmal positiv. Eines dürfen wir nicht vergessen: Zu den Aufgaben, die die GWG über Jahre und Jahrzehnte gehabt hat und immer noch hat, gehört speziell, für sozial Schwache dazusein. Das betrifft nicht nur den Aufsichtsrat mit seinen Mitgliedern, sondern uns alle hier im Gemeinderat, meine Damen und Herren. Und wenn wir die Möglichkeit haben, dann soll es auch unser Anliegen sein, dort zu arbeiten - auch mit Schwierigkeiten. Ich kann ihnen versichern, der Wohnungsausschuß ist - meiner Ansicht nach zumindest - der schwierigste und diffizilste überhaupt. Hier noch die Waage zu halten zwischen Realität und Irrealem, oder zwischen Objektivität und Nicht-Objektiv-Sein, das mag bei uns einzelnen stattfinden. Ich glaube, wir sollten versuchen, positiv zu arbeiten. Es ist immer wieder das gleiche. Wenn Probleme auftreten, dann braucht man eine Projektgruppe. Wenn Probleme auftreten, dann soll es unter Umständen jemand anderer machen. Aber nehmen wir uns jetzt endlich einmal selbst an der Nase und versuchen wir, positiv und kreativ zu arbeiten, statt wieder eine Untergruppe zu delegieren, es den Beamten zu geben oder sonst irgend jemandem. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Antrag zur Geschäftsordnung. Ich stelle den Antrag auf 10 Minuten Unterbrechung zur Klärung einiger Geschäftsordnungs- bzw. Statutfragen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Eine Wortmeldung dazu? Keine Wortmeldung. Dann stimmen wir über die Unterbrechung ab. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenstimmen, Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Wir unterbrechen die Sitzung.

PAUSE VON 15.40 UHR BIS 16.15 UHR.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte nach der Sitzungsunterbrechung auf die Wortmeldung des Gemeinderates Rohrauer eingehen, die man umschreiben könnte: „Si tacuisses philosophus mansisses - ich denke, es wäre gescheiter gewesen, er hätte nichts gesagt“. Es war für uns wirklich eine Überraschung, daß aus der Sozialistischen Fraktion erstmals in dieser Gemeinderatsstube zugegeben wird, daß jahrzehntelang die 2/3-Mehrheit durch Lobbyismus ausgenützt worden ist. Wir haben hier Steuergelder - und das ist nämlich der große Unterschied, sie haben die 2/3-Mehrheit gehabt, sie haben sie auch verspielt, aber sie haben dabei immer vergessen, daß es sich hier um Steuergeld handelt. Die Wohnungen, die sie vergeben, sind mit Steuergeldern und nicht mit Parteigeldern gebaut worden. Zum Herrn Stadtrat Tatzreiter darf ich noch sagen: Daß jemand zu uns in die Sprechstunde kommt, der eine Wohnung möchte oder wegen einer Wohnung interveniert, das kann man nicht verhindern. Soll man auch nicht. Das ist ein Gespräch mit dem Bürger. Aber sie werden sich erinnern können, ich habe diese Fälle ihnen als Ausschußvorsitzendem kommentarlos übergeben, ohne daß ich je gesagt habe, machen sie mit dem oder mit dem etwas, sondern ich sagte, behandeln sie diesen Fall nach objektiven Kriterien, sonst nichts. Ich habe in diesem Gemeinderat noch nicht einmal zu irgend jemandes Gunsten interveniert. Wer mir das Gegenteil beweisen kann, der soll hier aufstehen. Ansonsten stehen wir zu dem vorliegenden Abänderungsantrag und ich ersuche um Zustimmung ohne Abänderung. Ein Satz sei mir noch erlaubt: Diese lange Debatte hat schon gezeigt, daß im Wohnungsausschuß bei den Vergaberichtlinien etwas faul ist. Sie gehören überarbeitet. Wir haben Richtlinien, bei denen alle das Unbehagen spüren. Es gehört eine Änderung bei den Vergaberichtlinien her, das spüren wir alle. Nicht umsonst wird hier so lange darüber debattiert. Und das ist auch richtig und wichtig so! Ich wünsche nur - ganz gleich wie die Abstimmung ausgeht -, daß mit oder ohne Annahme dieser Anträge der Wohnungsausschuß bis zum Jahreswechsel auf neue, verbesserte Vergaberichtlinien zurückgreifen kann oder ein anderes Vergabegremium anstatt des Wohnungsausschusses das nach

objektivierbaren, nachvollziehbaren Kriterien machen kann. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man das im Nachhinein überprüft, weil ich mir das sehr schwierig vorstelle, wenn jemand eine Wohnung hat und dann kommt ein Beirat oder Aufsichtsrat daher und sagt: „Die Familie XY wohnt in der falschen Straße am falschen Ort, die Wohnung wäre für jemand anderen gedacht, der mehr Anrecht hätte.“ Das würde ich mir sehr schwierig vorstellen. Darum ersuche ich um Diskussion, nicht so sehr hier im Gemeinderat, ich glaube, das gehört von einem dazu geeigneten Beirat, Unterausschuß oder Gremium - wie immer man das bezeichnen soll - behandelt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Holub, ich erteile es ihm.

STADTRAT KARL HOLUB:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich stehe momentan ein wenig ratlos vor ihnen, weil ich als aufmerksamer Zuhörer der Debatte nicht erkennen kann, welche Anträge jetzt tatsächlich abgestimmt werden sollen. Das macht mir Schwierigkeiten. Das Holterdiepolter der Anträge demaskiert eigentlich den ganzen Vorgang. Wenn der Kollege Hans Payrleithner auftritt und meint, daß der Antrag, den der Kollege Engelbert Lengauer eingebracht hat, populistisch wäre und daß die ÖVP auf den Geschmack gekommen wäre, der von seiner Partei ausgeht, so glaube ich, daß er da wirklich ganz gewaltig danebenliegt! Weil wir von der ÖVP nachdenken über die Entwicklungen der Befindlichkeiten unserer Bürger, kommen wir zu dem Eindruck, daß der Mann und die Frau auf der Straße, unsere Steyrerinnen und Steyrer, absolut nicht daran interessiert sind, daß ihr persönliches Problem zum Spielball von politischen Mehrheitsverhältnissen wird, sondern daß sie ganz einfach wollen, daß ihre Probleme erledigt werden. Franz Rohrauer, ich nehme an, deine eigenen Parteifreunde werden dir schon gesagt haben, daß deine Wortmeldung nicht allzu strahlend war. Es ist sicherlich sehr bezeichnend, daß du - noch dazu ohne sofort von deinen Freunden gemaßregelt zu werden - von einer Lobby reden kannst, einer 2/3-Mehrheit, und das noch mit Stolz berichten kannst. Das zeigt die andere Seite der Medaille auf. In Wahrheit, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Fraktion und von der Freiheitlichen Fraktion, verstehe ich ihr Verhalten in der Debatte ganz gut. Den Sozialdemokraten geht es darum, von Franz Rohrauer aufgezeigte Machtverhältnisse und Rituale in die Zukunft hinüberzuretten - ich schildere da nur meinen Eindruck -, der freiheitlichen Fraktion geht es darum, neugewonnene Macht zu zementieren. Auf der Straße bleibt der staunende Bürger über, der sagen muß: Was machen die eigentlich aus der politischen Kultur? Ich würde euch einladen, liebe Freunde, darüber nachzudenken, ob man wirklich gut beraten ist, die alte Muskelspannerie von Partei gegen Partei zu Partei, ...wir sind die Mehrheit..., ...Bürgermeister laß abstimmen..., ...und jetzt sind wir auch da, daher haben wir auch Mitsprache..., ...und wir reklamieren und monieren auch noch..., ...und wir bringen Anträge auf Wohnungspunkte und dann sagen wir, da ist etwas faul damit All dieses Szenario wird zur Politverdrossenheit eher beitragen, als sie beseitigen. Ich glaube wirklich daran, daß es einfach nicht ins Ende des 20. Jahrhunderts paßt, daß man einen politischen Abstimmungsmechanismus über die Vergaben von Wohnungen nach Mehrheitsverhältnissen von Fraktionen zusammentreten läßt, als entstünde Gerechtigkeit dadurch, daß Mehrheiten ihre Lobbys ausüben oder Minderheiten besiegt werden. Gerechtigkeit oder bzw. Objektivität wird es wahrscheinlich in letzter Konsequenz - du hast das gesagt, Kollege Apfelthaler - nicht hundertprozentig geben, weil die Entscheidung nicht durch Computerprogramme getroffen wird. Und selbst die sind von Menschen gemacht. Das sehe ich schon ein. Aber unsere Zielsetzung ist, die Vergabekriterien so zu verändern, daß eine möglichst objektive Darstellung tatsächlich da ist, darum waren wir ursprünglich auch bereit, den Zusatzantrag, den die Freiheitliche Partei mit der Fristsetzung für die Überarbeitung der Punkte vorgeschlagen hat, durchaus als sinnvolle Ergänzung

unseres Wollens miteinzubringen. Denn wenn man sich Zeitziele setzt, verändert man auch Dinge tatsächlich. Das Hickhack mit Abänderungs- und Zusatzantrag beweist aber, daß das ursprünglich gar nicht so gemeint war, sondern daß es richtig ist, was ich zum Anfang meiner Wortmeldung gesagt habe, daß es in Wirklichkeit nur um politische Macht geht und sonst um gar nichts. Das ist ziemlich frustrierend für Frau und Herrn Steyrer. Ich würde sie wirklich alle ersuchen, das noch einmal zu überdenken, ob wir die richtigen Signale setzen, wenn wir den Antrag der Freiheitlichen - der den Wortlaut des ÖVP-Antrages in die Überarbeitung der Punkte abändert und Schluß aus - so annehmen, wie er gestellt wurde, wenn man damit den Antrag auf „Hinaus mit der Politik aus der Wohnungsvergabe“ tatsächlich abschmettert. Die Politik wird aus der Wohnungsvergabe niemals herauskönnen, weil es eine politische Aufgabe ist. Es wäre aber auch verdammt billig und ziemlich unwahr, würde man sagen, die GWG hat die soziale Aufgabenstellung der Stadt zu erfüllen. Das muß die Stadt selbst tun. Es ist durchaus richtig, wenn die Geschäftsführer der GWG sich an ihre Geschäftsführerhaftung sehr ungern erinnern, wenn ihnen ein politisches Gremium Mieter aufdrängt, die zu der Entspannung - wenn ich das jetzt vorsichtig sagen darf - der Mietenrückstandssituation eben nicht beitragen, weil sie nicht zahlungsfähig sind in der Wohnung, die man ihnen durch politisches „Ich-geb-Dir-jetzt-was“ zugewiesen hat. Es geht darum, meine Damen und Herren, daß die siebzehn Politiker, die da um den Tisch sitzen, niemals die Detailkenntnis haben können über die Schicksale der einzelnen Menschen, selbst bei einer noch so guten Darstellung, und daß es nicht darum gehen kann, daß eine Fraktion oder zwei oder drei in sich abstimmen, wer der Wichtigste ist. Darum kann es nicht gehen, das ist am Thema vorbei! Da hätte man die letzten Jahre gar nicht verstanden, wenn man das als Maxime hätte. Daher noch einmal die Einladung, bitte folgen sie dem Antrag, den Engelbert Lengauer gestellt hat. Es ist so ungewöhnlich, daß Politiker ihre eigene Macht aus der Hand geben, daß man ihm wirklich mehr Aufmerksamkeit schenken sollte, als das bloße behäbige Schulterzucken, das ich jetzt gerade erfahren habe.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Gemeinderat Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Meine Wortmeldung erübrigt sich fast, weil Herr Stadtrat Holub eigentlich alles gesagt hat, was ich sagen möchte. Aber als Antragsteller möchte ich doch noch einmal ein paar Gedanken dazu sagen, einfach nur ein paar Punkte herausnehmen aus der Debatte. Geärgert hat mich das Wort „Kasperltheater“ noch mehr als der Ausdruck „politischer Gag“, denn wir haben im Wohnungsausschuß sehr wohl immer mit großer Verantwortung gearbeitet und ich glaube auch, daß wir jetzt wirklich in großer Verantwortung überlegen, was denn das Richtigere wäre. Darum hat mich das eigentlich geärgert. Zum anderen Punkt, wo man meint, wenn wir den Wohnungsausschuß auflösen, wären die sozialen Schwächeren nicht mehr gemeint, dann gäbe es für die sozial Schwächeren keine Wohnungen mehr: Das - glaube ich - kann nicht stimmen und stimmt auch nicht! Unsere GWG ist die Wohnungsgemeinschaft für die sozial Schwächeren in unserer Stadt. Dafür bürgen ja die Objektivierungspunkte, die wir festgelegt haben für die Wohnungen der GWG, die wir im Wohnungsausschuß zu vergeben haben. Es gibt die Objektivierungspunkte und die sind so gerichtet, daß auch die sozial Schwachen zu ihren Wohnungen kommen. Natürlich gehören die Objektivierungspunkte - das haben wir jetzt nach 3 Jahren Arbeit gesehen - überarbeitet, das haben wir im Wohnungsausschuß auch erkannt. Es ist auch im Gemeinderat schon einmal besprochen worden und wir arbeiten auch im Wohnungsausschuß daran. Wer es lesen möchte, im vorletzten Protokoll des Wohnungsausschusses steht alles drinnen, was wir uns an Erstüberlegungen über die Änderung der Wohnungspunkte schon gemacht haben. Woher ist die so oft vorhandene

Übereinstimmung gekommen? Die hat sich immer bzw. fast immer dort gezeigt, wo wir die Vorschläge der Frau Vollnhof übernommen haben. Dort, wo wir gesehen haben, daß die Vorgaben der Beamten der GWG richtig liegen, dort waren die Punkte aufgeschlüsselt und richtig vergeben, daher war es selbstverständlich und klar, daß einstimmige Wohnungsvergabe zustande kommen mußte. Deswegen meine ich - und das ist jetzt eben die Frage für mich -: Warum brauchen wir dann einen politisch zusammengesetzten Wohnungsausschuß, wenn die Objektivierungspunkte klar darliegen, wie die Wohnungen vergeben werden sollen? Wenn die Objektivierungspunkte erneuert werden, weil wir dauernd dort Schwachstellen gefunden haben, wozu brauchen wir dann einen politisch zusammengesetzten Wohnungsausschuß? Wir meinen es wirklich ehrlich! Wir meinen es wirklich nicht als politischen Gag, sondern wirklich ehrlich, daß wir Wohnungen ohne parteipolitischen Einfluß vergeben wollen! Wenn ich jetzt an den Verlauf der Debatte denke, dann muß ich da und dort bei unpolitischer Wohnungsvergabe ein kleines Fragezeichen machen. Das stört mich und bestärkt mich eigentlich noch einmal, wirklich alle Fraktionen zu bitten, unserem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Stadtrat Spanring.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es wurde jetzt - ich möchte fast sagen - stundenlang von Ehrlichkeit, Vertrauen, Macht, Ritualen und ähnlichem gesprochen. Ich glaube an sich, daß das Thema, die Problematik „Wohnungssuchende“ viel zu ernst und sensibel ist und auch viel zu tief in die innerste Sphäre eines Menschen eingreift, um mit solchen Worten in diesem politischen Gremium herumzuschmeißen. Ich war im Wohnungsausschuß der Stadt Steyr, ich bin im Wohnungsausschuß der Steyr-Daimler-Puch AG und ich kann eines sagen: Mitarbeiter in einem Wohnungsausschuß zu sein, ist eine der schwierigsten Aufgaben, die man als Politiker haben kann, eine der belastendsten Aufgaben für den einzelnen und auch eine der undankbarsten Aufgaben, die man erfüllen kann am Bürger und an den Menschen. Man hilft einem Menschen, man müßte zehn, zwanzig, dreißig, hundert, dreitausend helfen. Einem hat man geholfen, 2.999 sind sehr „glücklich“ über dich. Es ist heute sehr viel richtiges gesagt worden - vom Kollegen Apfelthaler und auch vom Kollegen Karl Holub -, z. B. daß man Politik und Politisches aus der Wohnungsvergabe nie wird herausbringen können. Man kann es aus dem ganzen Leben nicht herausbringen, weil das Leben grundsätzlich einmal Politik ist. Ich denke, wenn das so ist, sollte es auch offen und ehrlich dortstehen, mit den Mandataren, die dazu gewählt worden sind, mit den Leuten, die die Verantwortung übernehmen für die Bürger, für die Leute, die um Hilfe kommen. Man sollte sich dazu bekennen, auch wenn es eine Aufgabe ist, die dann weh tut, weil man wirklich einem großen Teil der Leute nicht helfen kann. Ich glaube, daß man sich aus dieser Verantwortung und dieser Aufgabe, die die Bevölkerung der einzelnen Politikern gibt und - ich hoffe - auch in Zukunft geben wird, wirklich nicht einfach entfernen kann. Man muß sich dem stellen mit dieser Problematik, daß man gerade in dem Ressort Wohnungsvergaben wahrlich keine Lorbeeren ernten wird, sondern eine beinharte, knochenharte und tief in den einzelnen Menschen eindringende Arbeit lösen muß. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich bin wirklich froh darüber, daß eine zweite Anlaufunde die offene, ehrliche und anständige Zusammenarbeit neuerlich dokumentiert. Natürlich gibt es Problemfelder, wo sich der eine damit identifizieren kann und der andere nicht. Ich weiß das, meine aber neuerlich, daß - und ich stimme da nicht mit der Meinung überein, daß irgendetwas daran faul ist, Herr Dr. Pfeil - Objektivierungsrichtlinien für Wohnungsvergaben ein Papier sind, mit dem man sich damals einverstanden erklärt hat, und zwar einstimmig! Es war ja nicht so leicht, alle Fraktionen dazu zu bewegen, einstimmig diese Objektivierung zu beschließen. Natürlich wird dann einmal eine Überarbeitung notwendig! Wir haben das schon gesehen, daß irgend so etwas notwendig wird. Ich denke daran, gerade beim Einkommen haben wir darüber diskutiert. Wir haben uns darüber schon Gedanken gemacht. Ich habe nur gebeten, daß die Fraktionen in sich - so wie wir es letztes Mal behandelt haben - etwas verändern bzw. zumindest versuchen, etwas zu verändern, daß wir - alle Fraktionen - uns dann wieder zusammensetzen - so wie das letzte Mal, als wir das behandelten - und uns wieder zu einem einstimmigen Beschluß hinarbeiten. Das ist nämlich die Aufgabe, die wir unseren Wählern bzw. unserer Bevölkerung - jetzt nenne ich gar nicht so sehr die Wähler, wir selbst in Person sind ja nur kurze Zeit hier vertreten, nachher sind es andere - schuldig sind! Ich gehe davon aus, daß wir eine Aufgabe zu erfüllen haben und das sollten wir ehrlich meinen. Da sollten wir uns nicht auf parteipolitischer oder Parteibuchebene hinarbeiten, sondern wir sollten uns der wichtigsten Aufgabe widmen, für ein Dach über dem Kopf zu sorgen und den Menschen die Sicherheit und Geborgenheit zu vermitteln. Dazu sind wir da und ich bin froh darüber. Ich habe heute schon gesagt, daß wir dieser Periode mehr als 1.000 Wohnungen in Steyr gewidmet haben. Gott sei Dank ist das geglückt, in der nächsten Zeit wird es etwas sparsamer sein, wie ich in der gestrigen Wohnbauenquête hörte. Ich meine, daß wir in dem Zusammenhang auch allen anderen dankbar sein müssen, die das gleiche versuchen wie wir, nämlich Wohnungen zu bauen und denen, die kein Dach über dem Kopf haben, etwas zu geben. Das ist eine Aufgabe, die wir zu erfüllen haben und ich meine, daß wir hier bei der Objektivierung neuerlich darangehen sollten. Das hat aber nicht unbedingt diesen Charakter bzw. Anschein - für mich zumindest nicht und für unsere Fraktion und wie ich höre auch für andere nicht - , daß wir dabei jetzt den Wohnungsausschuß auflösen sollen. Das ist für mich eigentlich nicht die primäre Frage. Die primäre Frage ist: Wie können wir unsere Objektivierung neuerlich gestalten? Ich bin dem Kollegen Apfelthaler dankbar, der es so treffend gesagt hat: Wir sollten uns nicht auf irgend jemanden verlassen, sondern uns selbst daranmachen, die Dinge zu verändern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Thema noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Eine Wohnung zu haben ist ein existentielles Problem für die Menschen. Eine Debatte wie diese, bei der im Hintergrund immer steht, die Vergabe würde nach politischen Gesichtspunkten erfolgen, dient der Sache eigentlich nicht sehr. Ja, man kann das so betrachten. Aber politisch oder Politik im weiteren Sinn des Wortes kann man natürlich interpretieren. Vielleicht ist hier das Wort Lobby - ein Wort, das mehr aus der Wirtschaft kommt - kein ganz geeignetes. Wir Oberösterreicher haben zum Beispiel jetzt gerade ein Büro in Brüssel errichtet, weil die Fachleute und die politischen Würdenträger unseres Landes Oberösterreich der

Meinung sind, man muß in Brüssel Lobbyismus betreiben. In dem Zusammenhang scheint das nichts schlechtes zu sein, sondern man möchte sich bemühen, den Oberösterreichern im Rahmen der EU die Chancen zu eröffnen, die wir brauchen und wahrnehmen müssen. In diesem Zusammenhang ist Lobbyismus natürlich nicht schlecht. Ich würde das Wort Lobbyismus im Zusammenhang mit der Wohnungswirtschaft vielleicht nicht verwenden. Ich würde sagen, es ist schon ein Wählerauftrag, den Bürgern ordentliche Wohnungen zu verschaffen. Daß in dieser Stadt 1962 versucht wurde, aktiv zu werden und wirklich sozialen Wohnbau zu betreiben, betrachte ich als eine sehr positive Aktivität. Das war nicht Lobbyismus, das war Wählerauftrag! Weil die Wohnungen in dieser Stadt zu wenige waren, wie es auch heute noch der Fall ist, weil diese Wohnungen im Laufe dieser Zeit gebaut wurden und weil wir in letzter Zeit massive Anstrengungen unternommen haben und noch viel mehr Wohnungen bauen - das ist alles nachweisbar und liegt am Tisch -, gibt es eben auch Wohnungen zu vergeben. Ich persönlich kann mir nicht vorstellen, daß das Bauen von Wohnungen eine Aufgabe der Politik sein soll, das Vergeben nach objektiven Kriterien plötzlich keine Aufgabe der Politik mehr sein darf. Ich kann mir das nicht vorstellen! Ich halte die Auflösung eines Ausschusses, für den nach wie vor viel Arbeit besteht, demokratie-politisch sogar für einigermaßen bedenklich. Es gibt nämlich keine Garantie dafür, daß ein Geschäftsführer - wie immer er heißt - plötzlich Garant ist, daß alles objektiv geschieht. Im Gegenteil, es ist sogar so, daß die Gefahr größer wird, daß man die Entscheidung des Individuums, des Geschäftsführers - oder von zwei Geschäftsführern -, noch leichter kritisieren kann. Man kann einen Vorgang aus verschiedenen Gesichtspunkten betrachten, was völlig legitim ist. Natürlich wird es dann von denjenigen Kritik an verschiedenen Vergaben geben, die nicht zum Zug gekommen sind. Das ist leider in dem Geschäftsfeld der Fall, wenn sich fünf, zehn oder noch mehr Personen um eine Wohnung bewerben und sie nur einer bekommen kann, dann gibt es viel mehr Unbefriedigte als Befriedigte. Die Unbefriedigten werden das als eine Ungerechtigkeit empfinden und Kritik üben an einem Mann, an dem Geschäftsführer bzw. auch an zwei Geschäftsführern. Was tun wir dann? Dann üben wir diese Kritik im Aufsichtsrat, wie es in diesem Antrag vorgesehen ist. Was geschieht dann weiter? Bekommt er dann die nächste Wohnung? Ist das nicht auch eine politische Intervention? Im Aufsichtsrat sitzen Damen und Herren des Stadtsenates, und zwar ausschließlich. Ich meine, daß man sich überhaupt überlegen soll, ob hier politische Intervention etwas schlechtes ist. Wir alle sind Vertreter politischer Parteien. Jede Fraktion hat eine bestimmte Anzahl von Wählerstimmen hinter sich vereinigen können. Diese Menschen erwarten eine Unterstützung, aber auch alle anderen! Ich frage euch, liebe Freunde, was das ist, wenn in meinen Sprechtag mindestens 30 Prozent der Fälle - an manchen Sprechtagen mehr, an manchen vielleicht ein bißchen weniger, aber nie weniger als 15 Prozent - in Wohnungsangelegenheiten kommen, ihre Not und ihre Schwierigkeiten klagen und ich als Bürgermeister von den Leuten gebeten werde, doch zu helfen, damit sie eine Wohnung für ihre Familie, ihre Kinder bekommen. Wenn ich dann interveniere - und ich tue das immer wieder, ich habe oft interveniert - zugunsten von Familien, von Menschen, die zu mir kommen und mich um Hilfe bitten, ist das eine parteipolitische Intervention? Ich sage nein! Ich habe noch niemanden, der zu mir in den Sprechtag kommt, gefragt, welcher politischen Partei er angehört. Ich weiß das auch im Regelfall nicht, weil ich die Leute oft zum ersten Mal sehe. Wenn ich dann den Eindruck habe, den Leuten sollte geholfen werden, schreibe ich eine Mitteilung an den Herrn Stadtrat Tatzreiter als Vorsitzenden und ersuche ihn, nachdem mir dieser Fall besonders problematisch und unterstützenswert erscheint, er möge doch alles tun, um diesen Leuten zu helfen. Ist das dann vielleicht plötzlich in die Nähe der parteipolitischen Einflußnahme gerückt? Ich sehe das nicht so! Jeder von euch ist ein Mandatar, steht im öffentlichen Leben und ist Ansprechpartner für die Probleme, die die Bürger haben. Ihr könnt auch nicht sagen, es interessiert mich nicht! Das werdet ihr nicht tun. Aber ihr müßtest jedenfalls sagen: Ich habe leider keinen Einfluß, da gibt es den Herrn Haratzmüller oder den Herrn Auinger - oder wer immer dort sitzt -, die machen das nach den Objektivierungsrichtlinien. Ich glaube nicht, daß es so funktionieren wird. Ich glaube sogar, daß der Wohnungsausschuß in seiner Besetzung, wo es niemanden gibt, der eine Mehrheit hat und die anderen überstimmen kann, eigentlich die Gewähr dafür ist, daß alle Gesichtspunkte, die im Zusammenhang mit einer Wohnungsvergabe auftauchen, auch erörtert werden können und daß es dann eine Beschlußfassung geben muß. Wenn es mehr als 90 Prozent an einstimmigen Beschlüssen gibt, habe ich eigentlich das Gefühl, daß die Zusammenarbeit keine schlechte war. Das ist auch von allen Fraktionen im Prinzip hier bestätigt worden. Ich möchte nicht haben, daß der Bürger zum

Spielball der Politik wird, wie der Herr Holub das gesagt hat. Das wäre schlecht. Aber in Anbetracht dessen, daß ohnehin niemand das alleine entscheiden kann, glaube ich, daß die Demokratie und das demokratische Vergabesystem die Aufgabenstellung erfüllen kann. Die Vergaberichtlinien zu überarbeiten, ist wahrscheinlich notwendig. Ich habe überhaupt nichts dagegen. Ich möchte nur erwähnen, daß es ein Prozeß gleich nach den Wahlen gewesen ist. Einige haben sich feiern lassen, sie sind dann die Väter der objektiven Vergabe von Wohnungen. Einige Jahre sind ins Land gezogen, man könnte das noch näher betrachten, ich möchte das gar nicht so exponiert tun. Man könnte sagen, es müßten noch viele andere Leute noch viel mehr Wohnungen bekommen, das will man aber nicht. Ich meine, wenn eine Überarbeitung erforderlich ist, weil sich die Umstände geändert haben, wenn die Mitarbeiter im Ausschuß zur Erkenntnis gekommen sind, daß eine Novellierung dieser Richtlinien erforderlich ist, dann halte ich das für den richtigen Vorgang. Ich könnte mir auch vorstellen, daß am besten ein Unterausschuß beim Wohnungsausschuß errichtet werden sollte, denn dort sitzen die Leute, die in drei Jahren die Erfahrungen mit diesen Vergaberichtlinien gesammelt haben, die wir einstimmig beschlossen haben. Sie sollten neue Vorschläge für die Novellierung erarbeiten, sollten diese Vorschläge in der vorgesehen Zeit auch dem Gemeinderat vorlegen, um dann einen Beschluß zu fassen und diese Anpassung vorzunehmen. Es sollte dann besser sein, als es jetzt ist. Das wäre die Vorgangsweise, die ich mir vorstelle. Ich glaube, daß sie von Verantwortung getragen ist. Wir müssen die Verantwortung gerade in diesem Bereich sicher auch tragen und können sie - glaube ich - nicht zurücklegen und auf eine Einzelperson bzw. zwei Personen delegieren. Daher bin ich der Meinung - und ich würde bitten, die Dinge in diesem Lichte zu betrachten -, der Wohnungsausschuß ist zu belassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wir werden zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen. Wer mit dem Abänderungsantrag einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 24 Stimmen dafür, danke. Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung (F). Wer ist gegen den Antrag? 8 Gegenstimmen (ÖVP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit einer Subvention. Es handelt sich um das Ansuchen des Vereines FAZAT um Förderung der laufenden Vereinstätigkeit. Der Antrag lautet:

3) PräS-711/91 Verein zur Förderung der Errichtung und des Betriebes von Studiengängen der Fachhochschule Oberösterreich in Steyr; Ansuchen um Förderung der laufenden Vereinstätigkeit in Höhe von S 500.000,--.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 4. Mai 1995 wird dem Verein zur Förderung der Errichtung und des Betriebes von Studiengängen der Fachhochschule in Steyr zur Förderung der laufenden Vereinstätigkeiten eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 500.000,-- gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 500.000,-- werden bei der VA-Stelle 1/2890/757100.3 freigegeben. Um die Aktivitäten des Vereins zur Förderung der Errichtung des Betriebes von Studiengängen der Fachhochschule Oberösterreich in Steyr ungeschmälert fortführen zu können, wird im gegenständlichen Fall von der Einhaltung der vom Gemeinderat der Stadt Steyr in seiner Sitzung vom 2. Dezember 1994 beschlossenen 10%igen Kreditsperre Abstand genommen, so daß der volle Subventionsbetrag in Höhe von S 500.000,-- zur Auszahlung gelangt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Dkfm. Zagler, ich erteile es ihm.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren! Wer die Protokolle liest und Wortmeldungen nachzählt - vor allem Wortmeldungen zur Fachhochschule nachzählt -, wird mich bei jedem dieser Programmpunkte am Rednerpult gesehen und gehört haben. Es ist im Winter 1991/92 gewesen, als Steyr eingeladen war, beim Land Oberösterreich ein Hearing zu bestreiten, um einen Fachhochschulstudiengang oder die Fachhochschule nach Steyr zu bekommen. Dieses Hearing war unter Voraussetzungen abgelaufen, daß an und für sich vor dem Hearing schon feststand, Wels wird in Oberösterreich Fachhochschulstandort, eventuell noch Hagenberg, Steyr nicht. Lei, Lei! Das ist jetzt nicht der Kärntnerische Faschingsruf, sondern Lei als Abkürzung für Leithenmayr und Lei als Abkürzung für Leitl. Dr. Leitl hat die Türe für Steyr zur Fachhochschule zugeschlagen. Es war unser Bürgermeister Leithenmayr, der in Begleitung der Industriekapitäne Steyrs - eines Dr. Feizlmayr, eines Dr. Fröhlich, eines Dr. Strömann und anderer - nach Linz gereist ist, um den Fuß wieder in den Türspalt zu stellen, den diese Delegation aufgemacht hat und in der Folge erfolgreich aufmachen konnte, weil - unterstützt durch die Wirtschaft und durch das FAZAT, ein Entwicklungsteam um Mag. Ortner, Dr. Jodlbauer und Mag. Jarosch mit den Hochschulprofessoren Dr. Zeichen und Dr. Stiegler - ein Elaborat erstellt wurde - unterstützt von der Arbeiterkammer und der Handelskammer, unterstützt von einer Begutachterkommission -, der diesen Weg zu einem Erfolg gebracht hat. Zu einem Erfolg für Steyr, das sich ab Herbst dieses Jahres Hochschulstadt nennen kann, zu einem Erfolg für die Bürger in unserer Region, weil in unserem Einzugsgebiet von 100.000 Menschen eine universitäre Ausbildung in Steyr geschaffen wurde, zwar erst mit einem Studiengang, aber diese Entwicklung ist ja noch nicht beendet. Vor allem eines ist auch geschehen: Nicht eine Regionalisierung dieser Studien, sondern auch das Aufmachen und die Erleichterung der Studien im Rahmen der dualen Ausbildung, das heißt für eine Menschengruppe, die den Weg über den Beruf zum Studium für Facharbeiter, für Meister, für Leute, die im gewerblichen Bereich ihre Grundausbildung gemacht haben, genommen haben. Es ist ein langer Weg, der nun mit einem großartigen Teilerfolg einmal endet. Teilerfolg deswegen, weil mein bzw. unser Bestreben nicht sein darf, uns auf den Lorbeeren auszuruhen, sondern diese zukunftssträchtige Ausbildung - wenn sie von der Bevölkerung, von unseren Menschen von der Bildung her angenommen wird - weiter auszubauen. Was noch neu ist an diesem Hochschulgedanken - das möchte ich auch noch einmal unterstreichen - ist, daß der Bund eine Förderung aufgrund der Hörerzahlen gibt und daß damit auch eine ökonomische Umsetzung in der Ausbildung möglich wird. Ich habe das FAZAT gelobt und ich tue es abschließend noch einmal: Bereits heute sind die ersten Broschüren zur Anmeldung für diesen Hochschullehrgang Produktions- und Managementtechnik versendet worden. Es wird also dort wirklich unser Steuergeld, das dort drinnen steckt, im Sinne unserer Stadt und unserer Region verwendet und umgesetzt. Dafür ein Dank dem FAZAT und für die Initiativen einen Dank unserem Bürgermeister sowie allen Parteien, die einstimmige Beschlüsse gefaßt haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Stadtrat Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Sie alle wissen und haben jetzt sehr ausführlich gehört, wie schwierig es war, die Fachhochschule oder den Fachhochschullehrgang nach Steyr zu bekommen. Nachdem die Vollversammlung des österreichischen Fachhochschulrates am 2. Juni 1995 die wissenschaftliche Genehmigung für den Studiengang Produktions- und Managementtechnologie erteilt hat, ist die Fachhochschule Steyr gesichert. Der Studienbetrieb soll im Oktober 1995 mit 48 Studenten beginnen und in vier Jahren auf 320 Hörer ausgebaut werden. Damit wird Steyr zur Fachhochschulstadt, die das internationale Ansehen und die Bekanntheit erheblich erhöhen und auch wirtschaftliche Synergieeffekte bewirken wird. Der Fachhochschulförderverein hat 1994 und bisher 1995 durch die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten die wesentlichen Voraussetzungen geschaffen, daß ab Oktober 1995 der Fachhochschulstudiengang PMT - wie er abgekürzt heißt - in Steyr beginnen kann. Um die erfolgreiche Arbeit des Vereines weiterhin zu gewährleisten, werden wir uns zu der einmaligen, außerordentlichen, nicht rückzahlbaren Subvention von S 500.000,-- selbstverständlich zustimmend äußern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Dr. Tilman Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Der Förderverein, wie wir ihn hier der Kürze halber nur nennen wollen, hat wirklich einiges geleistet und Energien aufgewendet, um Steyr die Fachhochschule zu bringen, die auch subventionswürdig ist. Es ist meines Erachtens selbstverständlich, nicht nur weil es praktisch schon budgetiert ist, sondern auch für die Tätigkeit, die dieser Verein erbracht hat, diese Subvention zu leisten. Man kann über Wert und Unwert des Bildungsganges als solchen vielleicht diskutieren, für mich als Steyrer gibt es da keine Diskussion, weil wir einfach froh sein müssen, daß wir eine derartige Institution hierher nach Steyr bekommen. Wir bekommen dadurch den Zuzug von jungen bis mittelalterlichen - denn sehr alte Berufstätige werden sich dieser Arbeit nicht mehr unterziehen, nach dem Sprichwort „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr!“ - Leuten, die lernwillig sind. Das hat natürlich auch wirtschaftliche Nebeneffekte für unsere Stadt, die wir uns nur positiv ausmalen wollen. Ich weiß, daß ich hier schon verschrien werde, wegen meiner immer wieder mahnenden Worte in Richtung Parkgarage. Es war heute schon bei den Anfragen an den Herrn Bürgermeister die Rede davon. Es ist mir wirklich sehr ernst damit, denn der Standort beim FAZAT unten ist an sich gut, nur haben wir dort keine Infrastruktur und können Dank der alten Bausubstanz, die natürlich erhaltungswürdig ist, dort keine Infrastruktur schaffen. Mit dem an sich sehr gelungenen - auch von der Positionierung her - Museumssteg, ist gerade der Bereich Museum Arbeitswelt - FAZAT fußgänger- und radfahrverkehrsmäßig gut erschlossen. Er ist Fußgänger mäßig so gut erschlossen, daß wir - wenn wir uns dazu verstehen, im nächsten Bereich dieses Steges den Ausgang einer Tiefgarage zu haben - dort wirklich mehr als eine Fliege mit einem Schlag erwischen. Ich kann nur sagen, wir würden damit wirklich die verkehrsmäßige Infrastruktur für dieses Viertel so verbessern, wie man es sich nur optimal vorstellen kann. Es ist klar, daß eine Fachhochschule nicht nur Randvorteile sondern auch Randaufgaben bringt. Die Randaufgaben sind einerseits eben im Verkehrsaufschließungsbereich und auch im kulturellen Bereich. Aber denen wollen und müssen wir uns stellen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Finanzierung der Gallup-Studie, die in Auftrag gegeben wurde, um eine Repräsentativerhebung über das Image der Stadt Steyr zu bringen, und zwar als Grundlage für ein Stadtmarketingkonzept. Der Antrag lautet:

4) Fin-192/94 Stadtmarketingkonzept „Steyr ist wieder da!“; Kosten für eine Repräsentativerhebung in Österreich über das Image der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Bezahlung der Honorarnote des Österreichischen Gallup-Institutes, Dr. Karmasin Marktforschung, Anastasius Grün-Gasse 32, 1180 Wien, vom 28. 11. 1994 in der Höhe von S 276.000,-- (incl. 20 % Ust) wird ein Betrag in dieser Höhe bei VASSt. 5/7820/728000.4 freigegeben. Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung in der Höhe von S 276.000,-- von VASSt 5/7820/776010.4 auf VASSt. 5/7820/728000.4 genehmigt.

Ich ersuche sie um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Stadtmarketingkonzept „Steyr ist wieder da!“ sollte eher heißen „Das Stadtmarketingkonzept ist wieder da!“. Zumindest hört man etwas davon und sei es nur in Form einer Rechnung. Wir haben im November - so liest der erstaunte Leser - eine Rechnung von einem Institut bekommen, das nachweislich von den zuständigen Organen niemand beauftragt hat bzw. war von den zuständigen Organen niemand involviert, daß hier eine Studie über Steyr in Auftrag gegeben wäre. Es hat offensichtlich den Anschein, daß diese Projektgruppe das in eigenem in Auftrag gegeben hat, was durchaus richtig sein kann. Man weiß dann, was denkt der Vorarlberger oder der Wiener über Steyr, über die Kultur, über den Fußballclub Vorwärts. Diese Präsentation vom Herrn Professor Karmasin war ganz interessant, das möchte ich gar nicht abstreiten. Aber es kann doch wirklich nicht sein, daß dann ohne Rücksprache einfach den zuständigen Gremien eine Rechnung über S 276.000,-- incl. 20 % USt vorgelegt wird. Noch dazu hat man es im November schon gewußt, da hätte man es budgetieren müssen! Jetzt haben wir eine Kreditübertragung aus einem Titel der Wirtschaftsförderung. Ob das eine direkte Wirtschaftsförderung ist, darüber muß man diskutieren. Ich bin der Meinung, wenn die Kosten bekannt sind, gehören sie im November ins Budget eingearbeitet. Wir haben bis Mitte bzw. Ende Dezember schwer über das Budget diskutiert, da hätte das hineingehört und man hat es wohlweislich

verschwiegen. Was mir bei diesem Konzept noch fehlt - bei dieser sehr interessanten Studie - ist, was denn jetzt passiert mit dieser 276.000 Schilling teuren Studie? Mache ich jetzt etwas aus diesen Informationen oder nicht? Haben wir das in der Stunde im Festsaal zur Kenntnis genommen? Das war vielleicht eine kleine Pressenotiz wert. Die Presse hat etwas berichtet, aber nicht allzu viel. Das Medienecho auf diese Aktion war nicht allzu groß. Aber es folgt jetzt wirklich der Nachhall. Was macht die Stadt Steyr jetzt mit dieser - von uns nicht beauftragten - Studie, außer sie zu bezahlen? Wir werden uns hier der Stimme enthalten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der nächste ist der Herr Stadtrat Schloßgangl. Ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Am 18. März 1994 war die Vorstellung eines neuen Stadtmarketingkonzeptes durch Herrn Schipek. Er hat eine kleine Auflistung gemacht, wie er sich das vorstellen könnte und sich gleichzeitig angetragen, die Moderation für dieses zu übernehmen. Es wurden damals Kosten von 250.000 Schilling genannt. Bei einer weiteren Vorstellung im Festsaal hier im Rathaus hat man dem auch offiziell zugestimmt. Es ist die Problematik dabei, daß Schipek sicherlich die Grundlagenforschung betrieben hat. Er hat zuerst den Stärken-/Schwächenkatalog erstellt, er hat die Grundlagen erarbeitet, er hat eine Analyse gemacht, er ist dabei, Leitbilder zu erstellen mit den einzelnen Fachgebieten, Vereinen, mit dem Magistrat, mit der Wirtschaft und mit allen, die in einer Stadt von Wichtigkeit und Bedeutung sind. Es ist aber niemand da, der das koordiniert oder begleitet. Dann kam es - ich glaube, es war im Juli 94 bei einer ersten Moderation mit den Wirtschaftstreibenden - zu dieser Vorstellung des Angebotes von Dr. Karmasin, eine Umfrage über Steyr in ganz Österreich zu machen. Diese wurde bekanntlicherweise von Herrn Braunsberger beauftragt und vergeben und auch von Karmasin dann vorgestellt und vorgelegt, und plötzlich wußte niemand, wer das bezahlen soll. Es gab eigentlich keinen Auftraggeber durch die Stadt, sondern nur den aus der Projektgruppe besagten Unternehmer. Ich kritisiere dabei, daß an und für sich das Konzept fehlt, daß keine Kontrolle durch die Mandatäre oder die öffentliche Hand gegeben ist. Es ist zwar der Herr Magistratsdirektor dort fallweise dabei, aber er vertritt - wie er mir glaubhaft versichert hat - die Interessen des Magistrates und nicht der Stadt, also der Behörde und der Beamtenschaft. Ich glaube, es muß hier jemand eingebracht werden, der auch offiziell informiert wird und Kontrollmöglichkeit hat. Und was ganz entscheidend ist: Es muß ein Budget erstellt werden! Wir haben zwar gesagt, es ist sehr schön, man braucht so ein Konzept, aber es ist kein Geld da. Ich möchte nicht unbedingt Zahlen nennen, aber ich glaube, wenn ich daran denke, daß Linz in den letzten zehn Jahren rund 75 Millionen Schilling für ein Stadtmarketingkonzept investiert hat, dann müßten wir im nächsten Budget meiner Meinung nach pro Jahr mindestens 2 Millionen Schilling vorsehen, damit man überhaupt etwas machen kann. Es wird auch notwendig sein, daß wir die Marktforschung vorantreiben, da werden wir Experten brauchen, das wird der Herr Schipek nicht machen können. Es wird eine Beratung durch Wirtschaft- und Marketingexperten notwendig sein. Es wird ein entsprechendes Werbekonzept durch Werbeexperten geben müssen. Daß diese Studie über Steyr von Dr. Karmasin gemacht wurde, ist sicherlich auch von gewisser Bedeutung. Ich muß sagen, ich habe mir eigentlich etwas mehr erwartet davon. Daß sie bezahlt werden muß, ist für mich auch klar. Allerdings haben wir heuer kein Geld dafür vorgesehen, daher wird er bis zum nächsten Jahr warten müssen. Aber im nächsten Jahr müßten die Mittel da sein, damit wir wirklich etwas Vernünftiges unternehmen können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir beschließen sie ja heute, die Kreditübertragung von einem anderen Konto!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wir haben im Stadtsenat erklärt, die Auszahlung soll aber erst im nächsten Jahr erfolgen, wenn die Mittel da sind. So war der Beschluß des Stadtsenates!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das steht aber nicht im Gemeinderatsantrag!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Freilich steht das drinnen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weil wir gesagt haben, der besagte Unternehmer soll es bevorschussen, bis wir im Budget die Summe drinnen haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Heute wird aber eine Kreditübertragung beschlossen! Wenn sie heute die Kreditübertragung beschließen, bekommt der morgen das Geld!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Herr Magistratsdirektor als Sachkundiger wird uns da eine Erläuterung geben.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Sehr geehrte Gemeinderäte, sehr geehrtes Präsidium! Ich habe schon in Erinnerung, daß bei diesem Thema im Stadtsenat eine sehr heftige Diskussion war und daß es auch darum gegangen ist, welche Mittel im nächsten Jahr ausgezahlt werden. Soweit ich die Diskussion in Erinnerung habe, ist es darum gegangen, daß im nächsten Jahr ein Betrag - der um diesen Betrag, der jetzt zur Diskussion steht, verringert ist - für diese Marketingaktivitäten zur Auszahlung kommen soll. Genau das ist diskutiert worden. Falls im nächsten Jahr für Marketingmaßnahmen ein Betrag vorgesehen wird, soll

er um diesen Betrag reduziert werden. So ist die Diskussion gewesen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es ist gemacht worden, darum bezahlen wir es. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Gemeinderat Dr. Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Meines Erachtens geht es nicht so, daß man sagt, es ist gemacht worden und daher muß man es zahlen. Wir werden Gewissenserforschung betreiben müssen. Wer hat den Auftrag wirklich erteilt? Ist er von der Stadt erteilt worden, dann müssen wir es zahlen. Aber sonst gibt es auch den Begriff der Geschäftsführung ohne Auftrag. Und da bin ich nicht so überzeugt, daß wir das auch in der Form bezahlen müssen. Bevor wir das nicht hausintern klären können ... - bitte, ich will niemandem etwas unterstellen, aber es wäre genauso denkbar von der Interessenslage her, daß der Tourismusverband vielleicht auf die Idee gekommen wäre. Aber ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, daß je irgendwann einmal etwas gesprochen worden wäre über diesen Auftrag. Das erste, was man davon gehört hat, war diese eine Präsentation im März vergangenen Jahres. Man kann auch über den Titel „Steyr ist wieder da“ streiten. Wenn man sich den Amtsbericht ansieht, das Schönste, das endlich wieder da ist, ist das Stadtwappen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Schlußwort bitte, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, meine Damen und Herren! Man kann natürlich trefflich streiten über so einen Vorgang. Daß er nicht in Ordnung ist, war einhellige Auffassung im Stadtsenat. Es ist eben so, daß der Stadtsenat nach einer Präsentation der Idee, ein Stadtmarketingkonzept zu erarbeiten, das gewollt hat. Durch die Kaufmannschaft und andere, die Interesse entwickelt haben, ist es dem Stadtsenat vorgetragen worden. Der Stadtsenat hat sich dazu bekannt, daß es gemacht werden soll. Es sind alle in den Festsaal eingeladen worden, die daran Interesse gehabt haben und jeder, der mitmachen wollte. Es ist dort erneuert worden, daß etwas geschehen soll. Das ist auch geschehen. Und dann haben wir beschlossen, daß der Herr Schipek als Federführer und Moderator dieser Aktivität 250.000 Schilling als Honorar bekommen soll. Damit ist schlüssig klargestellt, daß wir sehr wohl gewußt haben, daß das stattfindet. Was wir nicht gewußt haben ist - und niemand hat das meines Wissens gewußt, Herr Dr. Schwager, weder ein Beamten noch ein Politiker, auch ich nicht -, daß hier ein Unternehmer, der auch in der Projektgruppe mitarbeitet, hingetreten ist und gesagt hat, so macht man das, das macht man professionell und so soll es sein. Daß man hier Geld in die Hand nehmen muß, ist selbstverständlich. Die Herren haben uns bei der Präsentation auch gesagt, daß die Stadt Geld in die Hand nehmen muß. Der Unternehmer hat den Auftrag gegeben. Das hat aber die Herrschaften nicht daran gehindert, daß sie uns dann die Rechnung auf den Tisch des Hauses gelegt haben. Und jetzt geht es eigentlich nicht um die rechtliche Betrachtung, da würde ich dir ganz genau recht geben, daß man unter solchen Umständen natürlich nicht bezahlen muß. Ich möchte nur sagen, daß doch ein großer Geist von Leuten in einer Reihe von Arbeitskreisen - ich glaube, es waren fast 100 Leute - an

vielen Abenden gearbeitet haben, die diese Aufgabenstellung alle ehrenamtlich erfüllt haben. Würden wir hier nicht die Finanzierung dieser Studie übernehmen, würde das natürlich eine gewaltige Demotivation dieser Menschen, die motiviert sind und gearbeitet haben, bedeuten. Was wir brauchen und wollen ist eine Imageverbesserung, es ist ein Marketingkonzept, und das muß aufbauend auf dem, was bisher geschah, was die Steyrer Interessierten meinen, professionell geschehen. Daß das Geld kostet, wird uns klar sein. Es wird viel mehr kosten, als diese Studie. Ob wir es in dem Maße haben werden, wie es sich manche vorstellen, ist eine andere Frage und wird dem Budget 1996 vorbehalten bleiben. So betrachte ich das und würde wirklich bitten, daß wir hier und heute diesen Beschluß herbeiführen, weil ich meine, daß wir gar nicht anders können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt gegen diesen Antrag? 1 Gegenstimme (F). Stimmenthaltungen? 6 Stimmenthaltungen (F). Wer stimmt für diesen Antrag? Der Rest. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt ist ein Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, 2,5 Millionen für Planungsaufgaben in Richtung VPTÖ-Gebäude und Fachhochschulgebäude freizugeben. Der Betrag ist im Budget vorgesehen. Es wird gebeten, von der Kreditsperre Abstand zu nehmen, damit diese Aufgaben auch wirklich erfüllt werden können. Der Antrag lautet:

5) Bau2-6446/86 Verein FAZAT; Ansuchen um Bewilligung eines Baukostenzuschusses in Höhe von 2,5 Millionen Schilling.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 25. April 1995 wird dem Verein FAZAT zum weiteren Ausbau des FAZAT Steyr, insbesondere zur Beauftragung der Entwurfsplanung, zur Erstellung der Ausschreibungsunterlagen und zur Durchführung des öffentlichen Ausschreibungsverfahrens ein Baukostenzuschuß in Form einer einmaligen, außerordentlichen, nicht rückzahlbaren Subvention in Höhe von 2,5 Millionen Schilling gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 2.500.000,-- werden bei der VSt. 5/2890/777000.2 freigegeben. Um die genannten Maßnahmen in vollem Umfang ohne Einschränkung durchführen zu können, wird von der Einhaltung der vom Gemeinderat der Stadt Steyr in seiner Sitzung am 21. 12. 1994 beschlossenen 10 %igen Kreditsperre für Subventionen im gegenständlichen Fall Abstand genommen, so daß der volle Subventionsbetrag zur Auszahlung gelangt.

Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Danke sehr. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Gibt es keine. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit einer Förderung des VPTÖ. Der Antrag lautet:

6) Ha-12/93 Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich (VPTÖ); Subvention für das Jahr 1995 in Höhe von 2 Millionen Schilling.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 23. Mai 1995 wird der Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich (VPTÖ), Wehrgrabengasse 5, 4400 Steyr, für das Jahr 1995 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von 2 Millionen Schilling gewährt. Zum genannten Zweck wird ein Betrag von S 2.000.000,-- bei der VSt. 5/2890/777000.2 freigegeben. Um die genannten Maßnahmen in vollem Umfang ohne Einschränkung durchführen zu können, wird von der Einhaltung der vom Gemeinderat der Stadt Steyr in seiner Sitzung am 21. 12. 1994 beschlossenen 10 %igen Kreditsperre für Subventionen im gegenständlichen Falle Abstand genommen, so daß der volle Subventionsbetrag zur Auszahlung gelangt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Danke. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Der nächste ist der Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! In meinem ersten Antrag geht es um die Galerie Pohlhammer, Förderung 1995. Aufgrund einer einstimmigen Empfehlung aus dem Kulturausschuß soll die Galerie Pohlhammer 60.000 Schilling als nicht rückzahlbare Subvention für das Jahr 1995 bekommen. Wir beschäftigen uns im Gemeinderat deshalb damit, weil 30.000 Schilling aus dieser Summe aus dem Titel einer Kreditübertragung aus einem Konto für Maßnahmen zur Kunstpflege kommen. Der Antrag lautet:

7) Fin-270/94 Galerie Pohlhammer; Förderung 1995. Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 26. 4. 1995 wird der Galerie Pohlhammer, vertreten durch Frau Elfriede Pohlhammer, Johann Puch-Straße 10, 4400 Steyr, für den Betrieb ihrer Galerie eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 60.000,-- aus der VSt. 1/3000/757000.0 gewährt. Zu diesem Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 30.000,-- bei der VSt. 1/3000/757000.0 freigegeben. Gleichzeitig wird einer notwendigen Kreditübertragung im Ausmaß von S 30.000,-- von der VSt. 1/3510/757000.8 auf die VSt. 1/3000/757000.0 zugestimmt. Aufgrund der vom Gemeinderat der Stadt Steyr in seiner Sitzung vom 21. 12. 1994 beschlossenen 10 %igen Kreditsperre gelangen von dem angeführten Subventionsbetrag lediglich 90 % zur Auszahlung.

Ich glaube, ich brauche auf die Galerie Pohlhammer nicht näher einzugehen. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Gemeinderat Mag. Philipps hat sich zu Wort gemeldet, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertcs Präsidium! Erlauben sie mir zwei bis drei Sätze zu diesem Antrag. Ich glaube, es steht außer Frage, daß die Galerie Pohlhammer sehr positiv für das Kulturleben Steyrs eintritt. Aber ich glaube, daß es auch an dieser Stelle notwendig ist, einmal mehr zu sagen, daß es in Zukunft eine Notwendigkeit sein wird, sich auf die finanziellen Gegebenheiten bzw. die Veränderung in Steyr einzustellen und vielleicht auch die Möglichkeit zu suchen, andere Subventionsquellen zu eröffnen. Auch andere Vereine sind dabei aufgerufen, dies in diesem Sinne gleichzutun. Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch einen Verein positiv hervorheben, der für 1996 einen Vorstoß in diese Richtung durchführen will. Ich hatte Gelegenheit, mit dem AKKU zu sprechen. Sie wollen durch bessere Strukturierung ein Gleichbleiben bzw. sogar eine Verbesserung ihrer Arbeit erreichen und trotzdem die Stadt finanziell nicht mehr belasten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf ersuchen, in diesem Sinne der Vielfältigkeit der Steyrer Kultur die zukünftige Entwicklung auch bei der Galerie Pohlhammer sehr kritisch zu verfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort gewünscht?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ein Schlußsatz. Herr Gemeinderat Philipps, den letzten Satz habe ich offensichtlich nicht richtig verstanden. Hat das richtig geheißen, wir sollten die Tätigkeit der Frau Pohlhammer kritisch verfolgen?

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Nein. Kritisch ist die finanzielle Entwicklung zu verfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich glaube, es ist kein Risiko bei der Stadt, wenn wir die Galerie Pohlhammer subventionieren. Ich darf in Erinnerung rufen, die Frau Pohlhammer hat 1994 keinen Schilling von seiten der Stadt bekommen und hat ein jährliches Budget von ungefähr 1 Million Schilling. Dazu kommt noch, daß ihr Gatte und Hauptsponsor finanziell maßgeblich ausfällt, weil er in Richtung Pension davongegangen ist. Trotzdem ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag. Einen Satz noch: Wir

wollen ganz besonders daran denken, gerade weil wir heute gehört haben, wir haben die Fachhochschule da, wir müssen kulturell etwas tun! Da kann es nicht sein, daß wir grundsätzlich bei der Kultur und bei den Kulturaktiven kürzen! Ich bin auch der Meinung, man muß sich ebenso um andere Geldquellen umsehen. Aber die Stadt Steyr sollte auch diese Leute sehen, die nachweislich gute Kultur machen. Und das ist mit dieser Summe im Moment - und wir haben noch die Diskussion für die zweite Rate - eher nur ein Zeichen für die Frau Pohlhammer und das ist sehr notwendig. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. In meinem nächsten Antrag geht es um etwas ganz Seltsames zwischen der Kultur. Es geht um eine Verkehrslichtsignal- und Blinklichtanlage im Bereich der Stadt Steyr. Der Antrag lautet:

8) VerkR-7536/83 Verkehrslichtsignal- und Blinklichtanlagen im Bereich der Stadt Steyr; Aufteilung der Betriebs- und Erhaltungskosten gem. § 32/1 StVO 1960; Jahresabrechnung 1994.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorliegenden Berichtes des GB III, Fachabteilung Tiefbau, wird zur Begleichung der aufgelaufenen Kosten für die Instandhaltung und den Betrieb von Verkehrslichtsignal- und Blinkanlagen im Stadtgebiet Steyr im Jahr 1994 einer Kreditübertragung in Höhe von S 62.000,-- von der VSt. 1/6400/619000.7 auf die VSt. 1/6400/770000.2 und der Mittelfreigabe in Höhe von S 182.000,-- incl. MWSt bei VSt. 1/6400/770000.2 zugestimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch mit diesem Antrag müssen wir uns hier im hohen Gemeinderat beschäftigen, weil diese Fixkosten, die zu erwarten und bekannt waren, nicht ausreichend budgetiert waren. Es war bekannt, daß die Geschichte 180.000 Schilling kostet, aber trotzdem hat man es nicht budgetiert. Es kam noch viel mehr. Es war letztes Jahr noch in Summe ein Konto, das Konto war für die Instandhaltung von Sonderanlagen. Früher waren es 1,2 Millionen Schilling, das in dann letztes Jahr gekürzt worden auf 800.000 Schilling. Auch hat dieses Aktenstück noch einen ganz sonderbaren internen Weg gemacht. Bei der Mittelanmeldung war der Herr Stadtrat Schloßgangl dafür verantwortlich. Er hat richtigerweise 180.000 Schilling beantragt, weil die Summe bekannt war, die wir bezahlen müssen. Wir können dem Land nicht sagen, diese vereinbarten Kosten zahlen wir heuer nicht, weil es uns so schlecht geht. Diese Kosten wurden auf 120.000 Schilling reduziert. Jetzt haben wir die Rechnung bekommen und sind baß erstaunt, daß wir doch genau die 182.000 Schilling zahlen müssen. Jetzt müssen wir wieder eine Kreditübertragung machen. Und jetzt hat der Verkehrsreferent diesen Akt zum Vorlesen bekommen. Also langsam verstehe ich die Welt nicht mehr. Aber das soll in Zukunft nicht mehr passieren. Darum habe ich immer gemeint, man sollte jetzt im Frühjahr schon davon ausgehen und anfangen, das Budget für 1996 neu zu konzipieren. Dazu gehört auch ein Finanzstadtrat, der sagt, ob er noch da ist oder nicht, ob er willens ist, daß er ein neues Budget 1996 plant, oder ob das wieder - wie in vergangenen Jahren - so läuft, daß die Fraktionen im Sommer halt einmal ihre Wünsche bekanntgeben, dann setzen wir uns ein bißchen zusammen, vielleicht machen wir auch eine Klausur, und dann werden wir schon irgendwie eine Mehrheit finden. Ich bitte schön, so kann und darf es in dieser Stadt nicht weitergehen! Vereinbarte Kosten müssen wir zahlen, die dürfen nicht runterverhandelt werden, ganz

gleich bei welchen Referenten sie sind. Die müssen drinnen sein, damit wir auf ein wahres Budget kommen, damit wir auch ein bißchen auf die Zeitökonomie hier im Gemeinderat achten können. Ansonsten ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist der Herr Stadtrat Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ein Antrag, der eigentlich nicht so vieler Worte im Gemeinderat bedürfte, aber es sind doch verschiedene Äußerungen gemacht worden - auch über die Presse -, die ich ins richtige Lot rücken möchte. Prinzipiell ist es eine Haushaltsstelle des Äußeren Dienstes und die Kosten dafür kommen meistens durch Defekte oder Beschädigung nach Verkehrsunfällen zustande. Die Reparaturen werden vom Land Oberösterreich durchgeführt und im nächsten Jahr - oft auch erst nach zwei Jahren - abgerechnet. Eines ist dazu noch zu sagen: Es wurden auch früher Rechnungen teilweise vom Instandhaltungskonto bezahlt, was aber seit einiger Zeit - seit wann genau kann ich nicht sagen - berichtigt und abgestellt wurde. In den Jahren 1993 und 94 waren je 30.000 Schilling für Verkehrslichtsignalanlagen vorgesehen, die jedoch nicht verwendet wurden, vermutlich aus dieser Übertragung oder Bezahlung aus dem anderen Konto. Zudem ist die Abschätzung der anfallenden Transferzahlungen sehr schwer möglich und in Zeiten wie diesen werden diese Budgetansätze eben sehr restriktiv behandelt. Es ist nicht richtig, was Dr. Pfeil in der Presse behauptet hat, daß ich durch meine Unterschrift die Reduzierung dieses Budgetansatzes getätigt hätte. Das ist absolut unrichtig, denn es waren ursprünglich, als man mir den Antrag vorgelegt hat, aufgrund der in den Vorjahren - zweimal 30.000 Schilling - vorgesehenen Beträge, die nicht verbraucht wurden, nur 10.000 Schilling im Ansatz. Ich habe diese dann nach Rücksprache mit dem Fachabteilungsleiter um 110.000 Schilling auf 120.000 Schilling erhöht. Die tatsächlichen Kosten betragen jedoch 182.000 Schilling, so daß eine Kreditübertragung von 62.000 Schilling erforderlich ist. Ich möchte dazu sagen, daß diese Arbeiten im wesentlichen auch von der Elektroabteilung, die der Fachabteilung Tiefbau unterstellt ist und daher in mein Ressort gehört, durchgeführt bzw. veranlaßt, überwacht und abgerechnet werden und daher auch die Budgetansätze in meinem Ressort sind. Ich lege aber überhaupt keinen gesteigerten Wert darauf, daß ich für die Verkehrslichtsignalanlagen zuständig bin. Aber wenn es die Beamten und Mitarbeiter der Fachabteilung machen, hat auch der zuständige Baureferent dafür verantwortlich gezeichnet. So war es bisher richtig und ich habe mich nicht gewehrt. Im übrigen, wenn Kürzungen vorgekommen sind - ich kann das nicht nachverfolgen, was vor den 10.000 Schilling war -, dann ist das aufgrund des Erlasses im Beamtenverhandlungswege geschehen, der vor der Politikerrunde durchgeführt wurde. In meinem Budgetansatz, der mir von der Fachabteilung vorgelegt wurde, waren 10.000 Schilling vorgesehen und die wurden auf 120.000 Schilling erhöht. Es ist - wie gesagt - sehr schwer abzuschätzen, was in diesem Jahr passiert. Es kommen die Rechnungen oft ein oder zwei Jahre später, daher gibt es diese Überschneidungen bei der Summe.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Der nächste ist der Herr Stadtrat Dkfm. Zagler.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich verzichte auf meine Wortmeldung, nachdem der Herr Stadtrat Schloßgangl das so chronologisch und so richtig aufgebaut hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wird ein Schlußwort gewünscht? Entschuldigung, da ist noch eine Wortmeldung. Herr Stadtrat Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich möchte, meine Damen und Herren, mich nicht in die Ampelspielereien einmengen. Eine Ampelkoalition haben wir heute schon erlebt, rot-grün-blau, es war interessant. Ich möchte grundsätzlich zu dem etwas sagen, was den Kollegen Schloßgangl angezogen hat und den Kollegen Pfeil offensichtlich in seinem Selbstbewußtsein stört, nämlich die Vermengung von Zuständigkeiten zwischen Referenten. Diese Diskussionen - nein, das war mein Antrag, nein, das ist deiner -, wie im Kindergarten kommt man sich manchmal vor! Das gefällt mir seit längerer Zeit nicht. Die Quelle des Ganzen ist wieder der Versuch, politische Referenten nach Möglichkeit nicht in die Lage der allzugroßen Gestaltungsfreiheit zu bringen, indem man immer wieder Segmente daraus anderen zuweist. Das mag eine ganz gute Absicht sein. Wir hätten dann gehofft, daß die Strukturreform des Magistrates zu einer Verbesserung in der Unterstellung der Fachgruppen im Haus unter einzelne politische Referenten führt. Dafür verändert man nämlich Organisationen, damit man Entscheidungsstrukturen verbessert! Das hat eben nicht stattgefunden und so gibt es nicht nur - wie wir es so augenfällig demonstriert bekommen - Interessenskonflikte zwischen politischen Referenten, sondern auch Wissenskonflikte auf der Beamtenseite. Wenn jetzt einer aus der Beamtenschaft plötzlich bei so einer Lächerlichkeit wie der Instandhaltung von Verkehrsampeln nicht mehr weiß, wer sein Referent ist, dann ist die Unklarheit System geworden! Und dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn ein Budget nach dem anderen entgleist. Wir machen vor der Budgeterstellung eine Runde mit den Beamten, wo diese ihre Vorstellungen vorbringen. Dann wird mit den Politikern gesprochen und jeder Politiker versucht, die Wünsche in ein - sagen wir einmal - Skelett zu formen. Dann gibt es einen Ukas, der unter dem Siegel der Verschwiegenheit den Beamten vorschreibt, daß sie ihre Wünsche zu reduzieren haben. Dann gibt es eine zweite Runde auf politischer Ebene, dann sagt man, es wird weiter verhandelt, dann gibt es wieder einen Ukas, wo die Beamten ihre Ansätze noch einmal heruntersetzen müssen, und das alles bei den mangelnden Klarheiten in der Zuständigkeit! Und dann sitzen wir am 22. Dezember wieder zusammen und feiern gerade noch mit Mühe und Not eine Budgetsitzung, weil im Grunde genommen jeder Angst gehabt hat zuzugeben, daß wir zu dem Budget nicht in der Lage waren. Das Durcheinander der vergangenen Jahres ist nicht das Durcheinander des Helmut Zagler allein. Absolut nicht! Sondern das ist System in unserer Stadt. Darum sind so viele von den Beamten im Haus frustriert, weil sie ihre Orientierung verlieren müssen, wenn sie vier oder fünf Referenten bekommen und sich bemühen - das unterstelle ich -, es jedem der Referenten recht zu machen. Sie müssen dabei sehr viel vorausahnen und sehr viel in Kauf nehmen, was sie dem einen vielleicht nicht sagen dürfen, dem anderen vielleicht doch sagen wollen, dem anderen nicht sagen wollen aber sagen sollten. Rundherum ergibt sich dann das Bild, das hier zu der Ampelkomödie im Steyrer Gemeinderat führt. Die Frage dürfte jetzt nicht heißen: Ist es richtig, daß wir Kreditüberschreitung oder Kreditübertragung machen, hat hier Budgetgenauigkeit geherrscht? Die kann nicht herrschen, meine Damen und Herren, wenn zwei Jahre im Nachhinein abgerechnet wird. Aber unsere Aufgabenstellung als Politiker wäre: Was tun wir, meine Damen und Herren, damit wir klarere Strukturen schaffen? Das machen wir nicht durch Neuordnung von Fachabteilungen und Geschäftsbereichen! Das machen wir auch nicht, wenn der

Controller auf Urlaub ist. Sondern das machen wir nur dann, wenn wir die Aufgabenfamilien im Magistrat einzelnen Referenten zuweisen. Dann können wir als Politiker unsere Rahmengebende Funktion erfüllen, und dann können die Beamten ihre Funktion erfüllen, die ihnen die Bundesverfassung auferlegt, nämlich die Weisungsungebundene Tätigkeit im Rahmen von gesetzlichen Bedingungen. Dafür haben wir den Berufsbeamten, der Österreich hervorhebt aus vielen anderen Körperschaften. Der Berufsbeamte hat eine staatstragende Funktion, aber wir dürfen ihm die Arbeit nicht noch schwieriger machen, als sie ohnehin ist. Das Kompetenzdurcheinander, das sich an diesem Beispiel dokumentieren läßt, ist die Quelle dessen, warum wir in Steyr im Fortgang und in der Entwicklung von Dingen so große Probleme haben. Kleinigkeiten dauern in Steyr Jahre. Und wenn dann eine Projektgruppe wie zum Beispiel aus meinem Ressort mit dem Altenheimneubau in Münchenholz darauf angewiesen ist, daß der Projektgruppenkoordinator wieder erscheint, der aber nicht Zeit hat, weil er leider Gottes in der Türkei sein muß, nein, Entschuldigung, weil er leider Gottes krank ist, und ein Vierteljahr vergeht schon wieder und es tut sich nichts! Und die Leute sind noch immer krank und die anderen warten noch immer auf eine Entscheidung! Da fragt man sich, wo denn System und Ordnung ist. Und daran sollten wir arbeiten! Lassen wir bitteschön die Ampeln jetzt finanzieren, weil es ja doch sein muß.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein. Das echte Schlußwort. Ich muß das natürlich zurückweisen. Das stimmt nicht! Auf dem Anforderungsschein steht die Unterschrift vom Stadtrat Schloßgangl. Ich habe leider den Akt nicht dabei, werde es aber gerne dann zeigen, daß auf dem Anforderungsschein über 180.000 Schilling die Unterschrift vom Herrn Stadtrat Schloßgangl steht. Aber, Herr Stadtrat Holub, ich bin in meinem Selbstbewußtsein überhaupt nicht angekratzt. Es ist mir egal, ob diesen Akt der Stadtrat Schloßgangl einbringt oder ich. Ich glaube nur, es ist nicht gescheit, wenn man während eines Vorganges einfach grundlos die Zuständigkeiten ändert. Das ist ein Systemfehler. Es sollte abgesprochen sein, das sollte zuständigkeitshalber sein. Es gibt natürlich Überschneidungspunkte zwischen Verkehrsbauten und Verkehrsreferent. Aber daß man während eines laufenden Verfahrens, wenn die Gelder aus sind, das dann einem anderen gibt, finde ich nicht sehr lustig. Ich ersuche auch um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz. Punkt 9) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Im nächsten Antrag geht es um das Stadttheater Steyr, Abwicklung der Gastspielsaison. Wir machen wie in den vergangenen Jahren einen Werkvertrag mit dem Linzer Landestheater. Wir haben vor, grundsätzlich eine Änderung im Bereich der Aufführungen in Absprache mit dem Kulturausschuß durchzuführen. Nach Besprechungen wollen wir einerseits traditionelle Stücke nicht ganz hintenlassen, sondern durch moderne auch ersetzen bzw. beifügen, damit ein Abonnement noch möglich ist, gleichzeitig wollen wir aber auch Gastspiele anderer Theater ermöglichen. Der Antrag lautet:

9) K-60/95 Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1995/96; Abschluß eines Werkvertrages.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Abgeltung von 12 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Theatersaison 1995/96 nach Maßgabe des Amtsberichtes der Dienststelle für Kulturangelegenheiten vom 2. 5. 1995 wird genehmigt. Gleichzeitig wird der Magistrat der Stadt Steyr ermächtigt, einen entsprechenden Werkvertrag abzuschließen. Die Eintrittspreise erhöhen sich gegenüber der vorhergehenden Theatersaison um 10 Prozent. Schüler, Studenten, Lehrlinge und Präsenzdienler erhalten gegen Vorlage eines entsprechenden Ausweises eine Ermäßigung von 50 Prozent. Die Regelung über die Dienstsitze u. dgl. nach dem Gemeinderatsbeschluß vom 16. 9. 1980, K-1800/80, wird beibehalten.

Die Pauschalabgeltungen für die Gastspiele des Linzer Landestheaters finden ihre Deckung aus der VA 1/3230/728100.7.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag bitte? Danke. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Im nächsten Antrag geht es auch um einen Bauantrag, nämlich Schloßbibliothek - Elektroinstallation. Auch hier haben wir eine Auftragserhöhung, eine Kreditüberschreitung, deshalb muß sich der hohe Gemeinderat wegen 30.200,-- Schilling bemühen. Das Geld kommt vom Museum. Der Antrag lautet:

10) K-35/93 Schloßbibliothek; Elektroinstallation; Auftragserhöhung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Hochbau vom 10. 4. 1994 wird der Auftragserhöhung betreffend die Elektroinstallationsarbeiten für die Alarm- und Brandmeldeanlage in der Schloßbibliothek an die Fa. Kammerhofer um brutto S 114.020,07 auf brutto S 1.205.642,87 zugestimmt. Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung in Höhe von S 30.200,-- von VSt. 5/3600/010000.1 auf VSt. 5/3600/010290.8 bewilligt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, wir stimmen ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Im nächsten Antrag geht es um die so genannte Subventionsliste 1995, kulturelle und kirchliche Vereinigungen. Der Antrag lautet:

11) Fin-14/95 Kulturelle und kirchliche Vereinigungen; Subventionsliste für 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 5. Mai 1995 werden nachstehend angeführten kulturellen und kirchlichen Organisationen und Vereinen für das Jahr 1995 folgende Subventionen gewährt:

KULTURELLE VEREINIGUNGEN:

VASSt. 1/0610/757000.9

Fotogruppe der „Naturfreunde“

S 6.000,--

VASSt. 1/2790/757000.7

Volkslesehalle Steyr

S 4.000,--

Bildungszentrum Dominikanerhaus

S 20.000,--

Bücherei der Pfarre Münchenholz

S 4.000,--

S 28.000,--

VASSt. 1/3000/757000.0

Kultur- und Theaterverein AKKU

S 70.000,--

VASSt. 1/3240/757000.2

Volksbühne Steyr

S 8.000,--

VASSt. 1/3510/757000.8

Kunstgruppe des ÖGB

S 4.000,--

VASSt. 1/3220/757000.4

Stadtkapelle Steyr

S 30.000,--

Musikverein Gleink

S 9.000,--

Musikverein Christkindl

S 9.000,--

Arbeitersängerbund „Stahlklang“

S 8.500,--

MGV „Sängerlust“

S 7.500,--

Männerchor Steyr

S 5.000,--

Kärntner Sängerrunde

S 6.000,--

Mandolinenorchester „Arion“

S 6.000,--

1. Steyrer Zitherverein

S 6.000,--

Club-Chor Steyr

S 5.000,--

S 92.000,--

VASSt. 1/7710/757000.0

Österr. Gesellschaft für Eisenbahngeschichte (Steyrtalbahn)

S 50.000,--

VASSt. 1/3690/757000.8

Trachtenverein Steyr

S 6.000,--

Verein Heimatpflege

S 5.000,--

Kärntner Landsmannschaft

S 6.000,--

S 17.000,--

KIRCHLICHE ORGANISATIONEN

VASSt. 1/3900/757000.1

Caritas Dekanatsamt Steyr

S 11.500,--

Presbyterium der evang. Pfarrgemeinde

S 8.500,--

S 20.000,--

VASSt. 1/0610/757000.9

S 6.000,--

VASSt. 1/2790/757000.7

S 28.000,--

VASSt. 1/3000/757000.0

S 70.000,--

VASSt. 1/3240/757000.2

S 8.000,--

VASSt. 1/3510/757000.8

S 4.000,--

VASSt. 1/3220/757000.4

S 92.000,--

VASSt. 1/7710/757000.0

S 50.000,--

VASSt. 1/3690/757000.8

S 17.000,--

VASSt. 1/3900/757000.1

S 20.000,--

S 295.000,--

Aufgrund der vom Gemeinderat der Stadt Steyr in seiner Sitzung vom 21. 12. 1994 beschlossenen 10 %igen Kreditsperre gelangen von den angeführten Subventionsbeträgen lediglich 90 % zur Auszahlung.

Dieser Antrag wird auch in Abstimmung mit dem Kulturausschuß gestellt, ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort gewünscht? Herr Kollege Vanek bitte.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

In meiner Wortmeldung geht es jetzt Vordergründigerweise um den Kulturverein Kraftwerk. Er steht zwar nicht auf dieser Liste, wird aber an und für sich von der Stadt subventioniert und daher denke ich mir, daß man kurz etwas dazu sagen kann. Seit Jahren wissen wir, daß der Bereich der Jugendkultur ein ganz schwieriger Bereich ist. Es hat schon einige Diskussionen gegeben und es wird auch in Zukunft einige geben. Zum Beispiel sucht der Kulturverein Kraftwerk seit zwei Jahren nach geeigneten Lokalitäten. Es hat im November eine Protestkundgebung gegeben, wo verschiedenste Jugendgruppen ihren Unmut über die derzeitige Situation geäußert haben. Es hat dann auch konkrete Vorschläge gegeben, was gemacht werden könnte. Der Jugendgemeinderat hat sich damit befaßt usw. Es hat dann anschließend Gespräche zwischen Vertretern des Kulturvereines Kraftwerk und der Stadtgemeinde gegeben. Dabei ist herausgekommen, daß für ein zukünftiges Kulturhaus das Stadtgut zur Verfügung stehen könnte. Es hat dann konkrete Verhandlungen gegeben, wie man das adaptieren könnte. Der Kulturverein hat verschiedene Sachen ausgearbeitet, unter anderem einen Trägerverein gegründet, Nutzungsrichtlinien ausgearbeitet, eine Hausordnung, Adaptionenpläne usw. erstellt. Vor kurzem gab es ein Gespräch mit Herrn Dr. Schmoll und den Vertretern dieses Vereines. Nach Aussagen der Vertreter vom Kraftwerk war es ein sehr

kooperatives Gespräch, bei dem es unter anderem um weitere rechtliche Informationen usw. gegangen ist. Im Grunde ist aber bis jetzt noch nichts geschehen. Es hat noch keine definitive Zusage von seiten des Herrn Bürgermeister gegeben, ob dieses Stadtgut jetzt als Kulturzentrum adaptiert werden kann. Zumindest derzeit weiß man nicht, wie es weitergehen soll. Es wurden die Auflagen erfüllt von seiten der Initiative und es ist jetzt so, daß man vor dem Punkt angelangt ist, wo man die Entscheidung endlich fällen sollte, ob das Stadtgut als Kulturhaus verwendet werden kann oder nicht. Es gibt immer wieder Hinweise, daß irgendwann einmal die Reithofferwerke gekauft werden sollten. Aber ich denke mir, bis die Reithofferwerke gekauft und dann entsprechend adaptiert werden, sind wir im nächsten Jahrhundert. Ich denke mir, daß das sicherlich noch 10 Jahre dauern wird, bis da etwas passiert. Darum möchte ich endlich eine konkrete Antwort. Steht jetzt das Stadtgut für so ein Kulturhaus zur Verfügung, ja oder nein?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es steht heute die Subventionsliste an. Ich bin gerne bereit, zu einem eigenen Tagesordnungspunkt auch über andere Kulturinitiativen, über viele Vereine zu reden, aber wir diskutieren jetzt über kulturelle Vereine, die auf der Subventionsliste stehen. Das sollten wir diskutieren und ich bin mit meinem Schlußwort am Ende.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich darf mir erlauben, ganz kurz Stellung zu nehmen, Herr Kollege Vanek, weil sie diese Frage gestellt haben. Erstens glaube ich, daß der Gemeinderat gut beraten ist, nicht mit einer Kulturinitiative alleine eine Vereinbarung zu treffen. Das wollen eigentlich auch die jungen Leute nicht, sondern sie haben einen Trägerverein gegründet, in dem auch das Kraftwerk vertreten ist und andere. Ich halte diese Lösung für sehr gut, weil sie vernünftig ist, weil sie Kontinuität verspricht und ein Miteinander der Kulturinitiativen, die in diesem Trägerverein drinnen sind. Zweitens: Das Ergebnis unseres Gesprächs mit den jungen Leuten war, daß wir - weil kein anderes Objekt zur Verfügung gestanden hat - ihnen das Stadtgut einmal zeigen. Sie haben das als Möglichkeit geschätzt. Herr Dr. Schmoll hat von mir einen Auftrag bekommen, einen Vertragsentwurf vorzubereiten. Es war notwendig, die Fachabteilungen einzuschalten. Es ist ein schwieriger Vorgang, einen ehemaligen Stall für Veranstaltungen bewilligungsreif zu machen. Dieser Prozeß ist in Gang. Wir verzögern gar nichts, weil das sicher nichts bringt. Es ist nur eines, nämlich daß wir gleichzeitig auch über den Ankauf des Reithofferhauses sehr intensiv die Verhandlungen geführt haben und daß dies nicht im nächsten Jahrtausend sein wird, sondern wir werden in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen einen diesbezüglichen Beschluß fassen! Dann - und das ist so gut wie fix - sollte man schon überlegen, ob man die jungen Leute so weit weg in ein an sich nicht für Veranstaltungen geeignetes Gebäude gibt, oder ob man sie nicht in dieser viel besseren Lage mit besseren Voraussetzung in das vielleicht vorhandene und zu kaufende Haus hineingibt. Es ist im besten Sinne der Bemühung, den jungen Leuten auch Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, wenn wir diesen Prozeß - der nur mehr Tage dauern kann - abwarten und dann nicht auf zwei Schienen fahren. So sieht die Entwicklung aus. Ich habe auch versucht, das den jungen Leute mitteilen zu lassen. Es ist also nicht so, daß wir irgendetwas verzögern wollen. Das wollte ich nur dazusagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Im letzten Antrag geht es um den Jugendliteraturpreis der Stadt Steyr, Teilnahmebedingungen. Es geht hier um eine kleine Korrektur. Es ist uns allen letztes Mal im Gemeinderat entgangen, daß die Ausschreibebedingungen nicht auf ganz Österreich ausgedehnt worden sind, wie es der gemeinderätliche Kulturausschuß empfohlen hat. Der Antrag lautet:

12) K-175/94 Jugend-Literaturpreis der Stadt Steyr; Teilnahmebedingungen; Korrektur.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Kulturangelegenheiten vom 19. Mai 1995 wird der Punkt 1 der vom Stadtsenat am 30. März 1995 und vom Gemeinderat der Stadt Steyr am 27. April beschlossenen Teilnahmebedingungen des Jugend-Literaturpreises der Stadt Steyr geändert und hat nunmehr zu lauten:

„1. Zur Bewerbung sind Autorinnen und Autoren bis zum vollendeten 25. Lebensjahr zugelassen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.“

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine Wortmeldung zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke sehr Herr Dr. Pfeil, es sind alle ihre Anträge durchgebracht. Gratuliere! Kollege Eichhübl ist der nächste mit Antrag Nr. 13, eine Glückszahl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Erdgasversorgung im Stadtteil Waldrandsiedlung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, habe ich ihnen folgendes vorzutragen: Im 3. Bauabschnitt in diesem Stadtteil sollten ursprünglich die Straßenzüge Fleischmann-, Huemer- und Waldrandstraße sowie die Plattnerstraße teilweise aufgeschlossen werden. Im Zuge der Preisverhandlungen hat es sich aber ergeben, daß im Vergleich zum Vorjahr bei dieser Sache eine Reduktion von 45 Prozent dem Preis und der Höhe nach erzielt werden konnte. Daher standen die dadurch freigewordenen Mittel zur Verfügung und es können die Straßenzüge Neustiftgasse und Baumannstraße ebenfalls mit Erdgas aufgeschlossen werden. Der entsprechende Antrag lautet:

13) Stadtw-11/95 Erdgasaufschließung Waldrandsiedlung, 3. Teil; Vergabe der Leistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 10. April 1995 wird im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung Waldrandsiedlung, 3. Teil, nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Tiefbauleistungen

Firma Illma BaugesmbH, Steyr

S 1.187.115,-- (excl. Ust)

2. Ankauf der Sphärogußrohre und Formstücke

Firma Kontinentale, Wels

S 905.000,-- (excl. Ust)

Die Finanzierung gegenständlicher Leitungsbaumaßnahmen soll über eine Kapitalanlage der Stadtgemeinde Steyr bei den Stadtwerken erfolgen.

Ergänzen möchte ich noch eines, das steht nicht im Amtsbericht drinnen, sondern hat sich im Zuge der Diskussion im Stadtsenat ergeben. Von seiten der Frau Vizebürgermeister Mach ist die Frage angeklungen ist, daß es eine Zählung geben soll, die darauf hinweist, daß es in diesem Bereich, den ich genannt habe, der mit Erdgas aufgeschlossen werden soll, eher geringe Bereitwilligkeit für Erdgasanschlüsse geben soll. Das kann ich hier in dieser öffentlichen Gemeinderatssitzung berichten, und zwar: Es gibt 21 definitive Anschlüsse und wie es sich in der Praxis immer wieder gezeigt hat, werden im Zuge dieser Anschlußmaßnahmen die Anschlußbereitschaften größer. Das hat sich bis jetzt immer wieder herausgestellt. Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht auch ergänzend dazu sagen, daß es im 1. und 2. Teil dieser Anschlußmaßnahmen etwa 66 Anschlüsse gegeben hat. Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, über den Antrag die Beschlußfassung bzw. Diskussion durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet ist die Kollegin Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe mich in der Stadtsenatssitzung nur erkundigt, wieviele Anschlüsse es sind und ob es noch notwendig ist. Ich habe mich aber dann - da der Referent nicht gewußt hat, wieviele Anschlüsse vorgesehen sind bzw. um wieviele Bewerber es sich handelt - auch selbst beim Herrn Ing. Wein erkundigt, der mir mitgeteilt hat, daß es zwischen 25 und 30 Bewerber gibt. Meine Meinung war natürlich die, daß keine neuen Bewerber vorhanden sind, weil die ihre Bewerbung bereits im Vorjahr abgegeben haben. Also war es für mich sowieso klar, daß die für mich nicht mehr zählen. Die Frage war nur, ob jetzt im Nachhinein noch Bewerber kommen. Das war es, worüber ich den Referenten ersucht habe sich zu erkundigen, das war meine Fragestellung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Für diesen Beitrag gibt es noch ein Schlußwort. Aber die Kollegin hat doch nur erklärt, warum sie sich erkundigt hat. Aber bitteschön!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich hätte eigentlich auf ein Schlußwort verzichtet, aber die Frau Vizebürgermeisterin Mach hat mich ermuntert. Sie hat nämlich einen Zeitungsartikel mit heraußen gehabt und nachdem meine Brille noch sehr gut ist, habe ich erkannt, worum es sich dabei handelt. Daher darf ich abschließend noch folgendes sagen, was ich auch in der Öffentlichkeit sehr deutlich dargelegt habe. Wir haben auch im letzten Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen darüber gesprochen. Es geht mir darum, daß auch hier erklärt werden soll, daß man - wenn man andere Stadtteile aufschließt - selbstverständlich dazu ein Bekenntnis abgeben muß und soll, sofern Anschlußwerber da sind. Das ist selbstverständlich. Aber man soll auch auf andere Stadtteile nicht vergessen, so wie das bedauerlicherweise zur Zeit sehr vielen deutlich gemacht wurde. Es wurde nämlich vergessen! Der Kollege Payrleithner hat ja bereits andere Gelegenheiten benützt, um hier im Gemeinderat darauf hinzuweisen. Es geht um den Ortskai, wo bekanntlich einige Eigenanschlüsse völlig gerechtfertigt selbst finanziert wurden. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber die wurden dann irgendwo doch benachteiligt, weil sie jetzt vor der Tatsache stehen, daß sie am weitesten entfernt sind und sich daher diese Eigenfinanzierung der Anschlüsse nicht leisten können. Daher darf ich auch das nochmals wiederholen, was ich im Ausschuß gesagt habe, möchte aber gleichzeitig ergänzen, daß natürlich auch die Ausschußmitglieder einhellig der Meinung waren, daß man in solchen Fällen unbedingt helfen soll, noch dazu wo es sich um ein Hochwassergebiet handelt und die Betroffenen immer wieder vor die Tatsache gestellt werden, daß die angekauften Fremdmaterialien weggeschwemmt werden. Von Umweltschutzmaßnahmen möchte ich heute gar nicht weiter sprechen, weil ich das sowieso immer wieder betont habe. Daher abschließend: So gut Aufschließungsmaßnahmen in anderen Stadtteilen sind, man sollte auch auf andere nicht vergessen. Der Herr Bürgermeister hat in diesem Zusammenhang auch bereits kundgetan, sich dafür einzusetzen und ich hoffe, daß wir heuer noch eine Lösung für die von mir angesprochenen Personen finden werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es läuft ja an und für sich in diesem Fall richtig. Denn wenn ich richtig mitgezählt habe, werden wir in der Waldrandsiedlung mit dieser Etappe 90 - 95 Anschlüsse haben, d. h. es ist eine wirtschaftliche Größenordnung. Das sollten wir natürlich auch beim Gasanschluß zugrundelegen. Das wäre - glaube ich - einmal die Grundlinie. Am Kai ist es anders passiert - wir haben das schon dreimal diskutiert -, da hat man die über die Grundstücke in der Schlüsselhofgasse anschließen lassen und drei Liegenschaften nicht. Diese jetzt anzuschließen, ist nicht wirtschaftlich. Genau die sind aber im Hochwassergebiet und bräuchten auch so einen Anschluß. Das ist eine Vorgangsweise, die nicht positiv ist, denn dabei bleibt immer jemand über. Abgesehen davon sind die gelben Leitungen an dieser Stützmauer der Schlüsselhofgasse nicht unbedingt das Gelbe vom Ei, sondern das Gelbe vom Gas und sehr grauslich. Mich wundert, daß die Stadtbildpfleger das akzeptiert haben, sonst sind sie oft sehr penibel. Vielleicht haben sie es nicht gewußt. Aber es ist auch nicht so leicht, weil die Grundstücksnachbarn kein recht gutes Einvernehmen haben. So habe ich das gehört. Ich habe mich nämlich bereiterklärt, mit dem einen zu reden, damit über ihn angeschlossen werden könnte. Das wäre die wirtschaftlichste Lösung, weil sich der ganz in der Nähe der drei Liegenschaften befindet und das Gas schon hat. Aber das will man anscheinend gar nicht, hat man mir mitgeteilt. Es ist halt sehr schwierig, wenn die Leute zwar Gas wollen, aber über eine bestimmte Ecke. Das muß man sich noch einmal ansehen. Ich bin dafür, daß wir nach einer Lösung suchen. Jetzt würde ich bitten, daß wir dem Gasanschluß in der Waldrandsiedlung die Zustimmung erteilen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Wer ist dagegen? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke Kollege Eichhübl. Kollege Holub bitte, Antrag Nr. 14 und 15.

Gemeinderätin Ulrike Fuchs verläßt um 17.48 Uhr die Sitzung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren! Zu allem Anfang möchte ich mich beim Kollegen Zagler dafür bedanken, daß er dafür Sorge getragen hat, daß sie einen Teil der Mittelverwendung jetzt auf den Tischen liegen haben, nämlich die neuerstellten Tourismusprospekte in zwei Ausfertigungen. Das eine ist der große, das andere die Kurzausgabe, der Streuartikel und die gezielte Maßnahme. Bei beiden Anträgen, die jetzt vor uns liegen, handelt es sich um die Ermöglichung von weiteren gezielten Maßnahmen, wobei ich ihnen die Versicherung abgeben möchte, daß der Vorstand des Tourismusverbandes das Büro sehr nachdrücklich daran erinnert hat, daß die Verkaufswirksamkeit der Präsentationsbemühungen noch steigerbar ist. Die Bekanntheit wurde mittlerweile in einer vorbildlichen Art und Weise in den Zielgebieten herbeigeführt, jetzt muß man auf dem aufbereiteten Boden noch Maßnahmen zur Ernte einsetzen. Die nötigen Veranlassungen dazu werden auch getroffen. Ich muß mich wirklich gerade zum zweiten Antrag bei allen, die ihn ermöglicht haben, herzlich bedanken. Der erste Antrag heißt zunächst einmal:

14) Fin-95/95 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 24. April 1995 wird dem Tourismusverband Steyr für das Budgetjahr 1995 eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von S 1.400.000,-- für den laufenden Betrieb gewährt.

Für den genannten Zweck wird eine Mittelfreigabe im Ausmaß von S 1.400.000,-- bei der VAST. 1/7710/757000.0 bewilligt.

Um die Aktivitäten des Tourismusverbandes ungeschmälert fortführen zu können, wird im gegenständlichen Fall von der Einhaltung der vom Gemeinderat der Stadt Steyr in seiner Sitzung vom 21. 12. 1994 beschlossenen 10 %igen Kreditsperre Abstand genommen, so daß der volle Subventionbetrag zur Auszahlung gelangt.

Zu der Finanzsituation wird wahrscheinlich der Finanzreferent des Tourismusverbandes auch noch Stellung nehmen. ... Glaubt ihr, wird es mir noch gelingen, gehört zu werden? ... Danke schön. Ich möchte mich daher außerhalb der Anträge nicht mit der Finanzsituation des Verbandes auseinandersetzen. Die Lage des Tourismusverbandes ist durch die Zurverfügungstellung des gesamten Subventionsbetrages entspannter geworden. Wenn sie dem beistimmen, kann die Tätigkeit einigermaßen im gewohnten Umfang aufrechterhalten werden. Ich glaube, den ganzen Hergang mit den veränderten Beitragsaufkommen muß ich nicht noch einmal schildern, das ist bereits hinreichend geschehen. Die nötigen Eingaben beim Land für die Veränderung der Zonen und die Veränderung der Beitragsstufentabellen sind auf dem Weg. Mancher Weg dauert etwas länger, die Erledigung haben wir noch nicht. Wir haben nur eine Zusage, daß es positiv erledigt werden soll. Das kann uns insofern beruhigen, daß wir mit großer Wahrscheinlichkeit ab dem Jahr 1997 nicht immer wieder die Nothelfer spielen müssen. So weit wäre es in der strategischen Finanzplanung und der Überlegung dazu. Ich bitte sie um Zustimmung zu meinem ersten Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Zagler, ich erteile es ihm.

Danke für die Worterteilung. Am 28. November vergangenen Jahres tagte die Tourismuskommission und war die Vollversammlung anberaumt, in welcher der dortige Finanzreferent - nämlich ich selbst - einen Budgetantrag für den Tourismusverband abgeben sollte, der unfinanzierbar war. Es hat sowohl die Kommission als auch der Vorstand als auch die Vollversammlung letztendlich zur Kenntnis nehmen müssen, daß ehrenamtliche Funktionäre die Verantwortung für die Finanzgebarung nicht übernehmen wollten und konnten. Der Tourismusverband stand vor dem Aus. Deswegen wurde auch diese Vollversammlung abgebrochen und Verhandlungen mit verschiedenen Gruppen begonnen. Die eine Möglichkeit, den Tourismusverband finanziell auf gesündere Beine zu stellen ist, den Tourismus anzukurbeln, um aus seinen Erträgen und Abgaben mehr Geld für den Verband zu bekommen. Wer die Szene verfolgt, die schwierige Zeit des Tourismus in Österreich durch billige Fernreiseangebote, durch Liraabwertung und andere Dinge, weiß, daß ein Halten der Zahlen schon ein Traumergebnis ist. Steyr konnte im letzten Jahr sogar ein geringes Nüchternungsplus und ein deutliches Ankunftsplus erzielen. Es war also klar, von dort war nicht der Brocken Geld zu erwarten, der dem Tourismusverband die Möglichkeit zum Weiterarbeiten gab. Die nächste Gruppe sind die Beitragszahler in diesem Tourismusverband, das heißt die Interessenten aus der Wirtschaft, die einerseits direkten, andererseits indirekten Nutzen aus dem Tourismusgewerbe ziehen. Die Beitragszahler - das ist durch das Landestourismusgesetz so geregelt - sind in Zonen eingeteilt, die Städte und Orte sind in Zonenstufen eingeteilt und schließlich auch die Branchen. So hat es sich ergeben, daß Steyr beispielsweise schlechter an Beiträgen durch die Wirtschaft gestellt ist als die Stadt Traun, von der man wirklich nicht sagen kann, daß sie ein touristischer Reißer wäre. So ist also die Überlegung angestanden, wie man die Wirtschaft dazu bringen kann, mehr Beiträge zu zahlen. Einer der Wege, den dieses Gesetz gibt, ist eine freiwillige Beitragserhöhung. Man staunt, daß die Wirtschaft mit deutlicher Mehrheit dieser freiwilligen Steuererhöhung auf 3 Jahre zugestimmt hat. Es war schließlich eine Versammlung am 14. März in Anwesenheit des Tourismusreferenten Dr. Leitl, unseres Bürgermeisters Leithenmayr und der anderen am Tourismus Interessierten in Steyr. Diesmal sage ich wieder Lei-Lei, aber nicht, um einen zu schelten, sondern um beide zu loben, die dort - und ich spreche auch gleich für den nächsten Antrag, damit ich mich nicht zweimal zu Wort melden muß - eine Verlustabdeckung beschlossen haben, weil die Verlustvorträge ansonsten auf Dauer auch immer nur vorgetragen hätten werden können, aber nie finanziert werden könnten. Es ist also gelungen, die Tourismusinteressenten zu überzeugen, daß es mit dem Fremdenverkehr und dem Tourismusverband weitergehen kann. Warum ich ein wenig ausführlicher rede? Vor allem deswegen, weil es im Jahr 1992 unsere Gemeinderatskollegin Bauer gewesen ist, die hier im Gemeinderat und auch im Freiheitlichen Gemeindekurier gemeint hat, der Tourismusverband koste zuviel Geld und leiste nichts. Ich hoffe, in den letzten Jahren hat sich das Bewußtsein nicht nur bei ihnen verbessert und geändert, Frau Kollegin, sondern es ist uns auch gelungen, in der Öffentlichkeit den Tourismusverband besser darzustellen. Was geschieht mit dem Budget des Tourismusverbandes, zu dem die Stadt Steyr einen beträchtlichen Beitrag leistet? Wir haben in unserer Budgetklausur einen bedingten Beschluß gefaßt, das muß man dazusagen. Wir haben gesagt, wir dotieren den Tourismusverband höher unter der Voraussetzung, daß auch die Wirtschaft ihre Beiträge erhöht und damit den Tourismusverband sanieren kann. Was macht man? Es gibt Personalkosten, um die Büroarbeit zu tätigen, um die Werbematerialien zu versenden, um Packages vorzubereiten. Aber ein großer Teil der Gelder geht auf, um bei Workshops in Zielgebieten im Ausland Autobusunternehmer und Reiseveranstalter anzusprechen, nach Steyr zu kommen. Ich habe vom Herrn Dr. Dimböck, dem Pfarrer von Christkindl, ein Memorandum bekommen - ich nehme an, daß es die Gemeinderäte bzw. zumindest die Fraktionen bekommen haben -, wo er in seiner Sorge um seine Pfarre Christkindl eigentlich bedauert, daß der Tourismus in diesem Ausmaß zunimmt. Das ist eine Folge unserer Arbeit. Er begründet damit manche Maßnahmen, die die Stadt Steyr setzen soll, um den Tourismusstrom dort besser zu bewerkstelligen. Das ist ein Lohn für die Arbeit, auf Workshops, Messen und durch Journalistenbetreuung unsere Stadt besser in das Bewußtsein zu bringen. Was wir noch machen, wofür ebenfalls Geld benötigt wird, ist, in bestimmten Zielgruppenorientierten Verbänden dabeizusein. Da ist z. B. der Städtering Linz - Wels - Steyr, der im Zusammenwirken Aktionen im Ausland und auch im Inland startet, um Werbung für unsere drei Städte zu machen. Wir sind im

Eisenstraßenverein tätig und im Romantikstraßenverband, der den Reiestrom zwischen Salzburg und Wien nicht über die Autobahn über Linz an Steyr vorbeibringt, sondern durch das Salzkammergut über Steyr in die Wachau nach Wien in einer S-förmigen Linie durchführen soll. Eines der wichtigsten touristischen Ziele, die wir haben, ist der Verband der historischen Städte Österreichs, in dem sich kleine, historische Städte zusammenschließen, um bewußt ein Kulturbesucherpublikum anzusprechen. Letztendlich haben wir auch noch das Convention-Büro, das für Tagungsveranstaltungen und Kongresse dient. Dazu ein - so hoffe ich, ist der Eindruck - gelungener Stadtprospekt mit einem Flyer dazu, der bereits in englischer Sprache mutiert ist, eine französische und italienische Mutation ist in Vorbereitung. Das hat ebenfalls rund eine halbe Million Schilling gekostet. Ich glaube, wenn der Tourismusverband in dieser Art und Weise weitergeführt wird, kann er sich klarerweise auch positiv weiterentwickeln. Und mit Unterstützung der Stadt und der Wirtschaft haben wir jenes weitere Standbein, das Steyr so dringend braucht, wirklich gut abgesetzt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals für diesen Beitrag. Weiters zu Wort gemeldet ist der Kollege Gabath, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte den Nicht-Faschingsgruß unseres Finanzreferenten etwas ergänzen. Lei-Lei gefällt mir, aber es ist etwas zu kurz. In zwei Punkten gehört ein Schlo hintendran, Lei-Lei-Schlo. Mein Freund Othmar Schloßgangl war sicher sehr wesentlich beteiligt, daß beim Tourismusverband vom Land mehr Geld gekommen ist. Auch bei der Gründung der Fachhochschule hat er sehr mitgeholfen, das eine Lei mit zu überstimmen oder mitzuüberzeugen, daß die Fachhochschule für Steyr wichtig ist. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das glaube ich auch. Noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. Leopold PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin! Nachdem beide Anträge schon in einem diskutiert werden, werde ich auch zu beiden ganz kurz Stellung nehmen. Ich kann - bis auf das Letztgenannte, bevor wir jetzt auf die gegenseitige Beweihräucherung losgehen - alles unterstützen, was hier gesagt worden ist. Zwei Anmerkungen möchte ich machen. Die erste: Ich glaube, diesen Tourismus, den Herr Prof. Dimböck meint, sollten wir nicht besonders forcieren - das darf im Gemeinderat nicht unwidersprochen bleiben, deswegen habe ich mich gemeldet -, wenn wir den Kurztagestourismus, den Ausflügler, der maximal über zwei Stunden in einer Zahl nach Steyr hereinkommt, die wir nicht mehr bewältigen können. Da hat weder die Stadt noch die Umgebung etwas davon und auch der Tourist ist nicht sehr zufrieden, weil wir die Infrastruktur für solche Anstürme - die kommen alle mit Privat-PKW's - nicht schaffen. Unser Ziel sollte der Qualitäts- und

der Geschäftstourismus sein. Jene, die den ganzen Tag kommen oder möglicherweise auch in Steyr übernachten. Diese Probleme haben wir nicht nur zur Christkindlzeit in Christkindl, sondern auch beim Martinimarkt, wo die Infrastruktur in der Umgebung sehr schwer managebar ist. Das ist das eine, was ich dazu sagen wollte. Das zweite ist: Ich würde beiden Anträgen gerne voll - mit ganzem Herzen - zustimmen. Aber beim zweiten fällt es mir schwer. Denn hier steht das kleine Wörtchen „Kreditüberschreitung“. Wir haben in der Klausursitzung ausgemacht, daß Kreditüberschreitung nur als allerletzte Ausnahme bei Sonderprojekten oder großen Vorhaben, wo wir uns einig sind, zum Tragen kommen. Mit ist nicht bekannt, daß hier alle Möglichkeiten einer Kreditübertragung ausgenützt worden wären. Ich glaube das nicht. Auch glaube ich, daß die Kosten bekannt waren, weil es ein Verlustvortrag war. Es waren sicherlich die Verhandlungen mit dem Land noch nicht abgeschlossen, man konnte die genaue Summe nicht sagen, aber es war auch im Dezember 1994 bereits abzuschätzen, daß hier Kosten auf uns zukommen werden. Aufgrund des nicht gemachten Versuches einer Kreditübertragung werden wir uns hier der Stimme enthalten, möchten aber anmerken: Tourismus in dieser Form, ja!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Schlußwort bitte, Herr Referent.

STADTRAT KARL HOLUB:

Jetzt bin ich wirklich sehr beeindruckt von der Stimmenthaltung, die angekündigt wird. Wenn man in eine Sanierungssituation von einem Wirtschaftszweig kommt, von dem der Gemeinderat unumstritten sagt, daß er die notwendige zusätzliche Sicherheit für unsere Bevölkerung bieten kann, daß ich mich da auf das Justament setze, weil es nicht budgetiert ist, da fehlt mir die geistige Größe dazu! Das muß ich ehrlich zugeben. Ich bin beeindruckt. Die Problematik rund um die Pfarrkirche Christkindl ist aber wirklich sehr ernsthaft, weil es uns vor eine Situation stellt, die wir so nicht brauchen können, weder der Tourismus, noch die Stadt, noch die Gäste, noch die Pfarre. Christkindl wird in der Adventzeit in wahrsten Sinne des Wortes gestürmt. Das Problem ist nicht nur der Parkplatz für die Individualfahrzeuge, das Problem ist nicht nur die Menge der Autobusse, die sich praktisch anstellen, das Problem ist nicht nur die Disziplinlosigkeit der einzelnen Verkehrsteilnehmer, das Problem ist nicht nur das Vorhandensein von sanitären Hilfsmitteln, das Problem ist in Wahrheit die mangelnde Generalorganisation für eines der größten Projekte, die es überhaupt gibt. Wir haben keinen größeren Publikumsmagneten in Steyr als Christkindl in der Adventzeit, das wissen wir. Anhand der Besucherzahlen kann das jeder ständig feststellen. Das war Punkt 1. Punkt 2: Die Kirche beruft sich darauf, daß sie selber nicht der Verursacher des Anstroms ist, daß sie also aus eigener Finanzkraft - weil sie nicht Nutznießer ist daraus - auch nicht die nötige z. B. sanitäre Infrastruktur zur Verfügung stellen kann. Punkt 3 geht ins religiöse Empfinden und darum habe ich das mit der Disziplin gesagt. Menschen, die in Mengen in kirchliche Orte hereinkommen, lassen die Ehrfurcht sehr häufig vermissen, die kirchliche Orte - ganz egal welcher Konfession - auch tatsächlich verdienen sollten. Das dritte können wir vom Gemeinderat aus nicht verändern. Das zweite müssen wir - glaube ich - verändern, nämlich das Zurverfügungstellen von sanitären Einrichtungen. Das erste können wir vom Gemeinderat - glaube ich - auch verändern, nämlich das Organisieren und das rechtzeitige Vorbereiten von Verkehrsleiteinrichtungen und Ersatzverkehrseinrichtungen für den Individualverkehr. Denn eines, meine Damen und Herren, muß uns schon klar sein: Weihnachten ist das nächste Mal heuer, ziemlich genau am 24. Dezember. Und wann die Adventzeit beginnt, kann man auch am Kalender ablesen. Wenn wir dann wieder so dastehen und sagen, „Jetzt sind aber viele Leute da. Damit werden wir nicht fertig!“, dann haben wir die Problematik ein volles Jahr lang verschlafen. Es hat zwar - soviel ich weiß - einen Lokalausgleich und eine Begehung gegeben, aber ich denke, daß hier wirklich der Schweiß der

Edelsten vergossen werden muß, bevor die nächste Krise hereinkommt, der Gast uns womöglich meidet und die Kirche womöglich Blockaden errichtet. Alles das sollten wir vermeiden, das hat aber mit den Anträgen nichts zu tun, die jetzt am Tisch liegen. Das ergänzt das Ganze nur in Zukunft und hilft uns auch, auf die Gegenwart zu schauen, nämlich auf unsere Aufgabe aus der Gegenwart, welche ist, die organisatorischen Voraussetzungen zu treffen. Ich bedanke mich beim Kollegen Zagler für die Erläuterung des Herganges. Ich möchte auch dem Walter Gabath sagen, Schlo-Lei-Lei oder Lei-Lei-Schlo war ein guter Gag, gratulieren. Ho-Lei-Lei-Schlo, vielleicht geht das auch noch. Wenn wir jetzt die Abkürzungen von 36 Gemeinderäten und einem nicht-gemeinderätlichen Stadtrat alle zusammensetzen, wird das ein ganz nettes Stück. Ich bedanke mich bei allen, die dazu beigetragen haben, daß der Tourismusverband aus seiner Altfinanzierungslast herausgefunden hat. Es war wirklich eine Sitzung, die in schöner Einigkeit zu einem raschen Entschluß geführt hat. Ich bitte die Kollegen von der Freiheitlichen Fraktion wirklich, noch einmal über den von Dr. Pfeil vorgegebenen Schatten hinwegzusteigen und doch JA zu sagen zu der Förderung für den Tourismusverband, die im zweiten Antrag beinhaltet ist. Bitte seht einmal darüber hinweg, daß diese Notfinanzierung nicht im voraus planbar war und sagt JA zum Tourismus. Enthaltet euch für diesen wichtigen Wirtschaftszweig nicht der Stimme! Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Gegenstimmen, Stimmenthaltung? Keine. Großartig, Kompliment, einstimmig!

STADTRAT KARL HOLUB:

Antrag 15 lautet:

15) Fin-94/95 Tourismusverband Steyr; Ansuchen um Gewährung einer Förderung zur Abdeckung des Verlustvortrages 1994.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 24. April 1995 wird dem Tourismusverband Steyr eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Förderung in Höhe von 162.928,-- Schilling gewährt. Da es sich in diesem Fall um eine 50 %ige Abdeckung des Verlustvortrages handelt, kommt die 10 %ige Kreditsperre nicht zur Anwendung.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 163.000,-- bei der VAST. 1/7710/757000.0 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zum Punkt 15, weil es auch wieder Tourismus ist und angesprochen wurde, Herr Dr. Pfeil bitte einige Bemerkungen bevor wir abstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Damen und Herren des Gemeinderates mögen mir verzeihen, ich muß mich zu Wort melden, weil gerade zum Verkehr - vielleicht ist das am Herrn Holub vorbeigegangen - haben wir x Sitzungen und Besprechungen gehabt und haben in den letzten zwei Jahren den Verkehr in Christkindl im Griff. Wir haben jetzt den nächsten Punkt Herr Holub, es geht nicht mehr um Tourismus! Wir haben versucht, in den vergangenen Jahren den Individualverkehr umzuleiten auf Autobusse, die kostenlos von Seiten der Stadt zur Verfügung gestellt worden sind. Das hat nicht funktioniert. Es wurde der Trend zum motorisierten Individualverkehr, zum Ausflugsverkehr größer, wo man halt am Sonntag oder Feiertags Nachmittag schnell nach Christkindl fährt. Da fahren eben die Leute bis zum Zielort. Erst wenn sie dort keinen Platz bekommen, fahren sie in der Gegend herum und erst dann wird der nächstliegende Parkplatz angefahren. So hat sich in den letzten zwei Jahren in dankenswerter Weise mit der Feuerwehr Christkindl, mit einigen Grundeigentümern und auch mit der Pfarre eine Situation herauskristallisiert, die auch letztes Jahr schon sehr gut geklappt hat. Es wurden von Grundeigentümern Parkplätze weitgehend kostenlos zur Verfügung gestellt, es braucht nur der eventuelle Flurschaden bei Schlechtwetter gerichtet zu werden. Ansonsten sind diese Grundstücke von den Christkindlern kostenlos zur Verfügung gestellt worden. Die Feuerwehr regelt dort den Verkehr. Auch mit dem Einbahnringssystem zu den Feiertagen funktioniert das ganz gut. Der untere Parkplatz ist ja für den Individualverkehr gesperrt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Das ist weitgehend zutreffend. Allerdings an einigen Wochenenden ist diese Einbahnregelung, die eine ganz wichtige Voraussetzung für das Funktionieren ist, offenbar nicht praktikierbar. Das sagt zumindest der Herr Pfarrer. Es war zwar ausgemacht und angeordnet, aber es ist in der Praxis nicht geschehen. Im übrigen habe ich natürlich auch mit dem Herrn Pfarrer Dimböck über das Memorandum gesprochen. Die Bedürfnisprobleme, die dort entstehen, sind sehr schwierig für die Betroffenen, für Grund und Boden und Kirche, für Ästhetik usw. Daher werden wir nicht in der Schnelligkeit und schon gar nicht ohne Kreditüberschreitung in den Hang oder sonst wo eine Bedürfniskaverne hineinbauen können. Es wird also eher das Provisorium greifen müssen, ein solches könnten wir mit einem Zylinder sofort machen. Ich habe schon ein entsprechendes Schreiben vorbereitet und mit dem Herrn Pfarrer beredet, in der Adventszeit müssen es mindestens zwei sein. Wenn das auch die Zustimmung des hohen Gemeinderates finden würde, könnten wir diesen Bereich abhaken. Ein anderes Problem der Kirche, nämlich eine Subvention für Kirchenführungen zu geben, wird etwas schwieriger sein, da müssen wir noch intensive Beratungen durchführen. Da sehe ich nicht so leicht die Möglichkeit, aber man kommt den Dingen schon näher. Haben wir noch eine Wortmeldung zu Punkt 15? Bitte sehr Herr Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, hoher Gemeinderat! Erlauben sie mir nur kurz zwei Punkte zum Tourismus. Wir haben schon von meinen Vorrednern gehört, daß es auch wichtig ist, die Kundenschicht anzusprechen, die in der Stadt übernachten will. Es gibt ein paar ausgezeichnete Hotels in der Stadt, es gibt aber auch ein Hotel, das im Besitz der Stadt ist, und das - glaube ich - nicht sehr zur Werbung beiträgt, Touristen einzuladen, dort zu übernachten. Ich frage den Herrn Bürgermeister, was er gedenkt bei dieser Einrichtung zu verbessern, um noch mehr Touristen in unsere Stadt zu bringen. Der zweite Punkt sind - ich habe es heute in der ÖVP-Zeitung gelesen, der junge Obmann erwähnt es - die sanitären Einrichtungen der Stadt. Ich habe sie auch schon einmal erwähnt. Auch das - glaube ich - gehört verbessert, damit sich die Touristen ab und zu auch erleichtern können, wenn sie bei uns sind. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke Herr Kollege. Zu den Bedürfnisanstalten kann ich berichten, daß wir jüngst eine in Münichholz fertig gestellt haben. Ich darf sie einladen, sie einmal zu besichtigen. Ich bin aber durchaus ihrer Meinung. Gut, das mag einmal lustig sein. Aber es ist nicht lustig, wenn diese Einrichtungen nicht vorhanden sind. Wir hatten schon einmal mehr. Im Bereich Wieserfeldplatz sehe ich auch diese Notwendigkeit. Ich habe mich schon sehr bemüht, aber es ist nicht einfach. Sie sind auch gar nicht billig, habe ich festgestellt, trotz aller Möglichkeiten, die wir hier ausgeschöpft haben. Das zum einen. Das zweite war die Sache mit dem Hotel. Hotel ist hier ja eigentlich eine Koseform. Ich bin nicht der Meinung, daß das bleiben soll. Ich habe auch schon einmal bei einer Begehung dem Herrn, der das in Pacht hat, gesagt, daß wir es auslaufen lassen werden. Wir haben über die Bibliothek geredet und sind eher der Auffassung, daß sie dort bleiben soll, daß aber natürlich ein Sanierungskonzept geschaffen werden muß. Es muß dort natürlich einiges geschehen und man wird auch Räume im ersten Obergeschoß brauchen. Das Hotel werden wir als Stadt sicher auf die Dauer nicht behalten. Es gibt auch keine wirtschafts-politische Überlegung dazu, die Sinn machen würde, denn es ist noch dazu ein Defizitbetrieb. Das wollte ich noch gesagt haben. Wenn keine weitere Wortmeldung ist, würde ich nunmehr über den Punkt 15 abstimmen lassen. Wer stimmt dem Antrag zu? Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung? 2 Stimmenthaltungen (F). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich bitte euch, 10 Minuten Rauchpause zu akzeptieren. Die Sitzung ist unterbrochen.

PAUSE VON 18.20 BIS 18.30 UHR.

Gemeinderat Klaus Jansky verläßt um 18.30 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Herrschaften, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Als nächster Berichterstatter Herr Stadtrat Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wie sie wissen, wurde das Budget für das Asphaltierungsprogramm etwas gekürzt. Es sollte ursprünglich nur eine Million betragen, es ist gelungen, es in den Budgetverhandlungen auf zwei Millionen aufzustocken, der Wunsch wäre allerdings 2.250.000 Schilling gewesen. Wir mußten daher etwas einsparen, und zwar bei der Pointnerstraße die Straßenverbreiterung und beim Hofergraben die Zufahrt Sandmayrgründe. Damit kommen wir auf die vorgesehenen zwei Millionen Schilling. Der Antrag lautet:

16) BauStr-2/95 Asphaltierungsprogramm 1995; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 17. Mai 1995 wird dem reduzierten Umfang des Asphaltierungsprogrammes 1995 zugestimmt und der Auftrag zur Durchführung der hierfür erforderlichen Arbeiten an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten in Höhe von

S 2 Millionen incl. MWSt übertragen. Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von S 2.000.000,-- incl. MWSt bei VASt. 5/6120/002000.7 freigegeben.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTERERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke sehr Herr Stadtrat Schloßgangl, das war super. Nächster Berichterstatter ist Herr Stadtrat Spanring.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem heutigen Antrag geht es um etwas eher Erfreuliches, nämlich eine Unterschreitung der Auftragssumme, was ja sehr selten vorkommt. Der Antrag lautet:

17) Bau6-8380/92 Mülldeponie Entgasungsanlage; Deponiegasreinigungsanlage; Ansuchen um Zustimmung zur Vertragsabänderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 16. 9. 1993 wurde die Errichtung der Deponiegasreinigungsstation an die Fa. A.S.A. Süd GesmbH, Graz, in Höhe von S 3.277.831,82 excl. USt vergeben. Entsprechend dem Amtsbericht des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 11. 5. 1995 wird den im Zusammenhang mit der Errichtung und Inbetriebnahme erforderlich gewordenen zusätzlichen Leistungen und Vertragsänderungen wie folgt zugestimmt:

Vergabe Nachtragsanbot Pos. 1-12, Auftragsänderung in Höhe von

S 405.949,19 excl. USt.

Zustimmung zum Preisnachlaß wegen Nichteinhaltung eines vertraglich festgelegten Parameterwertes für die Gasaufkonzentration in Höhe von

S 491.674,77 excl. USt

Unterschreitung der Auftragssumme

S 85.725,58 excl. USt.

Zusätzliche Mittel sind daher nicht erforderlich.

Ich bitte um Zustimmung zur Vertragsänderung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich bedanke mich. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Berichterstatter ist der Herr Kollege Tatzreiter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um den Ankauf der Grundstücke in der Kaserngasse 2 - 4 durch die GWG. Das ehemalige Barackengebäude wurde abgerissen, diese Grundfläche ist nun frei. Die GWG möchte sie ankaufen. Der Antrag lautet:

18) ÖAG-25/95 Verkauf der Grundstücke 1224/10, .1357/2 und .1357/4, alle KG Steyr, an die GWG der Stadt Steyr GmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 9. Mai 1995 wird dem Verkauf der Grundstücke 1224/10, .1357/2 und .1357/4, alle KG Steyr, mit Ausnahme der in der Natur ersichtlichen öffentlichen Zufahrt und des Radweges, welche in das öffentliche Gut übertragen werden, an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH zum Kaufpreis von S 550.000,-- zur Errichtung eines Pensionistenwohnhauses mit 48 Wohneinheiten zugestimmt. Die Bezahlung des Kaufpreises hat bei Vertragsunterfertigung zu erfolgen. Die Kosten der Vertragserrichtung sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Steuern, Abgaben und Gebühren, einschließlich der Kosten der notwendigen Vermessung sind von der Wohnungsgesellschaft zu tragen.

Ich darf dazusagen, ich habe mich gestern bei der Wohnbauenquête noch einmal vergewissert, wir haben dort die fixe Zusage für die Förderung für die GWG betreffend diese Errichtung der Pensionistenwohnungen für das nächste Jahr bzw. für heuer, wenn es noch notwendig wird. Ich darf um die Zustimmung bitten.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Frau Vizebürgermeisterin Mach, ich erteile es ihr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Der Verkauf von Grundstücken zu geförderten Preisen entspricht dem Grundsatzbeschluß des Gemeinderates vom 20. 9. 1983. In diesem Grundsatzbeschluß wurden verschiedene Förderungsmaßnahmen angeführt, so unter anderem die Beistellung eines Baugrundes kostenlos oder zu einem Anerkennungspreis, der Verzicht auf Anliegeleistungen insbesondere der Kanalanschlußgebühr, die Übernahme von Zwischenfinanzierungszinsen, falls die Wohnbauförderung verzögert zuzahlt und - das finde ich ganz wichtig - der Ausbau von Außenanlagen, deren großzügigere Gestaltung den älteren Menschen zugute kommt und deren Kosten über die von der Wohnbauförderung für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Mittel hinausgehen. Diesen Förderungen liegt der Gedanke zugrunde, daß unseren älteren Mitbürgerinnen

und Mitbürgern besonders geeignete und gut gestaltete Wohnungen zu einem akzeptablen Quadratmeterpreis zur Verfügung gestellt werden sollen. Neben einer geeigneten und gut ausgestatteten Wohnung sind aber auch die sozialen Dienste für das Wohlbefinden unserer älteren Menschen unbedingt notwendig, so zum Beispiel das Essen auf Rädern, die mobile Heim- und Hauskrankenpflege. Die Durchführung dieser sozialen Dienste mildert auch den Druck auf ein Pflegebett im APT, dieser ist ohnedies groß genug. Die Förderung der sozialen Dienste, egal welche dies sind, ist damit ebenso gerechtfertigt wie wünschenswert wie die Förderung von Pensionistenwohnungen durch einen gestützten Grundpreis. Ich ersuche, dies bei derartigen Anträgen auch zu berücksichtigen.

Gemeinderat Mag. Harald Philipps verläßt um 18.38 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wird ein Schlußwort gewünscht? Auch nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung gibt es auch keine. Der Antrag ist daher einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Ankauf eines Gefahrguttank - Wechselcontainers für die Freiwillige Feuerwehr. Diese benötigt ihn bei notwendigen Einsätzen, Unfällen usw. Der Antrag lautet:

19) FW-6/95 Ankauf eines Gefahrguttank - Wechselcontainers für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 25. 4. 1995 wird dem Ankauf eines Gefahrguttank - Wechselcontainers für die Freiwillige Feuerwehr Steyr zum Preis von S 1.352.400,-- incl. USt zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 1.352.400,-- bei der VSt. 5/1630/040000.4 freigegeben.

Ich bitte diesen Betrag, der im Budget vorgesehen ist, freizugeben. Ich darf auch anmerken, daß bei den Preisverhandlungen in Anwesenheit des Kontrollamtes im Zuge des geschickten Verhandelns noch S 61.200,-- eingespart werden konnten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um das Objekt in der Wagnerstraße 2 - 4, ehemaliges Hotel Münchenholz. Es geht um den Nachtrag zum Auftrag vom 14. 6. 1993 an den Baumeister Rubenzucker, die weitere Fortsetzung zu den günstigen Konditionen, wenn ich das auch im Zusammenhang mit den Überlegungen des Wohnbaus, den günstigen Preis weiter fortzusetzen, so sagen darf. Wie wir wissen, sollen dort Vereine einsiedeln bzw. möchte sich die Polizei etablieren. Es ist mit einigen schon etwas vereinbart - ich darf es vielleicht ganz kurz anmerken: Die Bundespolizeidirektion Steyr mit fast 232 m², Frau Brigitte Mattes - vormals Löbl - mit fast 74 m² für ein Textilgeschäft im Erdgeschoß, weiters die TVN Fotogruppe Steyr mit 52 m², der Trachtenverein Steyr mit fast 44 m², Herr Dr. Schodermayr mit einer Arztpraxis mit 164 m², Verein Frauenstiftung mit 227 m² und ein Frisiersalon. Der besteht da drinnen schon, wir müssen aber etwas umbauen, weil es um einen Ausgang geht. Das heißt, wir haben auch dafür Kosten zu tragen. Weiters haben wir die Gesellschaft für psychische und soziale Gesundheit, da geht es um Wohnungen, die ebenfalls in diesem Wohntrakt sind. Aber zuerst darf ich die Vereine nennen bzw. die Polizei, die uns dort die Baukosten deswegen einigermaßen erhöht, weil eine schußsichere Verglasung installiert werden soll. Diese Verglasung wird auch nicht auf einmal zurückbezahlt werden, sondern über die erhöhte Miete beim monatlichen Mietpreis dann wieder refundiert. Der Antrag lautet:

20) Bau5-3267/92 Objekt Wagnerstraße 2 - 4 (ehem. Hotel Münchenholz); Nachtrag zum Auftrag vom 14. 6. 1993 an Bmst. Ruben- zucker in bezug auf die Adaptierung des Gebäudes für Zwecke der Infrastruktur; Vergabe der automatischen Heizungsüberwachung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Hochbau vom 19. 5. 1995 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten zur Adaptierung des Gebäudes für Zwecke der Infrastruktur wie folgt zugestimmt:

Das Atelier Rubenzucker, Steyr/St. Ulrich, wird mit der Abwicklung der Gesamtarbeiten in einem Kostenrahmen von netto S 15.266.857,-- federführend betraut,

die Fa. AEC-GesmbH & Co KG, Großraming, mit der Installation einer DDC-Station zum Preis von netto S 187.945,15 beauftragt, wobei der angeführte Kostenteilungsschlüssel zum Tragen kommt.

Zu diesem Zweck werden die im Voranschlag 1995 vorgesehenen Mittel in Höhe von S 12.000.000,- - bei VSt. 5/8460/010100.3 freigegeben.

Ich bitte sie, diesen Betrag freizugeben und die Bautätigkeit zügig voranzutreiben, um das sobald als möglich nützen zu können und den Geldrückfluß wieder machbar zu gestalten. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Hotel Münchenholz: Ich bin dankbar, Herr Stadtrat, daß sie wenigstens teilweise auf meine Fragen im Stadtsenat eingegangen

sind. Ich habe dort die Frage gestellt, welche Vereine vorgesehen sind, dort hineinzukommen. Unter welchen Bedingungen das passiert, haben sie ausgelassen. Zahlen die Miete, Betriebskosten? Wird das als Subvention ausgewiesen, wie es gehört, oder wird das als Dauersubvention kommen? Insbesondere die Betriebskosten in dem Bereich werden nicht ganz unerheblich sein, denn es sind hohe Räume. Da hätte ich gerne noch ein paar Informationen. Das Wesentliche dabei ist aber, was dann letztendlich die Endgesamtbausumme des Hotel Münichholz ist. Ich bitte, das bekanntzugeben. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Das ist nicht mehr der Fall. Kollege Tatzreiter bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Vielleicht noch ein paar Worte zum Bauvolumen bzw. den Kosten insgesamt. Aber es geht ja um die Baukosten, nicht um die Mietkosten. Es wird versucht, einen Mietpreis in der Höhe von etwa 70 Schilling pro Quadratmeter zu erreichen, so wie beim Wohnbau. Darum sind wir so interessiert daran, daß es in einem durchgezogen wird, um die günstige Position des Mietpreises zu haben bzw. den Quadratmeterpreis dann zur Miete etwa mit 70 Schilling brutto festlegen zu können. Das ist der gleiche Preis, wie bei den Wohnungen. Es sind zwei Projekte, ich habe es das letzte Mal in der Stadtensatssitzung schon gesagt, das eine ist mit der Wohnbauförderung, das andere mit der Altbausanierung bzw. mit der Revitalisierung. Natürlich muß da die Gemeinde vorgreifen. Das ist überhaupt keine Frage! Ich darf vielleicht auch noch mit einfügen, daß der Umbau des Salon Indrich uns natürlich veranlaßt, diese Möglichkeiten zu schaffen, weil wir dann dort einen gemeinsamen bzw. einen weiteren Aufgang haben, der mit dem Salon Indrich überhaupt nichts zu tun gehabt hätte. Aber wir müssen das tun, weil wir dort hinten hinauf noch die Wohnungen machen. Gerade im Zusammenhang mit dem Pro mente infirmis müssen wir dort den Aufgang gestalten. Ich bitte, in diesem Zusammenhang auch den Betrag von S 890.000,-- für diese Arbeiten mitzuberechnen. Das ist aber im Gesamtpreis mit drinnen. Ich darf das so anmerken. Die Polizei hat Mehrkosten von insgesamt S 800.000,--. Das wird aber dann im erhöhten Mietpreis berücksichtigt. Die Gesamtausführung kostet S 38.039.000,--.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Bereich des Wohnbaus umfaßt 22 Millionen Schilling. Das ist ein Projekt wie jeder andere Wohnbau, wird über die Wohnbauförderung gefördert und läuft über die Mieten zurück. Wir werden etwa 15 Millionen Schilling für die zwei Untergeschoße haben, wobei hier kommerzielle Verwendung sein wird, wenn dort ein Geschäft hineinkommt. Da ist die Polizei, es wird der Dr. Schodermayr in diese Kategorie einzuordnen sein, es wird die Frauenstiftung geben, weiters gibt es den Trachtenverein. bei pro mente infirmis weiß ich es nicht. Aber es ist eine ganze Reihe - Fotogruppe usw. -, die in diesem Bereich hineinkommen sollen, wobei wir das Thema schon im Stadtensat erörtert haben. Wahrscheinlich wird man maximal eine auf Betriebskosten basierende Miete verlangen können. Die Stadt wird sicherlich für die Möglichkeit, daß im Zentrum des großen Stadtteils Münichholz auch kulturelles Geschehen und Serviceleistungen angeboten werden, einen gewissen Beitrag leisten müssen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ich möchte noch etwas sagen, ich bin nicht ganz fertig geworden. Der derzeitige Kostensatz ist mit etwa 11.300 Schilling multipliziert. Das heißt, wir haben einen relativ günstigen Quadratmeterpreis dadurch erreicht, daß wir eine gemeinsame Berechnung durchgeführt haben und jetzt im Anschluß durch die gleiche Bauleistung bzw. die gleichen Firmen den gleichen Preis halten können für die weitere Fortsetzung.

STADTRAT KARL HOLUB:

Da muß ich kurz zwischenrufen! Gibt es irgendwelche Richtlinien, nach denen diese Nicht-Wohnräume vergeben werden?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

ich bin der Meinung, der Stadtsenat soll das beschließen. Bis jetzt gibt es noch keine Richtlinien. Es gibt auch keine Verträge, nur Absprachen. Das einzige, das wirklich zugesagt wurde, war vor Jahren schon die Frauenstiftung, der Dr. Schodermayr und die Polizei. Der Trachtenverein und die anderen haben Interesse. Ich habe ihnen gesagt, ich werde sie dabei unterstützen, aber es muß im Stadtsenat beschlossen werden. So ist der Vorgang und das Procedere geplant. Gut, danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? 2 Stimmenthaltungen (F). Danke vielmals, der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Berichterstatter ist Herr Kollege Zagler. Ich danke dem Herrn Tatzreiter herzlich.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Punkt 21, sehr geehrte Damen und Herren, behandelt eine Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung unserer Mitarbeiter, aber auch der Pensionisten. Die Gewerkschaft hat eine Kostenaufstellung aus dem Jahr 1994 vorgelegt, aus der hervorgeht, daß sie 1.882.000 Schilling an Personalbetreuungsausgaben getätigt hat, wovon ein erheblicher Betrag aus den Beiträgen der Mitarbeiter stammt und ein ebenfalls namhafter Betrag von 500.000 Schilling aus einer Subvention durch die Stadt Steyr gewährt werden soll. Diese 500.000 Schilling werden auch für 1995 erbeten. Nach dem Beschluß, die Subventionen der Kreditsperre zu unterziehen, würde das bedeuten, 450.000 Schilling zur Auszahlung zu bringen. Der Antrag lautet:

21) Fin-115/95 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 5. Mai 1995 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuung im Jahr 1995 eine Subvention von insgesamt S 500.000,-- gewährt. Diese Subvention wird dergestalt zur Auszahlung gebracht, daß die 1. Rate nach Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr und die 2. Rate zur Monatsmitte August 1995 zur Auszahlung gelangen soll.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 500.000,-- bei der VSt. 1/0940/757000.0

freigegeben.

Aufgrund der vom Gemeinderat der Stadt Steyr in seiner Sitzung vom 21. 12. 1994 beschlossenen 10 %igen Kreditsperre gelangt hievon jedoch lediglich ein Betrag von S 450.000,-- zur Auszahlung.

Ich ersuche sie, dieser Subvention zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Außer Protokoll: Zur Personalbetreuung gehört natürlich nicht, daß Urlaubsflüge in die Türkei unterstützt werden. Wieder für das Protokoll der Antrag Nr. 22, es geht um die Haftungsübernahme für Darlehen, die der Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung aufnehmen muß für die genehmigten Projekte. Es ist dies eine Haftungsübernahme gegenüber der OÖ. Landesbank. Der Antrag lautet:

22) Fin-5/95 Übernahme von Haftungen für Darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für die Bauabschnitte 9 - 19.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 16. Mai 1995 wird der Übernahme folgender Haftungen durch die Stadt Steyr - vorbehaltlich der hiezu erforderlichen aufsichts-behördlichen Genehmigung - zugestimmt:

Übernahme einer Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für ein Darlehen in der Höhe von S 36.700.000,-- bei der Oberösterreichischen Landesbank, Landstraße 38, 4020 Linz, bis zu einem Betrag von S 9.042.880,--.

Übernahme einer Haftung als Ausfallsbürge gemäß § 1356 ABGB für ein Darlehen in der Höhe von S 70.000.000,-- bei der Raiffeisenkasse Garsten-Steyr rGenmbH, Stadtplatz 46, 4400 Steyr, bis zum Betrag von S 16.665.264,--.

Ich darf die Beschlußerfordernis noch einmal überprüfen lassen. Es müssen zwei Drittel der stimmberechtigten Gemeinderatsmitglieder anwesend sein und davon mindestens zwei Drittel ihre Zustimmung geben, die an und für sich ein Formalakt ist, weil wir als Teilnehmer an diesem RHV ohnehin haften würden, die Bankkonditionen aber verbessern. Es muß also das Quorum der Anwesenheit und der Abstimmung erfüllt werden. Ich bitte den Herrn Bürgermeister, amtszuhandeln.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRATDKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der letzte Antrag behandelt eine rein formelle Zusammenführung von aus dem Sparkassenverkauf zugeflossenen Geldern, nämlich der ursprünglichen Verkaufssumme von 169.510.000 Schilling, das ist also der Prozentanteil, der aus der Aufteilung zwischen Steyr, Garsten und Sierning auf uns entfallen ist. Weitere 7.370.000 Schilling von einem mit 10 Millionen Schilling dotierten Fonds sind auch wieder unser Anteil. Dann gibt es noch einen Fonds, der ebenfalls in Höhe von 10 Millionen Schilling dotiert wurde, wo unser Anteil wieder 7.370.000 Schilling gewesen ist, der allerdings geknüpft war an die Entwicklung von Einzelobligos, nämlich von Leeb und Riha, die 65 Millionen Schilling bezahlt hätten, also ihre aushaftenden Darlehen zurückgezahlt hätten. Bzw. würde die Aussicht bestehen, das zu bekommen, hätten wir auch die 7.370.000 Schilling unserem Gesamtfonds einverleiben können. Da aber die Obligobewertung so auf Null gestellt ist, daß hier nichts zu erwarten ist, haben wir außer den Zinsen im Augenblick keinen Zufluß. Es darf aber festgehalten werden, daß von der Fondsgeschäftsführung mit der Bank Austria noch die Verhandlungen geführt werden, ob nicht doch ein Betrag, der zwischen Null und einem zu bestimmenden Prozentsatz liegt, zufließen wird. Aber an und für sich geht es heute nur um den Formalbeschluß, diese drei Fonds in einen zusammenzuführen. Um eventuelle Rückfragen gleich vorwegzunehmen: Der aktuelle Stand der Mittel im Sparkassenfonds - in allen drei zusammengeführten Fonds - ist etwa 50 Millionen Schilling, wovon für das Budget 1995 etwa 43 Millionen Schilling bereits beschlossen sind, wovon für eine Körperschaftssteuerzahlung, um die es Rechtsstreitigkeiten gibt, ein Betrag von über 2 Millionen Schilling schon bezahlt wurde und wo Darlehen aushaften von rund 10,8 Millionen Schilling. Das heißt, man kann sagen, der Wert des Fonds beträgt im Augenblick knapp unter 60 Millionen Schilling. Nun verlese ich den Antrag, er lautet:

23) Spa-605/92 Sparkassenfusion - Verwendung der Gelder; Zusammenführung der Fonds.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 19. Mai 1995 wird der Zuführung der Vermögensmassen der Fonds I und II zur Förderung der örtlichen Wirtschaft und des Fremdenverkehrs, der Stadterneuerung, der Umwelt, der Kultur, der Wohnraumbeschaffung sowie von sportlichen und sozialen Einrichtungen, in der Höhe von derzeit S 8.753.729,30 bzw. S 1.150.014,88 samt den noch zu erwartenden Zuwächsen, in den Sparkassenfonds Steyr zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Dieser Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Niemand ist zu Wort gemeldet. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Wir haben heute beschlossen, S 25.418.300,-- auszugeben. Nun die Aktuelle Stunde. SPÖ-Fraktion ein Thema? Das ist nicht der Fall. F-Fraktion ein Thema? Bitte sehr.

VICEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Herr Magistratsdirektor, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Seltsame Dinge spielen sich in den letzten Tagen, Wochen und Monaten ab in den Stabsstellen des Rathauses, des Magistrates der Stadt Steyr. Ich war in den letzten Monaten des öfteren beim Herrn Magistratsdirektor vorstellig. Ich habe unter vier Augen hingewiesen auf die Probleme, die ich sehe, die mir mitgeteilt werden im Bereich der Stabsstelle für Controlling, auf die Nichterfüllung des Arbeitsgebietes. Dann kam ein langer Krankenstand und auch hier wurde letztes Mal in einer Stadtsenatssitzung behauptet, alle diese Behauptungen des Herrn Dr. Pfeil sind nicht wahr, entsprechen nicht der Tatsache. Der Herr Stabsstelleninhaber ist nie auf eine Kulturveranstaltung am Abend gegangen, er wurde praktisch nie in der Stadt gesehen, er ist im Krankenstand. Wir erinnern uns. Dieser Posten ist geschaffen worden für einen zuviel gewordenen Bürgermeistersekretär. Ich möchte das einmal so sagen. Ich glaube, da kann niemand etwas dagegen sagen. Es hat lange gedauert, bis überhaupt eine minimale Arbeitsplatzbeschreibung gekommen ist. Erst nach Urgezen ist mir im Laufe des Frühjahres 1995 eine Dienstpostenbeschreibung mitgeteilt worden, die sehr hochtrabend ist und von sehr umfassenden Controllingaufgaben spricht. Ich habe bis jetzt nicht den Eindruck gehabt, daß dieser Mann, der für diesen Posten ohne Ausschreibung ausgesucht worden ist, irgendwie in das Schema dieses Dienstpostens hineinpaßt. Ich habe nicht den Eindruck! Meine Bedenken von damals haben sich bestätigt. Ich glaube, es nützt auch nichts, wenn man diesen Stabsstelleninhaber auf Seminare schickt. Wir haben ihn auf Seminare geschickt, damit er das lernt, was er eigentlich als Controlling-Stabschef können müßte. Nur ein Seminar beim Herrn Dr. Eschenbach vom Österreichischen Controllerinstitut hat dem Steuerzahler satte S 70.800,-- gekostet. Rhetorikseminare, die gebucht und bezahlt wurden, werden von anderen wahrgenommen, weil der Herr Controller sich im Krankenstand befindet. Für ein Rhetorikseminar ist er nicht gesund genug. Aber ich habe kein Verständnis dafür, wenn dann noch dazu Urlaube in der Krankenstandszeit verbracht werden. Da muß es einen Aufschrei geben, da muß es einen gewaltigen Krach geben, so kann es nicht gehen! Wir brauchen uns nicht über 3 Prozent Gehaltskürzungen unterhalten, wenn so etwas durchgehen kann. Ich ersuche nicht nur den Herrn Magistratsdirektor, auch den Herrn Bürgermeister als Vorstand des Magistrates, hier tätig zu werden. Wie es so schön heißt, hier ist Handlungsbedarf. Hier ist extremer Handlungsbedarf! Eines möchte ich schon sagen: Ich habe die letzten 3 Jahre im Magistrat unterschiedliche Bedienstete und Beamte kennen gelernt. Ich war von vielen positiv überrascht, ich war von vielen negativ überrascht. Was mir fehlt, ist die Mitte. Es gibt hier wirklich engagierte, extrem gute Leute, die durchaus auch in der Privatwirtschaft ihren Mann oder ihre Frau stellen könnten. Aber wenn einer nicht will, wenn jemand auf eine fertige Arbeit aus ist, dann hat er hier nichts zu suchen! Und das - glaube ich - muß man diesem Herren auch sagen. Denn wenn jemand mit so einem Spitzenposten besetzt ist, kann man nicht von einem Untergeordneten oder von einer Dame, die nicht dieses Gehalt hat, verlangen, daß sie sich für die Stadt Steyr engagieren. Ich ersuche hier wirklich, tätig zu werden.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht von der SPÖ-Fraktion das Wort? Herr Stadtrat Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Als Personalreferent zwar angesprochen und - wie es so schön heißt - politisch verantwortlich, könnte ich es mir aber in dem Sinn leicht machen und sagen, das ist Innerer Dienst und nicht meine Angelegenheit. So ist es aber nicht, ich mache es mir nicht leicht. Es ist klarerweise auch meine oder unsere Angelegenheit und ich kann nur das unterstützen, was vom Dr. Schmidl aus schon in die Wege geleitet wurde, nämlich schärfste disziplinäre Maßnahmen gegen diesen Herrn einzuleiten und

möglichst zum Durchbruch zu helfen. Wir alle wissen, wir haben viele Gesetze, die mit überwältigender Mehrheit in den gesetzgebenden Organen beschlossen worden sind, die aber nicht alles so leicht möglich machen, wie das in einem Privatbetrieb der Fall ist. Ich glaube aber - und diese Entschlossenheit habe ich sowohl vom Dr. Schmidl gesehen, als auch vom Bürgermeister und in unserer Fraktion registriert -, daß wir hier Härte demonstrieren wollen. Nicht nur in diesem Punkt, es gibt einige andere Punkte, die wirklich auch in Angriff genommen werden müssen. Es ist halt leider so, daß jeder ungern jemand anderen vernadern möchte und sehr viel so unter der Tucht bleibt, daß es nicht bis in die Führungsspitze herangetragen wird. Das ist leider der Fall. In manchen Dingen, wenn man manche Mißstände kennen würde, würde man rasch und entschlossener handeln, nicht nur in diesem Fall. Es ist halt in Österreich üblich, nicht den Verräter zu spielen, sondern lieber Stillschweigen zu bewahren, etwas zu dulden oder zu erdulden und sich vielleicht im Wirtshaus darüber zu alterieren und nicht dort, wo eigentlich die zuständigen Personen wären, nämlich bei den Geschäftsbereichsleitern, dem Magistratsdirektor, den Politikern und dem Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. ÖVP-Fraktion bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich glaube, wir waren alle entrüstet, als wir gehört bzw. gelesen haben, was hier passiert ist. Wenn ich einen Vergleich mit der Privatwirtschaft ziehe, dann gäbe es eigentlich nur eine Konsequenz, nämlich die fristlose Entlassung. Ich glaube, es muß hier wirklich sehr hart durchgegriffen werden. Es ist unverständlich, wie jemand in dieser Position sich so etwas leisten kann. Ich bedaure es insofern sehr, weil wir jetzt bemüht sind, im Magistrat die guten Beamten entsprechend zu forcieren und hervorzuheben und den Magistrat bürgerfreundlich zu gestalten. Durch die Vorgangsweise dieses einen Beamten wird das Ansehen des gesamten Magistrates und vor allem der Beamtschaft sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Ich glaube, wir sollten diejenigen, die sich wirklich gut und fleißig und fair verhalten, besonders beloben und hervorheben und gegen solche Auswüchse mit aller Entschiedenheit und Entschlossenheit vorgehen. Wir verurteilen auf jeden Fall diese Handlungsweise ganz entschieden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Die Grünen dazu, Herr Kollege Vanek bitte.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Es ist eigentlich schon alles von meinen Vorrednern gesagt worden. Auch wir sehen diese Verfehlung als ein Nicht-Vorbild und hoffen, daß solche Sachen nicht wieder passieren. Aus prinzipiellen Gründen ist für mich und unsere Fraktion an und für sich diese Sache erledigt. Es liegt in Händen der Disziplinarkommission, wie es weitergeht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zum Schluß möchte ich den Herrn Magistratsdirektor als Leiter des Inneren Dienstes bitten, dazu Stellung zu nehmen.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, Herr Stadtrat Dkfm. Zagler, Herr Stadtrat Schloßgangl, Herr Gemeinderat Vanek, ich muß ihren Wortmeldungen beipflichten. Auch ich mußte feststellen, daß das ein außerordentlich starkes Stück ist, was sich der Herr Mag. Augustin Zineder in diesem Fall geleistet hat. Ich habe daher sofort nach meiner Rückkehr von diesem besagten und beschriebenen Urlaub das Disziplinarverfahren eingeleitet. Wie sie wahrscheinlich schon der Steyrer Rundschau entnehmen konnten, habe ich aus dem Magistrat Wels einen Untersuchungskommissär bestellen lassen, damit eine gewisse Objektivität bei der Ermittlung des Sachverhaltes gewahrt bleibt. Die Entscheidung der Disziplinarkommission kann und will ich natürlich nicht vorwegnehmen, aber ich bin ihrer Ansicht, daß man diese Angelegenheit nicht so einfach vorübergehen lassen kann, und daß diese Entscheidung auch Beispielswirkung für das Verhalten der ganzen anderen Beamten im Magistrat Steyr haben wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ein weiteres Thema von der ÖVP-Fraktion? Nein danke. Die Grünen? Ja. Ich erteile dem Hrn. Gemeinderat Vanek das Wort.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Seit einigen Tagen gibt es wieder heftige Diskussionen um die Fußgängerzone in Steyrdorf. Wie manche von ihnen vielleicht schon wissen, fordern einige ansässige Kaufleute von der Stadt Steyr vehement die Aufhebung oder besser gesagt eine Teilaufhebung der Fußgängerzone in der Sierninger Straße, Gleinker Gasse und Kirchengasse. Stattdessen wünschen sie sich in diesen Straßenzügen eine gebührenpflichtige Kurzparkzone. Begründet wird ihr Vorschlag mit den ihrer Meinung nach existenzgefährdenden Umsatzrückgängen, die ihrer Meinung nach seit der Einführung der Fußgängerzone vor mehr als drei Jahre entstanden sind. Vor allem argumentieren sie auch mit rückläufigen Kundenfrequenzen. Unseres Erachtens liegt aber die Ursache dieser Umsatzrückgänge nicht unbedingt in den Verkehrsregelungen, besser gesagt im Bestehen der Fußgängerzone. Vielmehr - glauben wir - erlebt Steyrdorf in den letzten Jahren einen gewaltigen Strukturwandel. Einerseits gibt es einen sehr starken Bevölkerungsaustausch, bei dem alteingesessene Bewohner entweder fortziehen oder versterben, aber auch gleichzeitig viele junge Menschen dorthin ziehen und auch viele ausländische Bewohner. Dieser Bevölkerungswandel verstärkte den Veränderungsprozeß der lokalen Wirtschaft. Betriebe, die sich nicht auf diesen Wandel einstellen, werden ihn in den nächsten Jahren nicht überleben und zusperren müssen. Dafür gibt es aber viele Unternehmer, die in den letzten Jahren in diesem Stadtteil ihre Geschäfte eröffnet haben und so Steyrdorf als neue Chance für einen Neubeginn sehen. Ich gehe davon aus, daß die Probleme in Steyrdorf nicht durch die Aufhebung der Fußgängerzone gelöst werden können. Die Stadt müßte sich - so glauben wir - vielmehr durchringen, ein eigenes Betriebsansiedelungsprogramm für diesen Stadtteil zu erstellen, unter anderem sollen Betriebe mit einer höheren Kundenfrequenz angesiedelt werden. Es gibt die berühmte Wirthstudie, wo auch diese Sachen deutlich gefordert werden. Besonders sollte auch die Wohnraumsanierung beachtet werden, wo die Bausubstanz der vielen alten Häuser verbessert werden sollte. Durch die Einführung der Fußgängerzone hat meines Erachtens Steyrdorf einen spürbaren Zuwachs an Lebensqualität erlebt und ich glaube, den zu sichern sollte unser

vordringlichstes Ziel sein. Zum Schluß möchte ich mir nur einmal vorstellen, wie das ist, falls diese Regelung eingeführt werden sollte, daß die Fußgängerzone aufgehoben wird. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie diese Straßenzüge aussehen, wenn hunderte Autos pro Tag über die neuen Pflasterungen poltern und somit die ganze Lärm- und Luftbelastung auslösen. Ich glaube auch, wenn diese Fußgängerzone aufgehoben werden sollte, ist das der endgültige Todesstoß für diesen Stadtteil.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Hat die SPÖ-Fraktion dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Nachdem sich der Herr Dr. Pfeil bei der Sonderverkehrsausschußsitzung unter anderem auch so gefreut hat, daß er mich wieder einmal gesehen hat, möchte ich nicht verhehlen, auch hier im Gemeinderat öffentlich meine Eindrücke zu schildern. Ich meinte ursprünglich, es wird sich dort ein Tohuwabohu entwickeln, es werden sich Bewohner und Geschäftsleute in die Haare bekommen. Ich habe dir nachher gratuliert für die Vorsitzführung dort, weil das alles ausgeblieben ist. Mit ein paar lauterer Meldungen eines Bäckermeisters, die aber im globalen auch nicht so störend waren, ist eine Situation entstanden, die eigentlich schon eine gewisse Kompromißmöglichkeit gezeigt hat beim Nachjustieren der einen oder anderen Möglichkeit. Es war vor allem eines bemerkenswert, daß die Wirtschaft von ihrer Forderung nach totaler Öffnung in dieser Sitzung selbst abgerückt ist. Das heißt, sie wollen also den Durchzugsverkehr auch nicht haben, sondern sie wollen versuchen, Frequenzsteigerungen zu erzielen. Das ist durchaus ein positives Unterfangen. Auch von der Bevölkerung waren Einwände da, vor allem betreffend die Zeit in der Nacht, wo totales Fahrverbot herrscht - allerdings mit Ausnahmen, die ohnehin auch von der Bevölkerung kritisiert werden, nämlich Taxi, Polizei und was da alles durchfährt und natürlich Lärm erregt. Es sollten gewisse Möglichkeiten geschaffen werden, wenn man abends oder in der Nacht heimkommt oder bald in der Früh wegfährt vom eigenen Wohnort, das Auto beladen zu können oder ähnliches. Den Stein der Weisen wird man in der Geschwindigkeit nicht finden. Aber ich habe den Eindruck gehabt, daß hier unter der fachkundigen Diskussionsbeteiligung vom Ing. Grassnigg - wieder ein Beamter, der man lobend erwähnen kann, ich tue das gern - Sachen gefunden werden können, um dieses Nachjustieren zu ermöglichen. Auch die Änderung in der blauen Zone am Wieserfeldplatz ist angesprochen worden und es scheint Kompromißvorstellungen zu geben. Ich sehe der Sache, die wir dann am 22. Juni - glaube ich - im Verkehrsausschuß zu beraten haben - den Amtsvorschlag kennen wir noch nicht -, durchaus positiv entgegen. Ich hoffe auch, daß das im Viertel so gesehen wird. Die Ansätze dazu waren vorhanden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich sehe das Problem der Steyrer Kaufleute und ihre Sorgen sehr ernst, deswegen habe ich mich zu diesem Sonderverkehrsausschuß letzte Woche entschlossen. Um auch andere Meinungen dort zur Geltung kommen zu lassen, haben wir aufgrund der Erfahrungen der letzten drei Jahre versucht, die

so genannten Rädelsführer der Wortmeldungen aus den einzelnen Gassen als Beiräte, als besonders geladene Auskunftspersonen in den gemeinderätlichen Verkehrsausschuß einzuladen. Zuerst war die Diskussion - wie bei der Vorbereitung für diese Sitzung -, wie so ein Gespräch stattfinden soll. Sollte man ein Stadtteilgespräch machen, wo erfahrungsgemäß aufgrund der Größe des Gremiums eigentlich nur viel Luft abgelassen wird, aber nichts dabei herauskommt? So ein Diskussionsforum sollte noch diskutabel sein, da ist eben eine Gruppe um die 20 - 30 Leute das absolut Maximale, mit dem man noch diskutieren kann. So hat sich eben ein sehr gutes Diskussionsklima herausentwickelt. Aber es hat sich dort schon einiges gezeigt und ich glaube, die Geschäftsleute haben auch gesehen, daß ihr Antrag eigentlich ein Verzweiflungsakt ist, denn sie haben natürlich echte Existenzsorgen, die man ernst nehmen muß, aber ihr Antrag ist auch nicht ausreichend durchdacht. Denn es gehen einfach viele Dinge nicht, die sie sich vorstellen. Es geht einfach nicht, man kann nicht in der inneren Sierninger Straße eine gebührenpflichtige Kurzparkzone machen. Das ergibt keinen Sinn und ist aufgrund der Fahrbahnbreite und der Stellplätze nicht möglich! Man wird also Alternativen suchen müssen, wie man den Ausgleich findet zwischen berechtigten Forderungen der Kaufmannschaft einerseits - ich möchte aber auch dazusagen, daß dieser Antrag der Kaufmannschaft nicht von allen Kaufleuten unterstützt wird. Es gibt auch durchaus Kaufleute die sagen, es sei super, wir sollen es lassen, wie es ist. Und es gibt einige, gerade diese Proponenten, mit denen wir in den letzten Jahren immer sehr viel zu tun gehabt haben, die immer seriös an das Problem herangegangen sind, die sagen, wir haben mit der neuen Initiative nichts zu tun, sind aber auch nicht unbedingt dagegen. Da muß man also schon einen Ausgleich zwischen diesen Geschäftsleutegruppen finden, andererseits aber auch auf die berechtigten Wünsche der Bevölkerung eingehen. Denn die Leute, die jetzt zufrieden sind, haben sich ja nicht artikuliert. Die haben keinen Grund, zur Sprechstunde zu fünf, zehnt oder zwanzigst hereinzugehen, nur um zu sagen, sie seien sowieso zufrieden. Nur die Unzufriedenen haben sich jetzt formiert. Das haben wir ernst genommen in einem Sonderverkehrsausschuß, der geplant war als Diskussionsforum. Wir werden dann am 22. Juni darüber befinden. Im Moment wird gerade - ich habe gestern mit dem Herrn Ing. Grassnigg ein Gespräch gehabt - an Kompromiß- und Verbesserungsvorschlägen gearbeitet, die wir dann am 22. Juni dem Verkehrsausschuß präsentieren werden.

Gemeinderätin Edith Radmoser verläßt um 19.13 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Für die ÖVP-Fraktion der Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Zu meinen persönlichen Eindrücken zu dieser Sonderausschusssitzung, wertcs Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates: Hier möchte ich der Wortmeldung des Kollegen Zagler beipflichten. Auch ich habe empfunden, daß es ein sehr angenehmes Klima war. Es hat sehr viel Verständnis zwischen den Bewohnern und den Geschäftsleuten geherrscht. Wenn man Steyrdorf bezüglich der Geschäftssituation ansieht - man braucht ja nur am Samstag Steyrdorf besuchen oder an irgendeinem Wochentag -, Steyrdorf ist fast tot. Daher kam sicherlich auch das große Verständnis seitens der Bevölkerung. Für die Bevölkerung - ich habe es schon vor einigen Monaten erwähnt - gibt es auch in Steyrdorf sehr große Probleme, insbesondere möchte ich hier die Zufahrtsmöglichkeit zu jeder Zeit erwähnen. Der Durchzugsverkehr bringt für die Bevölkerung in Steyrdorf unter Umständen mit einer anderen Lösung ebenso große Probleme mit sich und auch - das ist bei dieser Sitzung angesprochen worden - die Dauerparker, die Steyrdorf verparken, weil sie im inneren

Bereich der Stadt beschäftigt sind und den ganzen Tag parken. Das ist ebenso ein großes Problem. Es hat sehr viele gute, brauchbare Argumente gegeben. Ich könnte mir einen Probetrieb vorstellen - wir werden in der Verkehrsausschusssitzung noch darüber sprechen - mit dem Kompromiß, der von Ing. Grassnigg vorgeschlagen worden ist. Es ist der Kompromiss, daß es vom Roten Brunnen bis Zwischenbrücken zu keinem Durchzugsverkehr kommt und dieses Stück weiterhin Fußgängerzone bleibt. Abschließend und zusammenfassend: Was mir sehr gefallen hat, war das große Verständnis. Es war nicht selbstverständlich in der Vergangenheit, wenn ich da an die eine oder andere Diskussion denke, das große Verständnis, das bei dieser Sondersitzung geherrscht hat zwischen der Bevölkerung - den Bewohnern - und den Kaufleuten. Ich glaube, es sind gute Argumente gefallen und ich könnte mir einen Probetrieb, wie er hier angekungen ist, vorstellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es den Bedarf einer neuerlichen Runde? Keine weiteren Themen. Dann sind wir am Ende dieser heutigen Gemeinderatssitzung angelangt. Ich bedanke mich für die Mitwirkung und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 19.18 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR. Anton Obrist eh., Günter Fürweger eh.

Gabriele Angerbauer eh., Richard Gollatsch eh.